

Antragsbuch

83. Landeskongress Kelkheim



Freiheit auf die 1.

83. Landeskongress Kelkheim

Liebe JuLis Hessen,

wir Liberale haben es nicht immer leicht. Die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen sind das traurige Ende einer schon lange anhaltenden Reihe von schlechten Wahlergebnissen. Mir macht es Sorge, wenn die Stimme der Freiheit nicht mehr gehört wird.

Mir macht es jedoch noch mehr Sorgen, wenn Parteien am rechten und linken Rand des politischen Spektrums immer mehr an Zustimmung gewinnen. Ihre Botschaften von Hass, Wut, Rückwärtsgewandtheit, Autoritarismus und stumpfen Nationalismus gefährden den Frieden in unserem Land, unseren Wohlstand und unsere Freiheit.

Wir Junge Liberale sind das Bollwerk gegen Spinner und Ja-Sager, gegen Ewiggestrige und inhaltsleeren Populismus. Wir kämpfen für unsere Inhalte, für eine freie Gesellschaft, für die individuelle Freiheit. Das machen wir gegen einen übergriffigen Staat und gegen jeden, der die Freiheit in unserem Land gefährdet.

Lasst uns an unserem Landeskongress genau das tun: Inhaltlich debattieren, Konzepte entwickeln und unsere Botschaften senden. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass man mit uns als jung-liberale Familie rechnen muss. Ich freue mich auf die Debatten und ein erfolgreiches Wochenende mit Euch.
»Freiheit auf die 1!« – wir sehen uns in Kelkheim!

Liebe Grüße
Euer



Tagesordnung

Samstag, 09.11.2024

Beginn des Kongresses: **10:30 Uhr**
Check-In für Delegierte: **9:30 Uhr**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
4. Dringlichkeitsanträge
5. Grußworte
6. Satzungsänderungsanträge
7. Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
8. Rechenschaftsberichte des Schatzmeisters
9. Berichte der Kassenprüfer


 **Mittagessen** gegen 13:00 Uhr

10. Aussprache und Entlastung des Vorstands
11. Wahlen zum Landesvorstand
12. Wahl einer Ombudsperson
13. Antragsberatung im Plenum

Kongressesunterbrechung gegen 18 Uhr

Sonntag, 10.11.2024

Fortsetzung des Kongresses: 10 Uhr

14. Fortsetzung der Antragsberatung
15. Wahl der Landesarbeitskreisleitung
-  **Mittagessen** gegen 13:00 Uhr
16. Schlusswort des Landesvorsitzenden

Ende des Kongresses gegen 14.30 Uhr

Organisatorisches

Tagungsadresse

Stadthalle Kelkheim
Gagernring 1
65779 Kelkheim (Taunus)

Übernachtung

Dorint Hotel Main-Taunus-Zentrum
Main-Taunus-Zentrum 1, 65843 Sulzbach (Taunus)

Wir haben für euch Doppelzimmer für zwei Nächte zum Preis von je 69 Euro reserviert. Inklusiv Frühstück kostet das Zimmer 99€. Gebt bei der Buchung über Telefon (06196 7630) oder Mail (info.frankfurt@dorint.com) das Codewort "Junge Liberale" an.

Das Kontingent ist nur bis zum 18.09. verfügbar!

Frist

Anträge: 18.10.2024

Satzungsänderungsanträge:
11.10.2024

Die Anträge könnt ihr über OpenSlides einreichen. Du kannst die Zugänge vom letzten Landeskongress verwenden. Ebenso können Anträge gerne per Mail an unseren Programmierer Yves (yves.roth@julis.de) gesendet werden. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder der Jungen Liberalen Hessen. OpenSlides findest du hier: **openslides.julis.de**.

Anmeldung

Bitte meldet euch, egal ob Delegierter oder Gast, für den Kongress auf unserer Homepage an. Bitte beachtet, dass wir für nicht angemeldete Teilnehmer kein Mittagessen garantieren können.

Organisatorisches

Empfang

Besonders freuen wir uns darauf, am Freitag nach langer Zeit wieder einen besonderen Empfang auszurichten. Nähere Infos folgen bald!

Livestream

Auch dieses mal werden wir wieder auf YouTube streamen. Falls du also dieses Mal nicht dabei sein kannst, kannst Du den Kongress von der ganzen Welt aus verfolgen .



@julishessen



Der LaKo ist zu teuer für dich?

Bei den JuLis gibt es Mitglieder mit den unterschiedlichsten Hintergründen. Für manche bedeutet ein Landeskongress mit den Kosten für An- und Abreise, Übernachtung und Verpflegung eine sehr hohe finanzielle Belastung.

Wenn das dazu führt, dass du am Kongresswochenende nicht teilnehmen kannst, melde dich bitte bei einer unserer Ombudspersonen. Gemeinsam finden wir dann vertraulich eine Lösung.

Du hast noch Fragen?

Dann wende dich einfach an unseren Stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation: Ole Wilkening

Hier könnt ihr euch anmelden:

lako.julis-hessen.de

LaKo Party

Am Samstagabend, den 9. November, wird es wieder unsere traditionelle LaKo-Party geben. Teilnehmen können alle Mitglieder ab 18 Jahren, bzw. in Begleitung ab 16 Jahren (mit Muttizettel).

Dein Ticket für die Party kannst du dir digital bei der Anmeldung zum LaKo sichern. Ausgabe der Bändchen findet beim LaKo statt.

City-Club Kelkheim
Frankfurter Str. 43, 65779 Kelkheim
(Taunus)

Für unter 16-jährige wird es ein gesondertes Alternativprogramm geben. Nähere Infos folgen bald!



Ombudsbericht

Liebe JuLis,

auch bei diesem Landeskongress (LaKo) wollen wir euch wie immer einen Zwischenbericht über unsere Arbeit als Ombudspersonen geben.

Als Ombudspersonen ist unsere Aufgabe zweigeteilt: Zum einen überwachen wir die Einhaltung der Beschlusslage durch den Landesvorstand (LaVo), zum anderen sind wir die ersten Ansprechpersonen für persönliche Konflikte und Auseinandersetzungen innerhalb des Landesverbands.

Wir konnten unserer Kontrollaufgabe im vergangenen halben Jahr stets nachkommen und wurden vom Landesvorstand aktiv eingebunden. An den Sitzungen des Landesvorstands haben wir teilgenommen. Eine Kontrolle der Arbeit, über die veröffentlichten Meinungen hinaus, war daher bereits im Vorfeld möglich. Dabei sind uns keine zu beanstandenden Äußerungen aufgefallen oder zugetragen worden.

Wir möchten hervorheben, dass die Einbringung programmatischer Schwerpunkte aus unserer Beschlusslage im Zusammenspiel mit der FDP immer besser funktioniert. Egal ob im Rahmen programmatischer Wochenenden oder Parteitage, hier sind wir professioneller und besser geworden. Auch das Engagement der JuLis und des Landesvorstandes bei der Europawahl möchten wir noch einmal hervorheben. Wir alle wissen, dass die Ergebnisse der FDP immer auch maßgeblich auf die Arbeit der JuLis zurückzuführen sind. An dieser Stelle sei auch nochmal den zahlreichen Kandidierenden aus unseren Reihen gedankt, die sich mit viel Engagement in den Wahlkampf geworfen haben.

Jetzt blicken wir gespannt auf die Landesvertreterversammlung der FDP Ende November und auf die Positionierung, die der Landesvorstand hierbei für Viola, unsere Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl, aber auch für die weiteren jungen Kandidierenden erzielt. Hier können wir alle auch aus unseren Bezirksverbänden heraus unterstützen. Eine gute Zusammenarbeit zwischen FDP und JuLis zeigt sich am Ende auch in den Positionierungen auf den Wahllisten.

Neben der Kontrolle der politischen Arbeit des Landesvorstands mussten wir uns seit dem letzten Kongress dankenswerterweise nicht um zwischenmenschliche Konflikte kümmern. Wir wollen Euch an dieser Stelle aber nichtsdestotrotz noch mal ermutigen, auf uns zuzukommen. Wir haben immer ein offenes Ohr für euch und eure Sorgen, egal wie banal sie für euch erscheinen mögen. Insbesondere in einem politischen Verband ist es entscheidend, dass Personen respektvoll miteinander umgehen, ihre Meinungen und Positionen offen vertreten können und lernen, politische Debatten von persönlichen Angriffen zu unterscheiden – dafür werden wir uns weiter stark machen.

Auch in diesem Bericht müssen wir feststellen, dass der Verband nach wie vor einen relativ niedrigen Anteil weiblicher Mitglieder hat. Diese Situation hat sich im vergangenen halben Jahr auch leider nicht verbessert, trotz der Formate, die der Landesvorstand entwickelt hat, um insbesondere Frauen eine Plattform zu bieten.

Ansonsten arbeiten wir aktuell zusammen mit einem Team aus den anderen Landesverbänden an der Schaffung eines bundeseinheitlichen Code of Conduct für die Jungen Liberalen, der im nächsten Frühjahr verabschiedet werden soll. Sobald es hier eine finale Fassung gibt, werden wir euch selbstverständlich darüber informieren. An dieser Stelle sei auch noch einmal auf den **Code of Conduct** der Julis Hessen hingewiesen.

Liebe Julis – abschließend möchten wir euch danken. Danken für einen Verband, der trotz einzelner Konflikte gut funktioniert. Danken für eure Wertschätzung für das Ombudswesen und dafür, dass ihr diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit schenkt. Auch dem Landesvorstand möchten wir danken, für eine von hoher Transparenz gezeichnete Zusammenarbeit, die unsere Arbeit stark vereinfacht hat – dies gilt gleichermaßen für die Bundesgeschäftsstelle und die Bundesombudsperson.

Wir danken euch für das Vertrauen, das ihr uns geschenkt habt. Solltet ihr Kritik oder Anregungen bezüglich unserer Arbeit haben, könnt ihr uns natürlich jederzeit kontaktieren. Auch für alle anderen Anliegen, die euch innerverbandlich bedrücken, haben wir immer ein offenes Ohr. Unsere Kontaktdaten findet ihr auch auf der Website.

Rechenschaftsbericht von Tim Hordorff, Landesvorsitzender der Jungen Liberalen Hessen

Liebe JuLis,

hinter uns liegt ein für den organisierten Liberalismus schwieriges Jahr. Das Geschenk der Hessischen 5,0 % zur Landtagswahl 2023 konnte bei den letzten drei Wahlen nicht wieder erreicht werden. Die Europawahl war aus meiner Sicht nicht der Erfolg, zu dem sie gemacht wurde und die drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und in Brandenburg haben uns alle in Schock versetzt. Es sind keine einfachen Zeiten für uns Liberale und die Gründe sind vielfältig. Die Ampel-Regierung hat es nicht geschafft, die anfängliche Euphorie in durchweg gute Politik umzusetzen. Die FDP ist in ihrer kommunikativen Linie oftmals nicht konsequent und schwankt zwischen Opposition in der Regierung, Wunschpartner der CDU und innerer Zerrissenheit. Doch gerade programmatisch ist die Bundes-FDP oft nicht schlagkräftig genug, um den Problemen der heutigen Zeit mit ordentlichen Antworten zu begegnen. Das können wir besser, das müssen wir besser machen.

Aber, liebe Julis, nicht nur im Bund mache ich mir Sorgen um unsere liberale Familie. Das Geschenk der 5,0 % müssen wir auch in Hessen mit Leben füllen. Persönliche Profilierung, interner Streit und verletzte Egos dürfen nicht über die Politik unserer Landtagsfraktion entscheiden. Mit den Gesetzentwürfen zu den Teo-Märkten, zum Normenkontrollrat und zur Gebäudeklasse E, aber auch mit dem Wirtschaftskongress der Landtagsfraktion oder den Erfolgen bei Themen, wie dem Wolf und der Abschaffung des FSC-Ökosiegels kann die Landtagsfraktion auf erfolgreiche Projekte zurückblicken. Dieser Weg muss weitergegangen werden, ohne das persönliche Querelen Überhand nehmen und die effektive Arbeit der Fraktion behindern. Unser Anspruch an unsere gewählten Abgeordneten ist höher. Ja zu guter liberaler Politik, nein zu persönlichen Streit! Wir Junge Liberale nehmen die Fraktion hier in die Pflicht!

Liebe JuLis,

die Aufgaben, vor die uns unsere Mutterpartei stellt sind groß. Land auf Land ab sind es wir Junge Liberale, die an Wahlkampfständen die liberale Fahne hochhalten, die Mitglieder werben, die für unsere Inhalte einstehen und die neue Inhalte entwickeln. Das macht mich stolz, denn es zeigt: der organisierte Liberalismus hat Zukunft!

Zum Geschäftsjahr

Der Landesvorstand hat am 18.11.2023 den aktuellen Landesvorstand sein Vertrauen gegeben. Am 19.11.2023 hat sich der Landesvorstand konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Bei der darauffolgenden Klausurtagung haben wir uns als Landesvorstand klare Ziele für das neue Amtsjahr gesetzt. Als Teams haben sich in den Ressorts zusammengetan:

Presse & Öffentlichkeitsarbeit: Viola, Ajeet, Elias

Organisation: Ole, Charlotte, Tom, Leon

Programmatik: Yves, Caro

Schatzmeister: Julius

Das erste große Projekt war der Website-Relaunch und die Anpassung unseres CD an das Design Update, nachdem wir im Zuge des Landtagswahlkampfes unser eigenes Design länger als vom Bundesverband vorgesehen genutzt haben. Gemeinsam mit dem Bundesverband haben wir dabei eine neue Struktur für unser Regio-System gefunden, das uns nicht nur finanziell entlastet, sondern auch ein neues Angebot für unsere Kreise vor Ort schafft. Hierfür bin ich sehr dankbar.

Unsere erste große Aktion war unsere traditionelle Aktion zum Karfreitag. Die Durchsetzung religiöser Traditionen ist keine Staatsaufgabe, vor allem nicht, wenn die Nichteinhaltung zu Repressionen führt. Mit unserer Aktion „Tanzverbot ans Kreuz nageln“ haben wir bundesweit für Aufsehen gesorgt und unsere Demonstration vor dem Hessischen Landtag musste von der Polizei aufgelöst werden. Mir persönlich hat das zwar eine Anzeige eingehandelt, wegen der Störung der Karfreitagsruhe, aber das hat sich gelohnt. Euch allen vielen Dank für Eure Unterstützung dabei.

Der Europawahlkampf kam direkt im Anschluss. Nachdem die Kampagne des Bundesverbandes zur Europawahl leider erheblich zu spät ausgerollt wurde, haben wir als Landesvorstand entschieden eine eigene Kampagne an den Start zu bringen. Mit unseren JuLi-Kandidatinnen und -Kandidaten haben wir einen starken Wahlkampf auf die Straße gebracht und unseren Anteil zu einem überdurchschnittlichen Wahlergebnis leisten können. Das es am Ende für unsere Isabel nicht gereicht hat ärgert mich ungemein. Dir, liebe Isabel, möchte ich an dieser Stelle stellvertretend für alle Kandidatinnen und Kandidaten noch einmal herzlich Danke sagen!

Als Landesvorstand haben wir uns dieses Jahr ein großes Ziel gesetzt: Ein bundesweit bisher einmaliges Nachwuchsförderprogramm auf die Beine zu stellen, das die langfristige Förderung unserer jungen Mitglieder zum Ziel hat. Ich bin sehr froh, dass uns das gelungen ist, im kommenden Jahr gehts los.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisen, mit Euch, vor Ort ist uns besonders wichtig. Mit unserer „Tour durch die Bezirke“ haben wir den Startschuss für eine Reihe von gemeinsamen Veranstaltungen gesetzt. Dies wollen wir in den kommenden Jahren noch weiter intensivieren und stärken, denn nur gemeinsam bekommen wir unsere ganze Leistungsfähigkeit auf die Straße.

Auch programmatisch haben wir viel erreicht. Mit unserer Aktion auf dem Landesparteitag haben wir auf die Überforderungen der Kommunen durch die aktuelle Migrationspolitik aufmerksam gemacht. Und mit unserer Forderung nach mehr Programmatik bei der FDP Hessen haben wir Erfolg gehabt. Der programmatische Tag der FDP Hessen ist ein Erfolg von uns Jungen Liberalen. So bringen wir die liberale Familie programmatisch voran und haben die Chance genutzt, unsere jung-liberalen Forderungen in die FDP einzubringen.

Ein besonderer Höhepunkt war für mich unser letzter Landeskongress und die Nominierung unserer Bundestagswahlspitzenkandidatin Viola. Es wird Zeit, dass die JuLis Hessen eine Stimme im deutschen Bundestag erhalten. Viola ist eine hervorragende Kandidatin, die uns jetzt schon klasse repräsentiert. Ich freue mich auf den Wahlkampf.

Unser Auftreten nach innen und nach außen hat im letzten Jahr ein Update bekommen. Ihr alle habt es beim letzten Landeskongress gesehen. Unser neues Bühnenbild, der Live-Stream: Wir haben uns Professionalisierung auf die Fahne geschrieben. Das gilt auch für unseren Auftritt in den sozialen Medien. Bundesweit gilt unser Social-Media-Auftritt als Vorbild. Darauf können wir stolz sein. Professionalisierung ist der nächste Schritt zum Erfolg.

Liebe JuLis,

wir haben in diesem Jahr viel geschafft. Vor allem haben wir uns als liberaler Block in einer FDP präsentiert, die selbst nicht weiß, wo sie hin will. Wir stehen gegen jede Panik und Hektik, gegen jeden Populismus und Polemik. Wir sind die Stimme derjenigen, die Freiheit in allen Bereich ihres

Lebens wollen. Nicht nur wirtschaftlich, auch gesellschaftlich.

Im kommenden Jahr möchte ich mit Euch diesen Weg weiter gehen. Über Euer Vertrauen dabei würde ich mich sehr freuen.

Liebe Grüße

Euer Tim

Rechenschaftsbericht von Julius Ulowetz, Schatzmeister der Jungen Liberalen Hessen

Liebe Julis,

zum Ende dieses ereignisreichen Amtsjahres darf ich nun zum ersten Mal Rechenschaft über meine Arbeit als stellvertretender Landesvorsitzender für Finanzen ablegen.

Meine wichtigste Aufgabe als Landesschatzmeister ist die ordnungsgemäße Haushalts- und Buchführung. Seit diesem Jahr werden wir dabei wieder von einer Steuerkanzlei unterstützt. Der Wechsel war notwendig, da die unser vorher unterstützende Kanzlei die Zusammenarbeit in der Mitte des Geschäftsjahres 2022/23 gekündigt hatte. Der plötzliche und unerwartete Wegfall des Steuerbüros, der sehr unüblich mitten in das Geschäftsjahr viel, führte dazu, dass mein Amtsvorgänger zum 81. Landeskongress nur einen vorläufigen Jahresabschluss vorlegen konnte.

Zusätzlich zu meinen regulären Aufgaben kam dieses Jahr auch die Nacharbeitung des Geschäftsjahres 2022/23 und die mit dem Wechsel der Steuerkanzlei verbundenen Arbeiten hinzu.

Das nun ausgelaufene Geschäftsjahr, welches vom 01.09.2023 bis zum 31.08.2024 lief, wurde mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen. Die Finanzplanung basierte auf den Haushaltsbeschlüssen des Landesvorstands während der Winter und Sommerklausurtagung.

Auf der Einnahmenseite stehen dabei unter anderem die Mitgliedbeiträge, die von den Kreisverbänden abgeführt werden. Davon verbleiben allerdings weniger als 30% beim Landesverband, da der Großteil an den Bundesverband weitergereicht werden muss. Dementsprechend kann sich der Verband nicht allein aus den Mitgliedsbeiträgen finanzieren. Weitere Einnahmen sind Zuwendungen der FDP und Beiträge unserer Fördermitglieder, denen ich an dieser Stelle nochmal herzlich danken möchte.

Eine weitere wichtige Einnahmenquelle stellen die Mittel des Ring Politischer Jugend und Spenden dar. Allen Spenderinnen und Spendern gilt ebenfalls mein Dank. Während in den letzten Jahren noch ein Anstieg an Spenden zu erkennen war, sind diese nun wieder rückläufig.

Auf der Ausgabenseite stehen zum einen noch viele Ausgaben aus dem Landtagswahlkampf, diese werden zum Teil dadurch relativiert, dass die Erlöse aus dem Werbemittelverkauf zum Großteil erst während meiner Amtszeit eingezogen wurden. Als weitere Ausgaben für Wahlkampf in diesem Jahr ist die Europawahl zu nennen. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation des Landesverbands haben wir uns hier dafür entschieden, einen sehr sparsamen Wahlkampf zu fahren.

Insgesamt sind die Wahlkampfkosten im Vergleich zu der letzten Europa- und Landtagswahl deutlich gestiegen.

Ein weiterer wesentlicher Ausgabenpunkt sind die Landeskongresse. Auch hier sind erhebliche Kostensteigerungen deutlich über der Inflationsrate zubezogen geschlagen. Insbesondere Raummieten sind massiv gestiegen. Hinzu kommt die deutliche Professionalisierung der Landeskongresse, die mit Mehrkosten verbunden ist. Als Beispiel ist hier insbesondere die

Eigenlösung für W-Lan zu nennen. Über diese war es auf dem letzten Landeskongress möglich durchgehend gut funktionierendes Internet bereit zu stellen.

Einen weiteren großen Ausgabenpunkt stellt das YouLi-Magazin da. Um hier Kosten zu sparen haben wir uns in diesem Jahr dazu entschieden, die Anzahl auf zwei Ausgaben zu reduzieren.

Abschließend ist zu sagen, dass der Verband unter erheblichem finanziellem Druck steht. Die Einnahmen stagnieren, während die Kosten in allen Bereichen meist deutlich über der Inflationsrate wachsen. Die Einnahmen aus der Kreisumlage machen einen zu geringen Anteil an unseren Einnahmen aus. Die Kreisumlage wurde zuletzt 2002 zur Einführung des Euros angepasst. Eine deutliche Erhöhung der Kreisumlage ist dringend nötig, um diesen Verband auch in Zukunft zu finanzieren und die Arbeit auf hohem Niveau halt zu können. Die auf dem Landeskongress beantragte Beitragserhöhung ist hier ein erster wichtiger Schritt, und korrigiert das Versäumnis der vergangen 22 Jahre, die Umlage nicht angefasst zu haben.

Trotz aller finanziellen Herausforderungen blicke ich sehr positiv auf das vergangene Amtsjahr zurück und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Viele Grüße

Julius

Rechenschaftsbericht von Viola Gebek, Stellvertretende Landesvorsitzende für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Liebe Julis,

mein zweites Amtsjahr als eure Pressesprecherin verging wie im Flug, und ich möchte euch heute einen kleinen Einblick in die Arbeit geben, die wir gemeinsam geleistet haben. Nachdem ihr mir in Weilburg erneut euer Vertrauen geschenkt habt, hatte ich die Ehre, ein weiteres Jahr für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Koordination unseres YouLi-Mitgliedermagazins verantwortlich zu sein. Es war ein spannendes Jahr, in dem wir einiges anpacken konnten und viele tolle Projekte umgesetzt haben.

Website-Relaunch nach dem Design-Update

Nachdem wir im letzten Jahr das neue JuLi-Design übernommen hatten, stand in diesem Jahr der Relaunch unserer Website an. Ein großes Dankeschön gebührt hier Ajeet, der für den reibungslosen Umzug aller 27 Unterseiten sorgte. Durch den Relaunch haben wir jetzt die Möglichkeit, unseren Webauftritt endlich zeitgemäß zu gestalten – besonders für junge Menschen, die etwas bewegen wollen. Unsere neue Website bietet einen umfassenden Überblick: von vergangenen Aktionen über die Vorstellung unseres Vorstands bis hin zu unseren Beschlüssen und vielem mehr.

Landesparteitagsaktion

Kurz nach unserem Landeskongress fand im Dezember der Landesparteitag statt. Dort machten wir mit einer Aktion auf unserem Parteitagstand auf die Überlastung der Kommunen in der Migrationskrise aufmerksam, die bei der Bewältigung dieser Herausforderungen alleingelassen wurden. Mit einem Modell eines platzenden Hauses wiesen wir auf die Dringlichkeit unserer Forderungen hin, darunter effektivere Maßnahmen zur Migrationsbekämpfung, Vereinfachung der Integration und stärkere finanzielle Unterstützung, bereits im Dezember des vergangenen Jahres, bevor die Migrationsdebatte allgegenwärtig wurde.

Mit unserer Parteitagszeitung konnten wir auch zusätzlich unsere JuLi Kandidaten bei der Listenaufstellung zur Europawahl unterstützen.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltung: Unsere Aktion zum Tanzverbot

Eine unserer größten Erfolge in der Öffentlichkeitsarbeit war unsere Aktion gegen das Tanzverbot am Karfreitag. Diese Aktion zog weite Kreise: Wir waren in der FAZ, bei der WELT, der Hessenschau und der Frankfurter Rundschau vertreten – lange ist es her, dass wir so präsent in den Medien waren. Dass uns die Polizei bei unserer Aktion vor dem Landtag erwartete, zeigt, wie sehr wir mit unseren Themen auf den Punkt treffen. Glücklicherweise wurde das Verfahren eingestellt. Wir haben gezeigt, dass das Tanzverbot im 21. Jahrhundert keinen Platz mehr hat.

Zwei Ausgaben des YouLi-Magazins

In diesem Jahr konnten wir zwei Ausgaben unseres YouLi-Magazins veröffentlichen. Eine Europa-Ausgabe passend zur Europawahl im Mai sowie eine weitere Ausgabe, die sich den kommunalen und Bundesthemen widmete: spannende Interviews, Gastbeiträge und Mitgliederartikel.

Ein besonderer Dank geht an das engagierte Redaktionsteam – Adriano, Anna, Jannik und Jasmin – die mit neuen Ideen und Perspektiven dem YouLi einen neuen Touch verliehen haben.

Seit dem Websiterelaunch können die Ausgaben nun auch auf unserer Website als PDF heruntergeladen und gelesen werden.

Social Media

Während wir im letzten Jahr bereits begonnen haben, mehr auf Videocontent zu setzen, konnten wir unsere Arbeit in diesem Bereich in diesem Jahr noch weiter fortführen und verstärken. Kacheln, Stories und Reels – wir haben regelmäßig Inhalte erstellt, um den Verband über Veranstaltungen, Positionen und die tägliche Verbandsarbeit auf dem Laufenden zu halten. Auch auf TikTok sind wir jetzt aktiv, um unsere Reichweite weiter zu vergrößern. So viele Videos wie in diesem Jahr haben wir noch nie zuvor gepostet! In der LGS konnten wir sogar ein Videostudio einrichten, in welchem wir regelmäßig Content produzieren. Es zeigt sich, die teils aufwendige Erstellung von Videos zahlt sich durch höhere Reichweite und mehr Interaktionen aus.

Europawahlkampf

Nur wenige Monate nach der Landtagswahl waren wir bereits wieder im Wahlkampfmodus und haben alles daran gesetzt, unsere hessische Spitzenkandidatin Isabel Schnitzler sowie die weiteren JuLi-Kandidaten zur Europawahl zu unterstützen. Die Kampagne des Bundesverbands hatte uns nicht ausgereicht, daher haben wir diese noch weiterentwickelt und dank Elias konnten wir zusätzliche Designvorlagen für die KV's sowie einige coole Werbemittel anbieten – wie Sticker, Flaschenöffner, Traubenzucker und eigene JuLi-Flyer mit unseren Inhalten. Besonders wichtig im Wahlkampf waren auch unsere Videos, sowohl inhaltliche Reels und TikTok Videos als auch Veranstaltungsvideos.

Leider hat es für Isabel am Ende nicht gereicht, ins Europaparlament einzuziehen. Das ist besonders bedauerlich, denn eines steht fest: Die EU braucht dringend eine junge, liberale Stimme wie die von Isabel.

LaKo im neuen Design

Beim 82. Landeskongress konntet ihr bereits einen ersten Blick auf unser neues LaKo-Design werfen. Mit einem Update unseres Bühnenbilds inklusive Rückwand, Rednerpult und LaVo Reihen haben wir dem Landeskongress ein gestalterisches Update verpasst. Zu einer

Professionalisierung hat sicherlich auch der neu eingeführte Live Stream von Elias & Ajeet beigetragen.

Bei diesem Landeskongress stand auch die Wahl des Spitzenkandidaten auf der Tagesordnung. In diesem Rahmen möchte ich mich auch ganz persönlich noch einmal für eure Unterstützung bedanken. Ihr habt mich mit überwältigenden 96 % der Stimmen gewählt, und ich freue mich schon jetzt auf das kommende Jahr, auf einen Wahlkampf, bei dem wir gemeinsam dafür kämpfen werden, dass unsere Stimmen auch im Bundestag gehört werden.

Trotz all dieser Fortschritte bleibt auch noch einiges zu tun. Eine umfassende Neumitgliederkampagne konnten wir in diesem Jahr nicht umsetzen. Das wird im kommenden Jahr eine unserer Prioritäten sein, solltet ihr mir erneut euer Vertrauen aussprechen. Auch im Bereich der Pressearbeit und bei unserer Social Media Arbeit können wir noch einiges Neues ausprobieren und unsere Reichweite weiter steigern.

Das letzte Jahr hat mir sehr viel Spaß gemacht und abschließend möchte ich mich von ganzem Herzen bei meinem großartigen Pressteam bedanken. Ajeet und Elias – dank euch konnten wir so viele neue Ideen umsetzen und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf das nächste Level heben. Ohne euch wäre all das nicht möglich gewesen!

Ich freue mich darauf, euch beim kommenden Landeskongress in meiner Heimat, dem Main-Taunus-Kreis, wiederzusehen!

Eure Viola

Rechenschaftsbericht von Ole Wilkening, stellvertretender Landesvorsitzender für Organisation

Liebe Julis,

ein Amtsjahr geht schneller vorbei als man denkt.

Ich bin euch sehr dankbar für das mir gegenüber ausgesprochenem Vertrauen eurerseits! Das letzte Jahr hat mir enorm viel Freude bereitet. Viele von euch durfte ich bei einer unserer zahlreichen Veranstaltungen treffen.

Angefangen mit dem Landeskongress im vergangenen November hat sich mein Orga-Team eine Skizze für das kommende Jahr erstellt: und wir sind sehr zufrieden mit unseren abgearbeiteten Themen.

Durch wöchentliche Orga-Calls und Aufgabentracking konnten wir stets schauen, wie weit wir bei unseren jeweiligen Veranstaltungen waren.

Ich möchte mit den Landeskongressen beginnen. Der erste Landeskongress des Amtsjahres war eine „Notlösung“. Innerhalb kürzester Zeit mussten wir eine neue Location sowie ein neues Kongresshotel ersuchen. Und wir haben nicht nur eine „Notlösung“, sondern eine gute Lösung gefunden!

Oppershausen war ein DIY LaKo, was mit enorm vieler Arbeit verbunden war. Das Ergebnis war gut: ein starkes neues Bühnenbild, Steckdosen in allen Reihen, ein Shuttleservice und eigenes WLAN. Diese Professionalisierung werden wir auch weiterhin fortführen.

Für den 83. LaKo haben wir den Fraktionsempfang neu aufgesetzt. Der Jetzt-Ole ist gespannt, wie ihr den überarbeiteten Empfang aufgenommen werden habt. Das gleiche gilt für das überarbeitete Partykonzept.

Der 84. LaKo ist schon fertig geplant. Das Tempo sollten wir beibehalten. Während eines laufenden Landeskongresses den nächsten Landeskongress ankündigen zu können, ist ein weiterer Schritt der Professionalisierung, welchen wir erfolgreich umsetzen konnten.

Im Europawahlkampf hat unser Landesverband zusammengestanden – und das Ergebnis war im Anbetracht der Lage der Freien Demokraten zufriedenstellend. Ebenso haben wir wieder Aktionen und Stände für die Landesparteitage der FDP organisiert.

Die Aufgabe des Neumitgliederbeauftragten wurde überarbeitet und ausgeweitet. Wir haben das Amtsjahr genutzt, um eine Neuauflage der Neumitgliedermappen vorzubereiten. Dies war mir ein großes Anliegen und ich bin froh über die Umsetzung dieses Themas.

Das kommende Jahr wollen wir nutzen, um Neumitglieder noch besser einzubinden. Dazu gehören auch wieder mehr Angebote und Veranstaltungen für eben diese.

Beim landesprogrammatischen Wochenende am Edersee sind wir auch ein neues Konzept gefahren. Dieses Jahr war unser LPW wieder besser besucht als die letzten beiden Jahre – dennoch müssen wir hier noch weiterarbeiten und das LPW noch besser gestalten. Vor allem die Freizeitgestaltung während des LPWS hat zu einer besseren Connection der Teilnehmer geführt, was mich sehr positiv stimmt.

Darüber hinaus haben wir als Landesvorstand zusammen mit den Bezirken zum ersten Mal eine Bezirkstour und darüber hinaus eine Tour für das neue Grundsatzprogramm organisiert. Ich fand die einzelnen Veranstaltungen schön und freue mich darüber, dass wir in dieser schweren Zeit für den organisierten Liberalismus nicht in unserer Aktivität nachgelassen haben und weiterhin gemeinsam für die liberale Sache streiten!

Wir sind als Team über das vergangene Amtsjahr sehr stark zusammengewachsen. Und gerade, weil wir uns so gut verstanden haben, konnten wir alle Herausforderungen – insbesondere den 82. Landeskongress – meistern.

Enorm viel Spaß, hat mir auch der Austausch mit euch allen bereitet. Sei es auf Get-Togethers, Wahlkampfveranstaltungen oder dem letzten Landeskongress.

Viel wurde erreicht und viel wurde professioneller: dennoch sind wir noch nicht am Ziel.

Ja, unsere Ausgangslage ist nicht gut – wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Aber wir sind Optimisten.

Wir haben das letzte Jahr über zusammengehalten und das ist unsere Stärke. Wenn wir so weitermachen, wird der nächste Wahlabend keine Zitterpartie!

Vielen Dank für euer Vertrauen im letzten Amtsjahr, ich freue mich auf unseren Landeskongress!

Hessen auf die 1.

Euer Ole

Rechenschaftsbericht von Yves Roth, stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik

Liebe Julis,

ich durfte dieses Jahr ein drittes Mal im Landesvorstand der Jungen Liberalen Hessen arbeiten und das erneut als stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik. Dabei kann ich sagen: im vergangenen Jahr lief die Arbeit im Landesvorstand ruhig und reibungslos. Die Zusammenarbeit im geschrumpften Programmatikteam lief nach ersten Anlaufschwierigkeiten sehr gut und vertrauensvoll. Ich muss mich bei Caroline Scherb bedanken dafür, dass sie mir in der ersten Phase guten Willen und viel Geduld entgegengebracht hat. Es hat mir immer Spaß gemacht mit Dir zu arbeiten.

Der Hauptpunkt für dieses Jahr war die Satzungsreform der Landesarbeitskreise. Mit den Sprechern und dem Landesarbeitskreis haben wir beim letzten Landeskongress einstimmig eine komplette Neuauflage unserer programmatischen Arbeit beschlossen, die wir jetzt beim Landeskongress in Kelkheim im nächsten Schritt umsetzen. Die Arbeit am Satzungsänderungsantrag, die Absprache mit allen Akteuren, Einarbeitung von Feedback und die Vorbereitung der Umsetzung, die jetzt ansteht, haben viel Zeit in Anspruch genommen. Diese Arbeit wird sich im nächsten Jahr durch mehr programmatische Arbeit und gut ausgearbeitete Anträge auszahlen. Aber dafür braucht es weiterhin die Beteiligung von uns allen als interessierte Mitglieder.

Jedes Jahr spielt die Arbeit auf Bundesebene eine große Rolle in der programmatischen Arbeit, aber im letzten Amtsjahr kam auf Grund sinkender Beteiligung anderer Landesverbände ein besonderer Aufwand auf mich und das Programmatikteam zu. Das Programmatikteam des Bundes leistet unter der Leitung von Max Reiter viel, um überhaupt eine inhaltliche Debatte zu ermöglichen, aber die LVs müssen sich vorbereiten. Die Vorbereitung nimmt zwischen dem Einlesen in neue Materien, dem Stellen von Änderungsanträgen und dem Treffen von Absprachen deutlich mehr Zeit in Anspruch als die regelmäßig stattfindenden dreistündigen Sitzungen des erweiterten Bundesvorstandes. Auch die Bundeskongresse wollen natürlich vorbereitet sein. Wir haben als Landesverband Hessen 11 Anträge zu den zwei Bundeskongressen dieses Jahres gestellt und damit 14 Beschlüsse unserer Beschlusslage abgedeckt.

Damit unsere Inhalte ankommen, war ich auch im Bundesgebiet wieder viel unterwegs. Meine längste Anreise zu einem Landeskongress habe ich mit Leon Seiß bestreiten dürfen. Zusammen waren wir gute 12 Stunden unterwegs, um 2 Stunden beim Landeskongress der Jungen Liberalen Schleswig-Holstein dabei zu sein. Leons Motivation und Bereitschaft anzupacken wird im LaVo fehlen.

Auf Landesebene haben wir viele kleine Leistungen erbracht und Anpassungen vorgenommen, die in Summe aber auch viel Arbeit gemacht haben. Ich habe das „Policy Paper“ von Grund auf erneuert und es ist jetzt unter „Erfolge und Positionen“ auf unserer neuen Website zu finden.

Wir haben im Rahmen der Websiteumstellung auch die Beschlusskategorien überarbeitet und von 38 auf 19 halbiert, um einen leichteren Überblick über unsere Beschlusslage zu ermöglichen.

Auch bei Antragsbüchern haben wir ein bisschen etwas verändert. Wir haben zum ersten Mal eigene Antragsbücher für die Landesarbeitskreise erstellt in der Hoffnung, die inhaltliche Vorbereitung auf Anträge damit für alle Mitglieder zu erleichtern. Wir haben zu diesem Landeskongress außerdem ein Audioantragsbuch zur Verfügung gestellt und für einen kostenneutralen Betrag endlich wieder ermöglicht, ein physisches Antragsbuch zu bestellen. Für all die unter uns, die lieber direkt mit OpenSlides arbeiten, haben wir auch einiges verbessert. Wir haben OpenSlides früher und mit dem gleichen Login wie vom letzten Mal bereitgestellt, so dass auch jedes Mitglied von seinem Antragsrecht über OpenSlides Gebrauch machen kann.

Solche kleinen Änderungen sind nicht besonders spannend, aber wichtig, damit wir besser miteinander arbeiten können.

Spannender war natürlich die programmatische Arbeit auf Landesebene, wo die wichtigsten Themen besprochen und entschieden werden. Wir haben unserer FDP einen programmatischen Tag angedreht und dafür gesorgt, dass wir einen zweiten Tag beim Landesparteitag Ende des Jahres haben. Das war der einzige Grund, warum wir uns dieses Jahr in der FDP Hessen überhaupt mit Inhalten auseinandersetzen. Wir haben als einzige Gruppe beim programmatischen Tag tatsächlich Anträge gestellt. Ich muss mich dafür entschuldigen, dass ich es nicht zum programmatischen Tag geschafft habe. Leider lief die Debatte hier wohl nicht immer auf dem Qualitätslevel, das wir von Landeskongressen gewöhnt sind.

Wir müssen uns als Landespartei vielleicht in nächster Zeit der Frage annehmen, wie wir wieder mehr Menschen für konkrete Antragsarbeit begeistern und vorbereiten können.

Auf den nächsten Landesparteitag haben wir uns auch schon begonnen vorzubereiten und haben unsere Anträge bereits geschrieben. Ich freue mich, wenn ich viele von Euch beim LPT sehen kann.

Zwischen den erschreckenden Landtagswahlergebnissen aus Thüringen und Sachsen am 01. September um 18 Uhr bis zum Donnerstag der gleichen Woche haben wir einen Brief an unsere hessischen Bundestagsabgeordneten geschrieben. Der Schreibprozess war intensiv und inhaltlich in Teilen kontrovers. Ich bin froh über den Brief und darüber, wie das lief.

Es bleibt mir nur noch übrig, Danke zu sagen an das LaVo-Team und insbesondere an Caro und Leon.

Im kommenden Jahr kommt wieder einiges auf uns als Landesverband zu und ich würde mich freuen, das als Euer Landesprogrammatiker mitgestalten zu dürfen.

Euer Yves

Rechenschaftsbericht von Ajeet Ahmad, Beisitzer im Landesvorstand

Liebe JuLis,

schon geht ein aufregendes Amtsjahr zu Ende. Zeit in die Vergangenheit zu schauen: Auf dem Landeskongress in Limburg-Weilburg habt ihr mir im zweiten Anlauf das Vertrauen geschenkt und mich als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt. Das war für mich besonderer Ansporn mich mit vollem Einsatz für den Landesverband – für Euch -einzubringen. Wir haben uns viel vorgenommen – und gemeinsam auch viel erreicht.

Im Presseteam haben wir kontinuierlich an neuen Ideen, Posts, Videos und Aktionen gearbeitet. Gemeinsam mit Viola und Elias konnte ich unsere Pressearbeit, insbesondere auf Social Media, erheblich verbessern. Der Verband zeigt sich nach außen jetzt genauso stark, wie er wirklich ist!

Mein Schwerpunkt lag Anfang des Amtsjahres dabei, Euch so schnell wie möglich neue Webseiten zu liefern. Leider hatte sich dies aus zweierlei Gründen verzögert: Einerseits ist die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband in IT-Fragen eine Herausforderung gewesen und andererseits haben wir als Landesvorstand eine völlig veraltete & verwairstete IT-Infrastruktur vorgefunden. Vor allem Letzteres hat unheimlich viele Ressourcen gebunden. Dennoch: Im März letzten Jahres gingen die ersten Webseiten schon online & auch der Landesverband strahlt seitdem online in neuem Glanz.

Das Jahr über haben wir natürlich auch unsere Veranstaltungen begleitet – vom Bundeskongress über den Landesparteitag bis hin zum Sommerfest. Wir waren stets vor Ort, haben Fotos gemacht, Reels gedreht und sie euch schnell zur Verfügung gestellt. Ein besonderes Highlight war sicherlich der Bundesparteitag, bei dem wir ein Reel mit Christian Lindner drehen konnten, das mit über 30.000 Aufrufen unser bisher erfolgreichstes Reel ist.

Ein weiterer Höhepunkt war die Karfreitagsaktion. Bundesweit waren wir in der Presse vertreten. Sie war sowohl in Printmedien, auf Social Media als auch im Fernsehen präsent – ein voller Erfolg für uns & ein toller Tag gemeinsam mit Euch!

Zur Europawahl haben wir eine Reihe von Reels gestartet. Diese kurzen, prägnanten und manchmal auch kontroversen Videos brachten unsere Positionen klar und verständlich auf den Punkt. Ich freue mich sehr, dass diese Videos gut ankamen und eine hohe Reichweite erzielen konnten.

Beim 82. LaKo konnten wir bereits in einem ganz neuen Glanz auftreten. Neben meiner klassischen Arbeit in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, wie der Erstellung von Printprodukten und Giveaways, war ich auch für das WLAN und den Stream verantwortlich. Ich freue mich besonders, dass das WLAN so reibungslos funktionierte und euch den Landeskongress angenehmer gemacht hat.

Besonders stolz bin ich auf unsere Arbeit im Rahmen von Violas Bundestagsspitzenkandidatur. Ein von Elias und mir erstelltes Video unter dem Motto „Let’s

get started“ habt ihr bereits gesehen. Das Video markierte nicht nur den Start der Bundestagskampagne, sondern zeigte auch, wie stark wir als Team zusammenarbeiten, um Violas – und letztlich eure – Botschaften und Forderungen nach außen zu tragen.

Es war ein ereignisreiches und herausforderndes Jahr, mein besonderer Dank gilt deshalb hier Viola & Elias, ohne die die Arbeit im Landesvorstand nur halb so viel Spaß machen würde.

Trotz unserer Erfolge gibt es noch ein paar offene Punkte: Wir konnten bisher keine Neumitgliederkampagne starten, der Online-Shop ist noch nicht live, und leider hat auch noch nicht jeder Kreisverband seine Webseite aktiviert.

Ich bedanke mich bei euch für euer Vertrauen & würde mich sehr freuen, wenn ihr mir es wieder schenken würdet.

Euer Ajeet

Rechenschaftsbericht von Charlotte Büger, Beisitzerin im Landesvorstand

Liebe Julis,

vor einem Jahr habt Ihr mir in Weilburg Euer Vertrauen geschenkt und mich als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt. In diesem Amtsjahr konnte ich dank Euch tolle Menschen kennenlernen, neue Erfahrungen sammeln und wurde vor Herausforderungen gestellt, die wir als Team gemeistert haben.

Wir als Landesvorstand setzten uns aus einzelnen Persönlichkeiten zusammen und konnten über das Jahr zu einem tollen Team werden. Gerade im Orga Ressort konnte ich diesen Teamgeist und den Zusammenhalt besonders gut spüren. Mit vier Personen sind wir das größte Ressort und es gab für uns immer viel zu planen. Mit Ole, Leon und Tom hat es immer Spaß gemacht zu arbeiten. Vor allem geschätzt habe ich den Austausch auf Augenhöhe und die Offenheit neuer Ideen gegenüber.

Auch dieses Jahr stand im Zeichen mehrerer Wahlen. Zuerst die Europawahl, bei der wir mit unserem GOTV in Frankfurt und der Presseaktion in Nordhessen nochmal alles gegeben haben. Auch wenn die Landtagswahl 2023 mit 5% ernüchternd war, konnten wir im Juni 2024 in Hessen 6% erzielen. Jetzt gehen wir auf die Bundestagswahl nächstes Jahr mit einer starken Kandidatin zu.

In meinem Ressort durfte ich mich dieses Jahr um die Koordination der Bezirkssommertour kümmern, den Landeskongress und die Party in Bad Nauheim mit organisieren und bei unserem Sommer LPW Vorort mit Leon zusammen für Euch ein tolles Wochenende auf die Beine stellen. Dazu gehört es, sich wöchentlich zu treffen und auf den neusten Stand zu bringen, Locations zu besichtigen und an Betreibern und Stadtbüros Anfragen zu stellen. Zudem hatte ich die Aufgabe eine Veranstaltung für unsere Fördermitglieder in unserer Landesgeschäftsstelle zu planen. Dabei konnten wir zeigen, wer wir sind und warum die FDP uns als Julis und unseren inhaltlichen Input unbedingt braucht.

Das Schönste neben allen Veranstaltungen war es, Euch zu sehen und zu merken, wie stark unser Zusammenhalt im Verband ist. Dank Euch ist das Amtsjahr für mich im LaVo wie im Flug vergangen und war jedes Mal aufs Neue eine Freude!

Nur das Beste,

Eure Charlotte

Rechenschaftsbericht: Caroline Scherb, Beisitzerin im Landesvorstand

Liebe JuLis Hessen,

im November 2023 wurde ich zum zweiten Mal in den Landesvorstand der JuLis Hessen gewählt. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals für euer Vertrauen und 98% der Stimmen an diesem Tag bedanken. Ich habe dadurch die Chance bekommen, Yves in seiner Arbeit als Programmierer zu unterstützen und einen individuellen Teil von mir mit in die Programmatik der JuLis Hessen einzubringen. Es war ein sehr aufregendes Jahr mit spannenden Projekten insbesondere innerhalb des Programmatikteams. Nach der Wahl ging es im November auch direkt an die LAK Reform und die Vorbereitungen dazu. Noch nie zuvor sind Gremien, wie die Kreisvorsitzendenkonferenz oder die einzelnen Kreisverbände, Programmierer und Landesarbeitskreisleitungen so stark in ein neues Konzept eingebunden worden. Das Ergebnis, welches auf dem letzten Landeskongress in Form eines Satzungsänderungsantrag gestellt worden war, ist ein Produkt effektiver und transparenter Verbandsarbeit.

Während dieses Projekt lief und Gespräche stattfanden, machten wir uns an Ideensammlungen für den Bundeskongress in Bielefeld. Vier Anträge stellten wir anschließend dann auch. Ein sehr erfolgreicher Bundeskongress für uns Hessen. Nicht nur waren wir zahlreich vertreten, sondern durften auch viele unserer JuLis erstmals in die Debatte gehen sehen.

„Back to Basics“ war dann der erste Text, den ich im YouLi zu den Wurzeln unserer liberalen Programmatik verfasste. Mein Herzensthema ist zweifellos die Vermittlung des Ursprungs der schönen theoretischen Grundlage, die unserer Programmtik zugrunde liegt. Im vergangenen Jahr hatte ich verschiedene Möglichkeiten, dies zu vermitteln. Sei es im Rahmen von Instagram Posts, in denen ich bedeutende liberale Denker vorstellen durfte,

Antragsideen erläutern oder in weiteren YouLi Texten, in denen ich zu den theoretischen Einordnung präsender Begriffe im Liberalismus schreiben durfte. Eine besondere individuelle Errungenschaft im letzten Amtsjahr war, einen großen Teil der Aufregung abzulegen, wenn es darum geht in der Debatte auf die Bühne zu gehen. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Vorstandsmitgliedern bedanken, mit denen ich dieses Jahr verbringen und arbeiten durfte. Wir haben immer und zu jeder Zeit ein gemeinsames Projekt vorangebracht: den organisierten Liberalismus. Nicht beirrt von populistisch aufgeheizten Bundesthemen oder innerverbandlichen Dissens, fanden wir diesen Konsens. Es war eine einmalige Arbeitsatmosphäre, die stets professionellen Charakter bewahrte und gleichzeitig Freundschaften hervorbrachte. Ich werde die Zusammenarbeit mit euch zwar vermissen aber ich bin stolz auf das, was wir im letzten Jahr geschafft haben und gespannt auf das, was der nächste Vorstand schaffen wird. Ich wünsche dem neu gewählten Vorstand alles Gute für das nächste Jahr. Auf dass diese Einmalige Erfahrung noch weitere Menschen erreicht und motiviert.

Mit den liberalsten Grüßen, die ihr euch so vorstellen könnt,

Eure Caro

Rechenschaftsbericht von Elias Grundler, Beisitzer im Landesvorstand

Liebe Julis,

im November 2023 begann dieses grandiose Amtsjahr mit meiner Wahl auf dem Landeskongress in Weilburg. Direkt am Landeskongress ging es um die fotografische Begleitung sowie die direkte Umsetzung der Geschehnisse des Landeskongresses auf Social-Media und die Darstellung des neuen Landesvorstandes.

Auch nach dem Landeskongress ging es mit vollem Elan im Presseteam weiter. Die ersten Wochen waren geprägt von einem Entwurf des Konzeptes einer kommenden Zusammenarbeit. Da Ajeets und meine erste Amtszeit direkt an den Landtagswahlkampf 2023 anknüpfte, mussten wir uns eine neue Arbeitsweise überlegen, wie wir unsere liberale Herzensarbeit trotz – oder gerade wegen – dieser damals niederschlagenden Ergebnisse auf Social Media präsentieren.

Rasch einigten wir uns auf eine neue Designsprache und wollten Ajeets und meine Erfahrung im Bereich der Videographie in ein neues Reel-Format umsetzen. Reels, die von hoher audiovisueller Qualität, aber auch inhaltlicher Qualität, sich vom Rest der politischen Kommunikation auf Social-Media absetzen sollten. – Ita erat- So geschah es auch. Unsere Reels gewannen schnell an Zuspruch innerhalb der liberalen Community aber auch außerhalb.

Dieses gesteigerte Niveau auf optisch-technischer aber auch inhaltlicher Ebene wollte ich, wir als Presseteam aber auch der ganze Landesvorstand zu unserer neuen Handlungslinie, zu unserer Maxime machen.

Die Kreisverbände bekamen schnell Zugang zu Canva-Vorlagen, um technisch simpel und zeitgünstig hochwertige Kacheln ganz im Sinne der neuen Hessen-Linie der Jungen Liberalen zu verwenden. Einheitlichkeit des Designs, der Form-, Bild- und Fachsprache sind nicht nur unser „shared ground“ geworden, sondern sind auch immer noch unser subkutaner Ansporn, um uns ständig weiterzuentwickeln.

Doch Anfang des Jahres 2024 ging es mit einer großen Aufgabe weiter, in der wir genau diesen Ansporn verwirklichen, inkorporieren wollten: Die Europawahl. Zu meinem großen Erfreuen, wurde ich mit der Aufgabe der Entwicklung einer Kampagne zum Europawahlkampf betraut. Ganz im Sinne unseres Bundesverbandes orientierten wir uns an einem fast schon nostalgischen 90's Design. Unsere Kampagne umfasste nicht nur Elemente des Europawahldesigns des Bundes, sondern brachte dem ganzen etwas Charakter, etwas Eigenes, etwas mehr Hessen dazu, um unseren tollen Kandidaten gerecht zu werden. Die hessische Juli-Kampagne enthielt, Flyer, Traubenzucker, Gummibärchen, Flaschenöffner und vieles mehr. So beliebt waren unsere Werbemittel, dass viele FDP-Kreisverbände ausschließlich unserer Werbemittel für die Kampagne anboten. Es hat sich einmal wieder gezeigt, wir Julis sind der Motor der FDP, wir sind die Flamme, die mit ihrer Energie einen unabdingbaren Beitrag zu organisiertem Liberalismus beiträgt. Auch auf Social-Media ging

unsere Kampagne in der Flut der politischen Medienarbeit nicht unter. Unsere Europa-Reels konnten spitzen Interaktionen und Aufrufzahlen innerhalb der Landesverbände erzielen.

Den nun a priori so oft schon angesprochenen neuen Anspruch an unsere Pressearbeit sollte auch vor dem Landeskongress nicht halt machen. Tim Hordorff sagte es damals in seiner Bewerbungsrede: Landeskongresse sollen professionalisiert werden. Nach vielen Stunden Arbeit, langen Videocalls und ewigen Designstunden in Photoshop und Illustrator war der 82. Landeskongress ein Kongress neuer Maßstäbe. Mit unserer neuen Pressewand, den Stickern auf dem Boden, der tollen neuen Anmeldung und dem einheitlichen Design auf allen Ebenen, wollten und wollen wir die Landeskongresse zu Eurem Highlight des Jahres machen. Durch Ajeets übermenschliche Fähigkeiten im Bereich Cyberinfrastruktur und Videostreaming konnten wir zusammen beim letzten Landeskongress nicht nur Highspeed-Wlan sondern auch einen hochqualitativen Videostream anbieten. Landeskongresse von überall aus der Welt für jeden!

Natürlich war nicht nur der letzte Landeskongress, sondern auch unsere Pressearbeit von Violas Kandidatur zum Bundestag geprägt. Ajeet und ich entworfen ein Konzept für eine Kampagne für Violas Kandidatur, Bewerbungsvideos und unterstützten sie in ihrer Social Media Arbeit. Auch versuchte ich im Landesvorstand eine weitere Blickrichtung durch aktive Beiträge über die inhaltliche Positionierung des Vorstandes beizutragen.

Gerade in den politisch ruhigeren Sommermonaten war es für Viola, Ajeet und mich besonders wichtig, Konzepte und Vorlagen auszuarbeiten, um die Kreis- und Regionalverbände in ihrer öffentlichen wirksamen Arbeit zu unterstützen. Gerade zuletzt hielten wir einen Pressesprecher-call in Wiesbaden ab, an dem einige Pressesprecher mit uns bei Kaffee und Kuchen aber auch virtuell zusammenkamen, um gemeinsam Pressearbeit zu unterstützen und von unserer Seite Tipps zu geben, wie die Presse und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort noch besser werden kann, als sie ohnehin schon ist.

Doch auch war natürlich der respektive Landeskongress ein großer und für uns wichtiger Teil unserer Arbeit. Insbesondere, da wir unsere Qualität zum letzten Landeskongress noch verbessern wollten, setzten gerade Ajeet aber auch ich uns an die Optimierung unseres Streaming-Prozesses, um Störungen durch Umweltfaktoren nahezu auszuschließen. In diesen großartigen Landeskongress ist einiges an Arbeit, Liebe aber auch Leidenschaft von uns als Presseteam eingeflossen. Gerade diese Vorbereitungen haben mir wieder gezeigt, wie gewinnbringend, bereichernd und sinnstiftend der Einsatz für uns als Liberale Familie ist. Ich habe in diesem Landesvorstand und insbesondere im Presseteam mit Viola und Ajeet tiefe Freundschaften und einen kraftschöpfenden See an Hoffnung gefunden!

Danke euch, liebe Junge Liberale, dass ich diese Möglichkeit im letzten Jahr bekommen habe. Ich bin politisch und inhaltlich an meinen Aufgaben aber gerade auch menschlich an diesen unvergleichbar tollen Menschen gewachsen. Danke! Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Chin, Chin!

Euer Elias

Rechenschaftsbericht von Leon Seiß, Beisitzer im Landesvorstand

Liebe JuLis,

vor einem Jahr habt Ihr mir Euer Vertrauen geschenkt und mich als Beisitzer für Organisation in den Landesvorstand der JuLis Hessen gewählt. Dafür möchte ich mich von Herzen bedanken. Dieses Amtsjahr war für mich eine spannende Zeit voller wertvoller Erfahrungen, neuer Kontakte und Herausforderungen, die wir gemeinsam als Team gemeistert haben.

Unser Landesvorstand hat sich als eine dynamische Gruppe von engagierten und motivierten Persönlichkeiten erwiesen, und gerade im Orga-Ressort durfte ich diesen Teamgeist besonders stark spüren. Zusammen mit Ole, Tom und Charlotte im Ressort haben wir stets Hand in Hand gearbeitet, um Veranstaltungen und Aktionen zu planen und umzusetzen. Der Austausch war immer auf Augenhöhe, offen und inspirierend, und ich bin dankbar für jede Idee, die wir gemeinsam entwickeln und umsetzen konnten.

Auch in diesem Amtsjahr standen wieder wichtige Wahlen auf der Agenda, angefangen bei der Europawahl über die Landtagswahl in Hessen bis hin zur bereits beginnenden Vorbereitung auf die kommende Bundestagswahl. Im Rahmen dieser Wahlen kamen einige Veranstaltungen zustande, sei es das GOTV-Wochenende in Frankfurt oder Wahlkampfaktionen in verschiedenen Bezirken. Trotz des nicht ganz zufriedenstellenden Ergebnisses der Landtagswahl haben wir einen starken gemeinsamen Europawahlkampf mit einer großartigen Teamleistung geführt und sind bereit, für die Bundestagswahl im nächsten Jahr alles zu geben.

In meinem Ressort lag der Fokus auf der Organisation und Koordination zahlreicher Veranstaltungen. Ich durfte das Sommer-LPW maßgeblich mitgestalten und planen. Auch die Planung des Landeskongresses in Bad Nauheim zählte zu einer großen Herausforderung. Die Planung solcher Events ist unglaublich bereichernd, da wir als Team immer wieder über uns hinausgewachsen sind. Weitere Aufgaben, wie die Umgestaltung der LGS und das Ordnen der Lagerbestände, füllten das Jahr, sodass es nie langweilig wurde. Die Betreuung der Neumitglieder machte mir enorm viel Freude, da ich aus den Kontakten mit ihnen eine riesige Energie für die liberale Sache spüren konnte. Auch das neu gestaltete Neumitgliederseminar, das am Landeskongress in Bad Nauheim gut besucht war, überzeugte.

Das größte Geschenk in diesem Amtsjahr war jedoch der Austausch mit Euch – den Mitgliedern unseres Verbandes. Es war inspirierend zu sehen, wie stark unser Zusammenhalt ist und wie sehr wir uns gegenseitig unterstützen, sei es auf Landeskongressen, Sommerfesten oder bei gemeinsamen Auftritten der JuLis auf FDP-Veranstaltungen. Dieser Rückhalt und der spürbare Teamgeist haben meine Arbeit ungemein bereichert.

Vor uns liegt ein entscheidendes Jahr, und ich bin überzeugt, dass wir als JuLis auch diese Herausforderung meistern werden. Lasst uns weiter zusammenhalten und gemeinsam für eine starke liberale Stimme kämpfen.

Danke für Euer Vertrauen und Engagement!

Mit den besten Grüßen,

Leon Seiß, Beisitzer im Landesvorstand

Rechenschaftsbericht von Tom Kewald, Beisitzer im Landesvorstand

Liebe JuLis,

vielen Dank für Euer Engagement, Euren Einsatz und Euer Vertrauen im vergangenen Jahr!

Das letzte Vorstandsjahr war geprägt von umfassender innerverbandlicher Umstrukturierung.

Als Beisitzer im Orga-Ressort durfte ich mit einigen von Euch in den Austausch treten und viele unserer Ideen gemeinsam umsetzen. So konnten wir beispielsweise in enger Absprache mit den JuLis Frankfurt ein hessisches GOTV-Wochenende vor der Europawahl organisieren und unsere Spitzenkandidatin Isabel vor Ort unterstützen.

Allen voran stand natürlich auch die Organisation von zwei Landeskongressen im Zentrum. Trotz widriger Umstände beim 82. Landeskongress ist es uns im gesamten Vorstandsteam gelungen einen außerordentlich erfolgreichen Landeskongress in Bad Neuheim zu organisieren. Hierbei konnten wir in vielerlei Hinsicht neue Maßstäbe setzen: Neben der herausragenden Pressearbeit konnten wir als Orga-Team ein neues, digitales Anmeldesystem implementieren und die Technik in der Halle aufwerten.

Bei der Organisation des 83. Landeskongresses in Kelkheim lief vieles noch reibungsloser, was einem gut eingespielten Team zu verdanken ist. Auch die Perspektive auf den 84. LaKo stimmt mich durchweg positiv; hier sind bereits alle Planungen finalisiert, Hotelkontingente eingerichtet und selbstverständlich auch die Halle gebucht.

Auch was den Service für die Kreisverbände betrifft, konnten wir unsere Ideen umsetzen: Wir haben für Euch das digitale LGS-Verleihsystem geschaffen, mit dem sich die Kreisverbände Utensilien wie Kamera- oder Veranstaltungsequipment ausleihen können und dabei jederzeit digital den Überblick über die Verfügbarkeit der jeweiligen Utensilien haben.

Darüber hinaus haben wir gleich zu Beginn des Amtsjahres die LGS neu ausgestattet: Ein neuer Konferenztisch und ein Update der Optik geben uns seitdem eine angenehme Arbeitsatmosphäre.

Besonders viel Spaß hat mir der Austausch mit Euch bereitet. Sei es auf den LaKos, Sommerfesten, dem BuKo oder das gemeinsame Auftreten der JuLis bei FDP Veranstaltungen. Überall verspüre ich einen neuen, gesteigerten Zusammenhalt im Verband und auch persönlich einen Rückhalt, der die Arbeit erleichtert und mich immer wieder motiviert.

Vor uns liegt ein wichtiges Jahr mit einer entscheidenden Bundestagswahl. Lasst uns an diese positiven Entwicklungen anknüpfen und gemeinsam der liberalen Stimme einen kraftvollen Ausdruck verleihen.

Vielen Dank für Euer Vertrauen im letzten Amtsjahr. Ich freue mich auf einen geilen LaKo mit Euch!

Hessen auf die 1

Euer Tom

Anträge

Inhaltsverzeichnis

S - Satzungsänderungsanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S01	Satzungsänderungsantrag zur Änderung der Beitragsordnung Landesvorstand, BV Kurhessen, BV Rhein-Main, BV Südhessen-Starkenburger	10

1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
101	Fachfremde Aufgaben reduzieren Yves Roth	11
102	Verständnis füreinander - innerdeutsche Austausche Yves Roth	13
103	Finanzen bilden bilden Naim Luca Gassner, KV Main-Kinzig, KV Wetterau	14
104	KiTa, Ausbildung, Partizipation – Bildung ist mehr als Schule KV Frankfurt	17
105	Exzellenz fördern statt Gleichmacherei fordern - hessische Hochschulen wieder attraktiv machen Jan-Lukas Gescher, BV Kurhessen, KV Gießen, KV Hochtaunus, KV Wetterau, RV Kassel, KV Groß-Gerau, KV Main-Kinzig, KV Hersfeld-Rotenburg, KV Waldeck-Frankenberg, KV Fulda, RV Offenbach, KV Frankfurt, David Geßner, Yves Roth	21
106	Rundfunk reformieren: Qualität statt Quantität Marc Schmidt	26

2 - Wirtschaft, Finanzen & Energie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
201	Wett' get polticial Yves Roth	30
202	Genug GEZahlt: Keine Kreuzfahrten auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger RV Kassel, BV Kurhessen	31

3 - Innen & Justiz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
301	Freiheit nicht Organe schützen Yves Roth, Julius Ulowetz, Ajeet Ahmad, Finn Kühberger	33
302	Gläserner Staat statt gläserne Bürger! Yves Roth, Julius Ulowetz, Finn Rodewyk	34
303	Wortprotokoll im Strafverfahren Julius Ulowetz, KV Wetterau	35
304	Verpflichtende Arbeit für Asylbewerber angemessen vergüten KV Frankfurt	36
305	Veraltete Regelungen im Bestattungsrecht unter die Erde bringen Aaron Wilhelmi	37
306	Platzverweis für Diebe KV Rheingau-Taunus	39
307	Bürokratieabbau mit der Kettensäge statt dem Skalpel KV Bergstraße	40
308	Über 12% verlorene Stimmen!? Unsere Wahlreform für mehr Repräsentativität RV Darmstadt, KV Marburg-Biedenkopf, KV Hochtaunus, KV Wiesbaden	41

4 - Gesundheit, Arbeit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
401	Kinder entlasten und Leben retten: KI-Echtzeitübersetzer an öffentlichen Einrichtungen KV Wiesbaden, RV Darmstadt	49
402	Fairer Lohn für Minderjährige! BV Kurhessen, KV Waldeck-Frankenberg	51

5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
501	Günstig, schnell und leise: Holen wir uns den Transrapid zurück! RV Kassel, KV Gießen	52
502	Infrastruktur für Radfahrer statt gegen Autos KV Bergstraße	53
503	Sehr freie Fahrt für sehr freie Bürger! KV Groß-Gerau	54
504	Zwischen Santiago Bernabéu und dem "Tor zur Rhön": Neubau einer Transrapid-Strecke KV Fulda	55
505	Das Bauministerium abreißen! Marc Schmidt	56
506	Für ein faires Miteinander: Mieterschutz durch Informationen! Alexander Keller	57
507	A5 ausbauen, Region stärken Paul Weiske	58
508	Für ein faires Miteinander: Mieterschutz durch Informationen! KV Marburg-Biedenkopf	79

6 - Digitalisierung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
601	Eine liberale Vision des Internets Julius Ulowetz, Ajeet Ahmad	59

7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
701	Fortschritt für unsere Sicherheit KV Rheingau-Taunus	61
702	Schengen nicht auf dem Altar der angeblichen Sicherheit opfern - für eine Migrationspolitik ohne Gängelung der EU-Bürger Justus Lieb, BV Kurhessen	62
703	Gesetzesvorrang ist keine unverbindliche Handlungsempfehlung - Asylrecht in Deutschland und Europa schützen. Justus Lieb	64
704	Europa stärken: Solidarität mit Georgien! David Vinu	65
705	Grundausbildung für alle: Zeit für ne Zeitenwende Luca Schirmer	67

8 - Internes

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
801	Lichter aus, Ampel: Zurück zu liberalen Werten RV Kassel	68
802	Grundsatzprogramm Junge Liberale Hessen Landesvorstand	70
803	Eine liberale Partei braucht konsequent liberale Funktionäre Paul Weiske	77
805	Endlich Feierabend – Politikern auch mal Freizeit gönnen Tim Hordorff	78

Antrag S01: Satzungsänderungsantrag zur Änderung der Beitragsordnung

Antragsteller*in:	Landesvorstand, BV Kurhessen, BV Rhein-Main, BV Südhessen-Starkenburger Land
Sachgebiet:	S - Satzungsänderungsanträge

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Ersetzung von §4 Beitragsordnung durch:
- 2 Der von den Kreisverbänden gemäß § 15 Abs.1 der Satzung der Jungen Liberalen Hessen
- 3 pro Mitglied und Monat an den Landesverband abzuführende Beitragsanteil setzt sich
- 4 zusammen aus dem vom Landesverband pro Mitglied und Monat an den Bundesverband
- 5 abzuführenden Beitrag zzgl. 0,50 EUR pro Mitglied und Monat für Mitgliedsbeiträge ab
- 6 dem 01.01.2025. Zum 01.01.2026 und 01.01.2027 erhöht sich der pro Mitglied und Monat
- 7 abzuführende Beitrag um jeweils 0,05 EUR. Der Gesamtbetrag pro Mitglied und Monat ist
- 8 auf volle EUR 0,05 aufzurunden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 101: Fachfremde Aufgaben reduzieren

Antragsteller*in:	Yves Roth
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Lehrkräfte sollten lehren.
2 Dafür sind sie ausgebildet und motiviert. Darüber herrscht zunächst Konsens, trotzdem
3 steigt der Anteil der Arbeitszeit, die für fachfremde Aufgaben verwendet wird
4 kontinuierlich an. Als Junge Liberale Hessen wollen wir deswegen die folgenden
5 konkreten Schritte angehen, um Lehrkräfte zu entlasten:

6 **1. Befreiung von Brandschutzbeauftragtenpflicht**

7 Schulen sollen in Zukunft keine Brandschutzbeauftragten mehr benennen müssen.
8 Lehrkräfte sind nicht qualifiziert genug für eine Beratung in Brandschutzfragen und
9 ein Grundkenntnis an Brandschutzmaßnahmen muss jede Lehrkräfte besitzen.
10 Bis wir dieses Ziel umsetzen, wollen wir den Richtwert von fünf Prozent auf einen
11 Prozent der Beschäftigten gesenkt werden.
12 Dementsprechend sind die Richtlinien für die brandschutztechnische Ausstattung von
13 Schulen und das Verhalten bei Ausbruch eines Brandes und bei sonstigen Gefahren zu
14 ändern.

15 **2. Datenschutzrecht ist schulübergreifend**

16 Datenschutzgesetze und -verordnungen unterscheiden sich nicht von Schule zu Schule.
17 Wir wollen deswegen die Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten und
18 stellvertretenden Datenschutzbeauftragten abschaffen. Dafür sind Schul-
19 Datenschutzverordnung und das Hessische Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz
20 u zu ändern.
21 Stattdessen soll auf Landesebene eine Best-Practice Whitelist erstellt werden, an der
22 sich Schulen orientieren können. Eine Prüfung anderer Möglichkeiten soll auch zentral
23 stattfinden und dann bei positivem Befund eine Aufnahme auf die Whitelist nach sich
24 ziehen.

25 **3. Abfragen nicht auf Schulen abwälzen**

26 Die Verbesserung unserer Schulen setzt eine gute Datenlage voraus.
27 Datenanfragen vom Kultusministerium und dem Landtag landen aber am Ende häufig bei
28 Schulleitungen und Lehrkräften auf dem Tisch, wo sie Zeit und Energie kosten, die
29 nicht mehr für Unterricht bleiben. Deswegen wollen wir die Lehrer- und
30 Schülerdatenbank (LUSD) erweitern und ihre Nutzung zur Beantwortung von Anfragen und
31 Erarbeitung von Statistiken ausbauen.

32 **4. Websitemanagement**

33 Jede Schule ist verpflichtet eine Homepage zu unterhalten.
34 Das halten wir für sinnvoll und wollen daran festhalten. Weniger sinnvoll ist
35 allerdings, dass die Schulen für das Erstellen und Unterhalten der Website allein

36 zuständig ist. Wir wollen stattdessen eine zentrale Stelle an den staatlichen
37 Schulämtern schaffen, die auf Antrag der Schule die Homepage modernisiert und
38 technologisch begleitet. Die Inhalte werden weiterhin von der Schule vor Ort
39 eingepflegt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 102: Verständnis füreinander - innerdeutsche Austausche

Antragsteller*in:	Yves Roth
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Angesichts der immer wachsenden Unterschiede zwischen Stadt und Land müssen wir die
- 2 Einheit in unserer Bevölkerung durch gegenseitiges Verständnis stärken.
- 3 Dafür wollen wir als Junge Liberale Hessen im Stile der Ost-West-Austauschprogramme
- 4 der Wiedervereinigungszeit ein Land-Stadt-Austauschprogramm schaffen, dass es jungen
- 5 Menschen im Rahmen ihrer Schullaufbahn ermöglicht mal ein Gymnasium außerhalb der
- 6 eigenen Umgebung kennenzulernen. Jeder Schüler und jede Schülerin einer hessischen
- 7 Schule soll einmal in seiner/ihrer Schullaufbahn die Möglichkeit haben an einem
- 8 solchen Austausch teilzunehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 103: Finanzen bilden bilden

Antragsteller*in:	Naim Luca Gassner, KV Main-Kinzig, KV Wetterau
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 An unseren Haupt- und Realschulen sowie unseren Gymnasien werden die Schülerinnen und
2 Schüler unserer Meinung nach nicht ausreichend in unserem heutigen Wirtschafts- und
3 Finanzsystem geschult. Durch einen praxisorientierten Unterricht können wir junge
4 Talente fördern und wichtige Möglichkeiten für sie eröffnen.

5 **Wirtschaftswesen:**

6 Wir sind für die Integrierung folgender Punkte ab der Klassenstufe 8 an unseren
7 Haupt- und Realschulen, im Fach Politik und Wirtschaft, sowie für die Integrierung
8 der folgenden Punkte im Fach Wirtschaftswissenschaften an unseren Gymnasien. Diese
9 müssen dementsprechend leistungsgerecht an das Bildungsniveau angepasst werden.

- 10 1. Firmengründung
- 11 2. Firmenführung
- 12 3. Marketing und Mediengesellschaft

13 **Finanzwesen:**

14 An unseren Schulen wird in keiner Form das Thema Finanzwesen auf privater Ebene
15 behandelt.

16 Dadurch haben viele Schülerinnen und Schüler keine Kenntnisse über eine saubere
17 Buchhaltung,
18 Steuern und Investitionsmöglichkeiten nach ihrem Abschluss. Praktische Erfahrungen im
19 Unterricht, wie z.B. mit dem Planspiel Börse, werden in den wenigsten Schulen
20 nähergebracht und nur in seltenen Fällen im kaufmännischen Unterricht untergebracht.

21 Daher sind wir für die Integrierung folgender Punkte in das Fach Politik und
22 Wirtschaft an unseren
23 Haupt- und Realschulen sowie an unseren Gymnasien im Fach Wirtschaftswissenschaften
24 ab der Jahrgangsstufe 8.

25 Zu den Themen gehört:

- 26 1. Buchführung
- 27 2. Steuerrecht
- 28 3. Steuererklärung
- 29 4. Investitionsmöglichkeiten
- 30 5. Börsenentwicklung
- 31 6. Geschehnisse des Finanzmarktes

32 **Lehrkräftemangel:**

33 Wenige Gymnasien in Deutschland bieten das Fach Wirtschaftswissenschaften an.
34 Allerdings müssen viele Schulen auch darauf verzichten, da diese nicht die nötige
35 Anzahl an
36 Lehrkräften bieten kann. Daher sind wir für die Förderung von Quereinsteigern, welche
37 durch
38 jahrelange Berufserfahrung und Know-how ihr praktisches Wissen am besten an die

- 39 Schülerinnen
40 und Schüler weitergeben können. Dadurch können wir auf ein breites Spektrum an
41 Personen
42 zugreifen, welche praxisorientiertes und fundiertes Wissen verfügen.

Begründung

Begründung:

Das deutsche Bildungssystem ist facettenreich und bietet viele Möglichkeiten für die Generationen der Zukunft. Allerdings werden in deutschen Haupt- und Realschulen, sowie teilweise auch auf Gymnasien, die Schülerinnen und Schüler nicht praktisch und effektiv auf unser heutiges Wirtschafts- und Finanzsystem vorbereitet. An den Haupt- und Realschulen wird lediglich das Fach Politik und Wirtschaft angeboten. An unseren Hauptschulen werden lediglich die „Grundlagen des demokratischen Staates“ den Schülerinnen und Schülern nähergebracht.

An unseren Haupt- und Realschulen werden im Fach Politik und Wirtschaft folgende Themengebiete behandelt:

1. Das Leben in der Schule gestalten
2. Zusammenleben in der Familie
3. Leben in der Gemeinde
4. Suchtgefährdung
5. Umweltschutz
6. Jugend und Recht
7. Parlamentarische Demokratie
8. Jugend und Gesellschaft
9. Massenmedien im Wandel
10. Arbeit in der Informationsgesellschaft
11. Soziale Fragen in der Bundesrepublik Deutschland
12. Wirtschaftsordnung, soziale Marktwirtschaft, Tarifparteien
13. Friedenssicherung
14. Europa
15. Gleichberechtigung
16. Verkehr und Umwelt
17. Eine Welt

Gemessen an Haupt- oder Realschule werden die jeweiligen Themen „leistungsgerechter“ an die Schülerinnen und Schüler weitergegeben. An unseren Gymnasien existiert das Fach „Wirtschaftswissenschaften“ in den Stufen 8 & 9, welches aufgrund von Lehrkräftemangel nicht in allen Schulen angeboten werden kann.

Dort werden die Themen:

1. Das Unternehmen, der Betrieb, die Arbeitswelt
2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland
3. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (Soziale Marktwirtschaft)
4. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (Wirtschaftswachstum)
5. Internationale Wirtschaftsbeziehungen
6. Internationale Wirtschaftsbeziehungen und die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
7. Internationale Wirtschaftsbeziehungen (Wirtschaftliche Integration Europas)

gelehrt.

Dies muss sich unserer Meinung nach ändern.

Antrag 104: KiTa, Ausbildung, Partizipation – Bildung ist mehr als Schule

Antragsteller*in:	KV Frankfurt
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Der Fokus der Bildungspolitik in Deutschland liegt seit jeher auf den Schulen. Dies
2 ist auch insofern sachgerecht, als dass sich die Misere des Bildungssystems dort vor
3 allem zeigen. Dennoch gehört sowohl zu einer liberalen Bildungspolitik und vor allem
4 zum Aufstiegsversprechen ein umfassender Blick auf die Bildung des Einzelnen. Denn
5 Bildung ist auch...

6 **1. Frühkindliche Bildung**

7 Die Jungen Liberalen Frankfurt fordern eine Reform der frühkindlichen Bildung in
8 Hessen und Deutschland, um Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und individuelle
9 Förderung von Kindern unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund zu gewährleisten.
10 Dabei setzen wir uns für folgende Punkte ein:

11

12 Ausbau der Zugänglichkeit und Chancengleichheit in der frühkindlichen Bildung

13

14 In Deutschland werden die KiTa-Gebühren kommunal festgelegt und unterschiedlich
15 bemessen. Das führt mitunter zu großen Unterschieden und damit zu der
16 Ungerechtigkeit, dass die Erschwinglichkeit einer Kinderbetreuung nicht selten vom
17 Wohnort abhängt.

18 Hohe Kosten für die Betreuung sorgen vor allem dafür, dass oftmals nicht beide Eltern
19 arbeiten gehen.

20 Auch in Hessen bestehen diese Unterschiede, wenn Kinder über die sechs Stunden pro
21 Tag hinaus betreut werden sollen, bis zu denen die KiTa-Gebühr entfällt.

22 Wir als JuLis Hessen setzen uns für eine faire Festsetzung der Gebühren für KiTa-
23 Plätze ein; dafür soll zunächst in Hessen, langfristig aber auch bundesweit ein
24 einheitlicher Kostenmaßstab festgesetzt werden. Dieser soll sich am Einkommen der
25 Eltern orientieren.

26 Eine komplette Abschaffung der Gebühren lehnen wir ab. Diese kommt vor allem
27 einkommensstarken Familien zugute und sorgt gleichzeitig dafür, dass Geld im sowieso
28 schon unterfinanzierten System der frühkindlichen Bildung fehlt.

29 Mehr Geld für Kindertagesstätten soll unter anderem durch die Einsparung von aktuell
30 zu viel gezahlten Geldern an Kindergärten möglich sein, die mitunter Personal
31 angeben, das sie gar nicht beschäftigen. Diese Praxis wurde durch eine Abfrage der
32 Landesrechnungshöfe aller Bundesländer aufgedeckt. Um dies zu verhindern, sollen
33 regelmäßige Kontrollen sowie Bußgelder bei Verstößen eingeführt werden, damit die
34 Mittel dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

35

36 Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung

37

38 Kinder erhalten in frühkindlichen Betreuungseinrichtungen die Möglichkeit, frühzeitig
39 soziale Interaktionen mit Gleichaltrigen zu erleben, was maßgeblich zu ihrer
40 positiven sozialen und emotionalen Entwicklung beiträgt. Erzieherinnen und Erzieher
41 leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur frühkindlichen Bildung. Dies muss sich zum
42 einen in den Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten aber auch in der Vergütung
43 der Mitarbeitenden zeigen. Ziel muss die Gewinnung von mehr qualifizierten
44 Fachkräften sein, um damit die Arbeitsbedingungen zu verbessern und die
45 Betreuungsschlüssel langfristig einzuhalten. Dies entlastet die Erzieherinnen und
46 Erzieher und stärkt die Qualität der Angebote. Dafür soll das Land Hessen weitere
47 Offensiven starten, auch Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen und mit
48 Organisationen wie „TalentOrange“ stärker zusammenarbeiten.

49

50 Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau von Elternbildungsprogrammen und
51 Beratungsangeboten ein, um Eltern in ihrer Erziehungsarbeit gezielt zu unterstützen.
52 Dies fördert die enge Zusammenarbeit zwischen Familien und Betreuungseinrichtungen
53 und trägt zu einer umfassenden frühkindlichen Förderung bei.

54

55 Auch die Inklusion in der frühkindlichen Bildung muss stärker mitgedacht werden. Dies
56 betrifft vor allem Kinder mit Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf
57 sowie Kinder, die Deutsch nicht als Muttersprache haben. Für sie muss ein
58 ausgewogenes Verhältnis aus spezieller Förderung, aber auch bestmöglicher Integration
59 in die Gruppen mit Kindern ohne spezielle Förderbedarfe gefunden werden.

60 **2. Ausbildung**

61 Ende 2023 gab es in Hessen fast 4000 unbesetzte Ausbildungsstellen, gleichzeitig über
62 5000 suchende Bewerber. Problematisch ist hier vor allem, dass offene Stellen und
63 junge Menschen nicht zusammengeführt werden. Wir müssen daher insbesondere den
64 Übergang von Schule zur Ausbildung verbessern.

65 In Hessen wollen wir die Berufsvorbereitungskurse stärken. Insbesondere Jugendliche
66 ohne Schulabschluss sollen auf diesem Wege in Ausbildung gebracht werden. Hessen soll
67 zentral eine Anlaufstelle für Menschen in Ausbildung und im Bewerbungsverlauf
68 schaffen, die in Zusammenarbeit mit den Schulen bei der Vermittlung, beim Wechsel von
69 Ausbildungsplätzen oder bei Problemen im Unternehmen unterstützen soll. Die Angebote
70 der Berufsorientierung, insbesondere an Haupt- und Realschulen, sollen intensiviert
71 werden sowie durch Kurzpraktika erweitert werden.

72 Gleichzeitig soll sich die Hessische Landesregierung für eine Vereinheitlichung der
73 bundesweiten Übergangs- und Berufsvorbereitungsprogramme einsetzen. Über 300
74 Förderungen, die parallel laufen, sind ineffizient und unübersichtlich. Wir fordern
75 die Schaffung einer dualen Ausbildungsvorbereitung nach dem Vorbild der bestehenden
76 *AV dual* in Hamburg.

77 **3. Demokratische Jugendbeteiligung**

78 Eine abnehmende Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen sowie sinkende
79 Zufriedenheitswerte junger Menschen bundesweit machen uns Sorgen. Wir wollen
80 möglichst Menschen jeden Alters eine Möglichkeit zur Mitbestimmung geben.

81 Dazu wollen wir in Bezug auf Jugendliche folgende Maßnahmen umsetzen:

- 82 • die Landeszentrale für Politische Bildung soll verstärkt für Erstwählende
83 unabhängige Broschüren zu den Parteien und ihren Zielen entwickeln; die
84 unterschiedlichen Parteien sollen über Wahlprüfsteine einbezogen werden
- 85 • fordern wir in Frankfurt sowie auf Landesebene die Umsetzung von
86 Beteiligungsprojekten wie dem HERTIE-Programm, über das Jugendliche
87 parlamentarische Beschlussvorlagen für Themen, insbesondere in der
88 Stadtentwicklung, erstellen können. Das Projekt „Jugend im Parlament“ wollen wir
89 im Hessischen Landtag einführen.
- 90 • Schulen wollen wir dabei unterstützen, in Bezug auf die Curricula wie auch die
91 stärkere Organisation und Vernetzung von Schülergremien eine bestmögliche Basis
92 für politisches Interesse und Engagement zu fördern.
- 93 • Wir streben in Frankfurt und Hessen vermehrte Online-Partizipation bei Kindern
94 und Jugendlichen an, zum Beispiel bei Abstimmungen über die Ausgestaltung
95 bestimmter Bauvorhaben mit Bezug zur jüngeren Altersgruppe. Darüber hinaus soll
96 aber auch die Möglichkeit der offenen Beteiligung im Internet ausgeweitet
97 werden.
- 98 • Wir wollen die Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit stärker mit
99 Möglichkeiten der Teilhabe an politischen Prozessen verknüpfen. Ein Teil der
100 staatlichen Förderung soll ebenfalls mit diesem Aspekt verknüpft werden.
- 101 • Bei allen Projekten muss vor allem darauf geachtet werden, dass die Akteure
102 ehrliches und nachvollziehbares Feedback zu ihren Ideen erhalten und sich mit
103 den Vorschlägen eingehend beschäftigt wird. Dadurch soll ein Frustrationseffekt
104 möglichst vermieden werden und das Gefühl vermittelt werden, dass die
105 Jugendlichen ernst genommen werden.

106 4. Erwachsenenbildung

107 In einer dynamischen, sich ständig verändernden Gesellschaft und Arbeitswelt sind
108 lebenslange Bildung und Weiterbildung zentrale Faktoren für individuelle Freiheit und
109 wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Insbesondere in Zeiten digitaler Transformation
110 und globaler wirtschaftlicher Veränderungen muss es das Ziel sein, allen Menschen
111 Zugang zu zeitgemäßen, flexiblen und bedarfsgerechten Bildungsangeboten zu
112 ermöglichen – auch in der Erwachsenenbildung!

113 Das Konzept des lebenslangen Lernens ist unabdingbar und muss Grundlage etwaiger
114 Förderungen sein. Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollen unabhängig vom
115 Lebensalter zugänglich und gefördert werden, um Bürgerinnen und Bürger dabei zu
116 unterstützen, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln. Hierfür ist die Umstellung
117 mancher Angebote auf digitale und hybride Lernangebote in der Erwachsenenbildung
118 voranzutreiben. Dies umfasst den verstärkten Einsatz von E-Learning-Plattformen sowie
119 die Schaffung flexibler Bildungsformate, die insbesondere Berufstätigen, Eltern und
120 Personen mit eingeschränkter Mobilität oder zeitlichen Ressourcen den Zugang zu
121 Weiterbildung erleichtern.

122 Staatliche Förderungen für Weiterbildungsangebote sollen stärker auf die Vermittlung
123 von übergreifenden, interdisziplinären Fähigkeiten fokussiert werden. Hierbei sollen
124 vor allem digitale Kompetenzen, soziale Fähigkeiten und Innovationsdenken gefördert
125 werden, um die Teilnehmenden optimal auf die Anforderungen des modernen Arbeitsmarkts

126 vorzubereiten.

127 Weiterhin entscheidend ist die gezielte Berücksichtigung benachteiligter Gruppen.

128 Spezielle Bildungsprogramme zur Sprachförderung, Qualifikationsanerkennung und

129 sozialen Integration sind auszubauen, um eine bessere Teilhabe am Arbeitsmarkt und in

130 der Gesellschaft zu ermöglichen. Auch sollen die Weiterbildungsangebote genutzt

131 werden können, um Umschulungen zu ermöglichen, wenn eine Anerkennung des erlernten

132 Berufs in Deutschland nicht umgehend möglich sein sollte.

133 Über die Existenz der Angebote für Erwachsenenbildung soll mehr informiert werden,

134 explizit mit dem Ziel, Hürden für potentielle Teilnehmer zu senken, die Angebote in

135 Anspruch zu nehmen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 105: Exzellenz fördern statt Gleichmacherei fordern - hessische Hochschulen wieder attraktiv machen

Antragsteller*in:	Jan-Lukas Gescher, BV Kurhessen, KV Gießen, KV Hochtaunus, KV Wetterau, RV Kassel, KV Groß-Gerau, KV Main-Kinzig, KV Hersfeld-Rotenburg, KV Waldeck-Frankenberg, KV Fulda, RV Offenbach, KV Frankfurt, David Geßner, Yves Roth
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 **Exzellenz fördern statt Gleichmacherei fordern -** 2 **hessische Hochschulen wieder attraktiv machen**

3

4 Wir betrachten mit Sorge, dass Deutschland als Hochschul- und Wissenschaftsstandort
5 und damit auch Hessen, an Attraktivität verliert. Deutschland braucht weltbeste
6 Hochschulen, um Innovation, Fortschritt und am Ende auch wirtschaftlichen Aufschwung
7 zu gewährleisten. Deutsche Hochschulen müssen also attraktiver werden für die
8 weltbesten Studenten und Forscher. Dazu reicht es nicht, mehr zu investieren, es
9 bedarf vor allem effizienterer Strukturen, die Leistung belohnen, fördern und
10 fordern. Deutschlands Hochschulbildung muss exzellent werden. Hierzu fordern wir:

11

12 **Fördern und fordern von akademischer Leistung**

13

14 Leistung muss sich auch im universitären Raum lohnen. Wer besonders gute akademische
15 Ergebnisse erzielt, soll dafür besondere Förderung erfahren. Wir befürworten daher
16 Begabtenförderungsprogramme und „Honors Programs“ für die
17 leistungsstärksten Studenten ihrer Jahrgänge, wie sie einige Hochschulen in
18 Deutschland und zahlreiche Hochschulen in Amerika schon anbieten. Diese bringen
19 extracurriculare Fähigkeiten und Inhalte aus dem akademischen Bereich nahe und bieten
20 leistungsfähigen Studenten den Blick über den Tellerrand und einen zusätzlichen
21 Anreiz zu akademischer Leistung.

22 Studenten in Deutschland haben bei guter Leistung zahlreiche Möglichkeiten,
23 mit Stipendien gefördert zu werden. Der deutsche Staat unterstützt dies aktuell durch
24 die Befreiung von Stipendien von der Einkommenssteuer – allerdings nur für
25 die klassischen Begabtenförderungsstipendien. Branchenspezifische Stipendien
26 von Unternehmen oder Stiftungen, Gründungsstipendien oder vergleichbare Stipendien
27 fallen nicht unter diese Begünstigung. Wir fordern, dies zu ändern und alle
28 Stipendien nach dem bisherigen Modell von der Einkommenssteuer zu befreien.

29 Zudem fordern wir, Promotionsstipendien von Begabtenförderwerken
30 dahingehend attraktiver zu gestalten, als dass das Eigenvermögen bei der Vergabe
31 dieser nicht mehr berücksichtigt werden soll.

32 Wir fordern außerdem den konsequenten Ausbau der Exzellenzinitiative,

33 um Eliteuniversitäten als nationale Leuchtturmprojekte aufzubauen. Dies ist
34 insbesondere zur Gewinnung von nationalen und internationalen Top-Professoren und
35 -Studenten in Spitzentechnologien wie Artificial Intelligence unabdingbar und
36 essenziell für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zukunft Hessens und
37 Deutschlands im internationalen Umfeld.

38

39 **Flexiblere Lehre**

40 Die Hochschulen in Hessen arbeiten oftmals zu isoliert voneinander. Die Anerkennung
41 von ECTS-Punkten beim Wechsel zwischen Universitäten muss vereinfacht werden, um
42 Mobilität innerhalb Hessens und Deutschlands beim Studium zu vereinfachen.
43 Daneben fordern wir Maßnahmen, die die Synergieeffekte zwischen Hochschulen erhöhen
44 sollen und befürworten hierzu vor allem die Möglichkeit in den
45 Prüfungsordnungen einzuführen, in beschränktem Umfang einzelne Module im Studium auch
46 an anderen Hochschulen belegen zu können, um beispielsweise besondere
47 Schwerpunktsetzung auch über die eigene Universität hinweg zu ermöglichen. Wir
48 fordern, dass dies perspektivisch auch EU-weit möglich ist, sofern die qualitativen
49 Rahmenbedingungen entsprechend der Bologna-Reform angeglichen sind.

50

51 **Gerechte ECTS-Bewertung**

52

53 Die ECTS-Punktevergabe spiegelt oftmals den tatsächlichen Arbeitsaufwand der
54 Studenten nicht wider. Dies führt zu einer unfairen und unangemessenen Gewichtung von
55 Modulen, wenig Vergleichbarkeit und zu einer Über- oder Unterforderung
56 der Studierenden. ECTS-Punkte sollen die Anzahl der benötigten Arbeitsstunden bis zum
57 Modulabschluss, Schwierigkeit und Umfang des bewerteten Moduls widerspiegeln.
58 Dies ist in der Realität oft nicht gegeben. Wir fordern daher, das System der ECTS-
59 Punktebewertung durch eine entsprechende Kategorisierung der Module flächendeckend
60 neu zu evaluieren.

61

62 **Verzahnung von Hochschule und Wirtschaft**

63 In Hessen und Deutschland ist das Studium oft zu isoliert gestaltet und bereitet
64 im internationalen Vergleich nur unzureichend auf den Beruf vor. Wir befürworten die
65 engere Zusammenarbeit von Hochschulen mit der Wirtschaft, um einem deutschen
66 Hochschulabschluss bessere Einstiegsmöglichkeiten und mehr Know-How für die freie
67 Wirtschaft mitzugeben. Diese Zusammenarbeit soll - je nach Studiengang - in enger
68 Abstimmung mit Vertretern der betreffenden Branchen und Berufsfelder erfolgen. Diese
69 Möglichkeit soll in den jeweiligen Studienordnungen verankert werden, wobei
70 Kooperationen insoweit auf festzulegende Module zu begrenzen sind, dass der
71 wissenschaftliche Anspruch der Lehre stets gesichert ist.
72 Auch fordern wir die Hochschulen dazu auf, studentische Gründungen aus
73 der Universität heraus zu unterstützen: Durch Unterstützung beim administrativen Weg
74 zur Gründung und Patentanmeldung und durch zumindest vorübergehende Kostenübernahme

75 für entsprechende Patent- und Gewerbeanmeldungen. Das Land Hessen soll den
76 Hochschulen dafür zusätzliche Mittel bereitstellen.
77 Zudem fordern wir die Einrichtung einer deutschlandweiten Plattform, auf
78 der Unternehmen (oder auch staatliche Akteure wie die Bundeswehr oder die
79 Polizei) benötigte und Wissenschaftler beabsichtigte Forschungen einstellen können
80 und sich die jeweils andere Seite mit einem Angebot zur Forschung beziehungsweise
81 zur Finanzierung melden kann, um gezielt auf dem Markt benötigte Forschung zu
82 fördern.

83

84 **Bürokratieabbau**

85 Universitäten in Hessen sind zu bürokratisch. Wir fordern, dass die universitären
86 Verwaltungen papierlos werden und sich daneben zu Prinzipien effizienter
87 Datenerhebung bekennen. Wir fordern das „Once-only“-Prinzip, nach dem Universitäten
88 und angegliederte Institutionen persönliche Daten wie bisherige Abschlüsse und
89 vergleichbare Angaben nur einmal erheben sollen, anstatt für Immatrikulation,
90 Anmeldung zum Bachelor-/Masterverfahren, die Einrichtung von Bibliothekszugängen und
91 für weitere verwaltungsinterne Vorgänge jeweils separat.

92

93 **Lebenswerte und moderne Unis**

94

95 Nicht nur die Lehre und Verwaltung hessischer Hochschulen muss exzellent werden.
96 Auch die Hörsäle, Campen und Lehrgebäude sollten modernisiert werden, statt zu
97 verrotten, sie sollen barrierefrei werden, statt unzugänglich für bestimmte Gruppen
98 zu bleiben. Nur Geld auf die Hochschulen zu werfen, hilft nicht. Wir fordern
99 starke Vereinfachungen am Baurecht, um den Ausbau akademischer Bauten drastisch zu
100 vereinfachen und vergünstigen, anstatt mit immer neuen Brand- und
101 Denkmalschutzargumenten marode Unis verfallen zu lassen. Dabei soll bei historischen
102 Bauten der historische Wert gesichert werden, während die Gebäude gleichzeitig
103 modernisiert und an aktuelle Baustandards angepasst werden. Die Abrufung von Landes-
104 und Bundesmitteln sollte zudem stark vereinfacht werden und bei Begründung auch für
105 mehrere Jahre kumuliert erfolgen dürfen, um Großprojekte und Sanierungen
106 gebündelt durchführen zu können. Dass Unihauptgebäude auf Jahrzehnte hinweg schließen
107 müssen, weil die Mittel zur Sanierung erst nach und nach abgerufen werden können,
108 obwohl sie theoretisch bereitstünden, sollte nicht vorkommen müssen.

109 Neben baulicher Modernisierung bedarf es an Hochschulen auch der
110 umfassenden Digitalisierung. Diese soll nicht punktuell, sondern flächendeckend
111 erfolgen. Dem Vorbild des Digitalpaktes Schule folgend fordern wir daher einen
112 „Digitalpakt Hochschule“, der das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in
113 diesem Bereich lockert und es dem Bund ermöglicht, die Digitalisierung von
114 Hochschulen flächendeckend zu fördern. Bei der Digitalisierung der Hochschulen sollen
115 vor allem Lerneffekte aus der Corona-Pandemie berücksichtigt werden. Insbesondere
116 bedeutet dies, angefertigte Vorlesungsaufzeichnungen beizubehalten und digital zur
117 Verfügung zu stellen. Grundsätzlich sind universitäre Veranstaltungen aufzuzeichnen,

118 insbesondere Vorlesungsformate. Auf diese Weise soll es Studierenden
119 ermöglicht werden verpasste oder komplizierte Inhalte erneut anschauen und besser
120 verstehen zu können. Des Weiteren sollen neue Erkenntnisse zur Nutzbarmachung von
121 künstlicher Intelligenz berücksichtigt werden.

122 Ein besonderer Fokus der Digitalisierung soll auf den Hochschulbibliotheken
123 liegen, deren Literatur und weitere Angebote nach Möglichkeit vollständig digital
124 verfügbar sein sollen. Wir erkennen jedoch auch, dass es ein langer Prozess bis hin
125 zur komplett digitalen Verfügbarkeit ist und fordern so lange, die Hauptbibliotheken
126 der Hochschulen nach Möglichkeit durchgängig offen zu halten.
127 Allgemeine Personalkapazitäten sind zur Kostenreduktion hierbei auf ein Minimum zu
128 reduzieren.

129

130 **Seriöse Finanzierung**

131

132 Die stetige Modernisierung von Hochschulen kostet viel Geld. Diese Kosten sind
133 für den Staat und Hochschulen teilweise über einen kurzen Zeitraum (beispielsweise
134 bei gebündelter Mittelabrufung) sehr hoch, oder (beispielsweise bei der Erneuerung
135 der Verwaltung oder bei der Digitalisierung) ein kontinuierlicher, nicht geringer
136 Zusatzposten. Wir sind der Überzeugung, dass dies notwendig ist, um weltbeste
137 Hochschulbildung nach Hessen zu bringen, da diese einer der wichtigsten Garantien für
138 eine leistungsfähige, innovative Wirtschaft ist. Es stellt sich also die Frage der
139 Finanzierung. Schulden können auf diese Herausforderung nicht die Antwort sein. Wir
140 bekennen uns daher zur staatlichen Schuldenbremse. Seriöse Gegenfinanzierung sehen
141 wir deshalb weiterhin in den nachgelagerten Studiengebühren als effizienten und
142 sozial gerechten Weg, die Kosten unseres Hochschulsystems zu stemmen. Um
143 einen weiteren Leistungsanreiz zu schaffen, fordern wir die Befreiung von
144 den nachgelagerten Studiengebühren für die besten Absolventen ihres Jahrgangs. Bis
145 zur Einführung nachgelagerter Studiengebühren und bei Bedarf auch darüber hinaus
146 fordern wir zudem, der Hochschulbildung in den Haushalten von Bund und Ländern mehr
147 relatives Gewicht einzuräumen.

148 Daneben begrüßen wir zur Selbstfinanzierung der Hochschulen
149 explizit Finanzierungsmodelle wie den Verkauf von Namensrechten der Hochschulgebäude,
150 die gemeinsame Nutzung von Gebäuden mit Unternehmen und die Vermietung von
151 Werbeflächen beispielsweise an Fassaden. Hochschulen sollen qua Hochschulgesetz des
152 Landes zur Mittelanwerbung auf solche und vergleichbare Arten angehalten werden.
153 Insbesondere Alumni-Netzwerke sollen nach Möglichkeit vermehrt zur Finanzierung der
154 Hochschulen genutzt werden, wie es in den USA bei privaten Hochschulen üblich ist.
155 Dadurch wird auch die Vernetzung zwischen Hochschulen und Industrie verbessert.

156 Auch sollen die Hochschulen durch das hessische Hochschulgesetz (HHG) dazu
157 angehalten werden, bei der Neueinrichtung von Studiengängen besonders die
158 Finanzierung dieser durch private Geldgeber zu forcieren – beispielsweise bei
159 technischen Spezialisierungsstudiengängen durch Unternehmen, für die die daraus
160 erworbenen Fähigkeiten besonders von Interesse sind.

161

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 106: Rundfunk reformieren: Qualität statt Quantität

Antragsteller*in:	Marc Schmidt
Sachgebiet:	1 - Bildung, Wissenschaft & Kultur

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Der 83. Landeskongress möge beschließen
2 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) ist dringend reformbedürftig. Überhöhte
3 Intendantengehälter, eine Bürokratisierung ohne Maß, mittelmäßige Eigenproduktionen
4 und eine
5 teilweise einseitige Berichterstattung sind nur einige Probleme eines zunehmend
6 verkrusteten
7 Systems. Um den ÖRR endlich fit für die Zukunft zu machen fordern wir eine Änderung
8 des
9 Rundfunkstaatsvertrages zu einem Reformstaatsvertrag. Den bisher vorliegenden
10 Diskussionsentwurf
11 lehnen wir in dieser Form ab, da er falsche Akzente bei der zukünftigen
12 Programmausrichtung setzt.
13 Statt kurzweilige Unterhaltung von niedrigem Niveau zu liefern, die im digitalen
14 Zeitalter leicht von
15 privaten Anbietern zur Verfügung gestellt werden kann, sollte sich der ÖRR auf die
16 Erfüllung seines in
17 §26 MStV beschriebenen Kernauftrages konzentrieren. Denn nur so kann der ÖRR das
18 verlorene
19 Vertrauen wiedergewinnen und sich zukunftsfit aufstellen. Unsere liberale Demokratie
20 braucht einen
21 freiheitlichen, transparenten und ausgewogenen ÖRR. Um einen solchen zu erreichen und
22 den
23 Reformstau zu überwinden, fordern wir, dass die folgenden Maßnahmen umgesetzt
24 werden:
25 1. Die Transparenz bei Nebeneinkünften, Ruhestandsbezügen und Entlohnung muss
26 sichergestellt werden. Die Ausgaben für jedes Sendungsformat müssen in der Form
27 eines
28 Preisschildes öffentlich einsehbar sein, damit die durchschnittlichen
29 Produktionskosten dieses
30 Formats nachvollziehbar sind.
31 2. Die Berichterstattung hat §26 Abs.2 MStV in vollem Umfang zu genügen. Bestehende
32 Unzulänglichkeiten müssen behoben werden. Dies ist auch regelmäßig durch externe
33 Evaluationen zu kontrollieren, die öffentlich gemacht werden müssen. Die verwendete
34 Sprache sollte den Bedürfnissen und Wünschen der Zielgruppe entsprechen.
35 3. Inhaltsleere Massenunterhaltung, wie z.B. die Rosenheim-Cops, soll eine deutlich
36 kleinere
37 Rolle spielen. Die dadurch freigewordenen Mittel und Sendezeiten sind auf qualitativ
38 hochwertigere Unterhaltung, Kulturförderung und andere Formate mit Mehrwert nach §26
39 MStV zu verwenden. Auch bei Unterhaltung ist sich am Bildungsauftrag zu orientieren,
40 nicht

- 41 an den Einschaltquoten.
- 42 4. Die Anzahl der Landesrundfunkanstalten soll von 9 auf 7 verringert werden. Der
43 Saarländische Rundfunk und Radio Bremen sollen dabei mit größeren
44 Landesrundfunkanstalten fusionieren.
- 45 5. Ausgaben für Verwaltungsaufgaben, die gegenwärtig 20% des Rundfunkbeitrages
46 verschlingen, sind durch Standortzusammenlegungen und Bürokratieabbau zu reduzieren.
- 47 6. Für Intendanten ist eine flächendeckende Gehaltsobergrenze von 180.000€
48 einzuführen.
- 49 Ferner sind Maßnahmen zu ergreifen, um eine Veruntreuung von Beitragsgeldern effektiv
50 zu
51 verhindern.
- 52 7. Junge Menschen werden zunehmend seltener vom ÖRR erreicht. Deshalb muss ein
53 klares
54 Konzept erstellt werden, um diese Zielgruppe besser anzusprechen und für den ÖRR zu
55 gewinnen. Die bestehende politische Einseitigkeit der Formate für eine junge
56 Zielgruppe (u. a.
57 „funk“), die durch eine linke Angebotsmonokultur besteht, muss aufgelockert werden,
58 damit
59 auch liberale und konservative Stimmen eine Plattform bekommen.
- 60 8. Alle Mediatheken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollen zu einer Einigen
61 zusammengelegt werden, um Übersichtlichkeit und Nutzerfreundlichkeit zu
62 gewährleisten.
- 63 9. Der monatliche Rundfunkbeitrag ist für viele kleine Haushalte, insbesondere für
64 Studenten,
65 eine erhebliche Belastung. Deshalb müssen Härtefallanträge in Zukunft schnell und
66 unbürokratisch bearbeitet werden, die gegenwärtige rechtswidrige Praxis der
67 Untätigkeit muss
68 beendet werden.
- 69 10. Im angestrebten Reformstaatsvertrag soll ein klares Bekenntnis zu Innovation und
70 Zukunftstechnologien nach Vorbild der BBC-Charta erfolgen. Dies muss anschließend
71 auch
72 im Arbeitsalltag vor wie hinter der Kamera gelebt werden.
- 73 11. Es muss eine Beschränkung der Amtsdauer für Rundfunkräte eingeführt werden.
74 Parteimitgliedschaften von Rundfunkräten sind immer transparent zu machen. Zudem ist
75 die
76 teilweise verlorene Staatsferne wiederherzustellen, um aus den Rundfunkräten eine
77 wirkliche
78 Vertretung der Bevölkerung zu machen.
- 79 12. Geschichte muss in angemessener Weise unter Miteinbeziehung von Fachleuten
80 vermittelt
81 werden. Dabei sind alle Epochen der deutschen Geschichte zu beleuchten, ein
82 besonderer
83 Fokus sollte allerdings auf der Demokratiebewegung liegen. Das Ziel dieser
84 Berichterstattung
85 sollte es sein, die Geschichtskennntnis der Bevölkerung zu stärken und zur
86 Identitätsstiftung im
87 Sinne eines aufgeklärten Patriotismus beizutragen.

Begründung

Grundsätzliches

Der Rundfunkbeitrag von 18,36 € pro Monat (220,32 € jährlich) belastet Bürger jedes Jahr. Diese Einschränkung der Wahlfreiheit ist nur hinnehmbar, wenn der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach §26 MStV adäquat erfüllt wird und dem Volk ein Mehrwert entsteht. Die Erfüllung dieses Auftrages ist gegenwärtig zu ineffizient und nur unzureichend gewährleistet. Diesen Mängeln wollen wir eine Strukturreform entgegensetzen, die in den folgenden Punkten weiter skizziert wird. Ziel ist ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der sich auf den Kern seiner öffentlichen Aufgabe konzentriert und seine Akzeptanz in der Bevölkerung steigert.

I. Transparenz

Die mangelnde Transparenz des ÖRR hat zu der gegenwärtigen Vertrauenskrise erheblich beigetragen. Außerdem sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Bürger auch weiß, wofür seine Beitragszahlungen letztlich eingesetzt werden. Dies erleichtert auch Reformvorschläge aus der Mitte der Gesellschaft und verhindert Vetternwirtschaft.

II. Ausgewogene Berichterstattung

Die Berichterstattung des ÖRR besitzt Schlagseite in Richtung links-grün und Etatismus. Diese Parteilichkeit läuft §26 Abs.2 MStV zuwider, ebenso wie die bei einigen Formaten gehäuft auftauchenden faktischen Fehler (Bsp.: STRG_F). Wir fordern, dass der §26 Abs. 2 wieder im vollen Umfang eingehalten wird und auffällige bestehende Formate im Bezug auf die Einhaltung überprüft werden. Dies hat durch ein externes Element zu geschehen, um Gewissenskonflikte zu verhindern. Wir wollen einen Rundfunk, der die Meinungsvielfalt und Werte der Gesellschaft adäquat abbildet.

III. Qualität statt Quantität

Der Bildungsauftrag des ÖRR wird durch Produktion von über 100 verschiedenen Kriminalfilmserien wohl nicht unbedingt erfüllt. Auch die Liebeskomödie mit Til Schweiger als Regisseur und Hauptfigur in Personalunion hat wohl nicht viel zur Bildung der Nation beigetragen. Derart anspruchslose Unterhaltung kann heute auch ohne Probleme von privaten Anbietern geliefert werden, wenn genügend Nachfrage besteht. Deshalb sollte sich der ÖRR schrittweise aus der Produktion solcher Inhalte zurückziehen und auch bei der Produktion von Unterhaltung seinem Bildungsauftrag nachkommen. Dies kann sowohl durch die Umgestaltung bisheriger Formate geschehen, als auch durch die Entwicklung neuer Sendungen. Angestrebt werden sollten Unterhaltungsformate von hoher Qualität, die sich zumindest teilweise mit privaten Produktionen messen können, wie es der BBC mit „Sherlock“ gelungen ist. Die Erfüllung des Bildungsauftrags sollte dabei immer gewährleistet sein.

IV. Anzahl der Landesrundfunkanstalten

Die Gebietseinteilung der einzelnen Landesrundfunkanstalten basiert auf der Einteilung der alliierten Besatzungszonen nach dem Zweiten Weltkrieg. So ist bspw. der Saarländische Rundfunk ein Ergebnis der zwischenzeitlichen Abtrennung des Saargebietes. Es versteht sich von selbst, dass diese Einteilung einer grundsätzlichen Reform bedarf. Deshalb wollen wir die beiden kleinsten regionalen Rundfunkanstalten in die jeweils nächste Landesrundfunkanstalt überführen. Das wäre für den SR der SWR und für das Radio Bremen der NDR.

V. Infrastruktur und Verwaltung

Der ÖRR unterhält teilweise mehr Standorte als notwendig. Dies trifft im besonderen Maße auf länderübergreifende Landesrundfunkanstalten zu (Beispiel: Halle und Magdeburg). Die vorhandenen Einrichtungen sind dabei nicht selten nur unvollständig ausgelastet und werden aus landespolitischen Erwägungen nicht geschlossen. Aus Respekt vor dem Beitragszahler sind unnötige Ausgaben sowohl für vermeintlich sakrosankte Standorte als auch für veraltete Verwaltungen ein Tabu.

VI. Gehaltsobergrenze für Intendanten

Die horrenden Gehälter für Intendanten der Landesrundfunkanstalten haben einen erheblichen Beitrag zur Vertrauenskrise der öffentlich-rechtlichen Medien geleistet. Symptomatisch hierfür ist der Skandal rund um die ehemalige RBB-Intendantin Patricia Schlesinger, die neben ihrem üppigen Gehalt von mutmaßlich über 300.000€ jährlich auch noch einen Audi A8 samt Chauffeur auf Kosten der Beitragszahler gestellt bekam und von ihrem Posten trotzdem ausführlich für ihre privaten Zwecke ausnutzte. Um überhöhten Gehältern vorzubeugen fordern wir eine Gehaltsgrenze von 180.000€ für alle Intendanten (vergleichbar mit den Einkünften eines Richters an einem obersten Bundesgericht) und zusätzlich die Einrichtung einer wirksamen Kontrolle der obersten Verwaltungsebenen, um eventuellen Missbrauch von Beitragszahlungen verhindern zu können.

VII. Jugendangebot

Öffentlich-rechtliche Angebote erreichen die Jugend immer noch in unzureichendem Maße. Deshalb muss eine klare Strategie her, um diese Zielgruppe langfristig für den ÖRR zu gewinnen und seine langfristige Irrelevanz abzuwenden. Die bestehenden Angebote für die Zielgruppe 14–29-Jähriger müssen in ihrer Sinnhaftigkeit und Zielgruppenrelevanz hinterfragt werden. Da die Jugend auch politisch vielfältig ist, sollten auch auf diesem Feld Angebote aus jeder politischen Richtung erstellt werden. Die gegenwärtige Monokultur an linken Angeboten für die junge Zielgruppe ist nicht geeignet, das Vertrauen weiter Teile der Jugend in den ÖRR wiederherzustellen.

VIII. Fusion der Mediatheken

Der ÖRR ist im digitalen Bereich gegenwärtig nicht konkurrenzfähig. Dies ist auch auf die verschachtelte Struktur der Mediatheken zurückzuführen. Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit einer Zusammenführung aller ÖRR-Mediatheken, um in Zukunft ein Nutzererlebnis wie bei privaten Streamingdiensten zu ermöglichen.

IX. Beitragsbefreiungen für Prekarierte

Die monatlichen Beitragszahlungen können insbesondere studentische Haushalte erheblich belasten. Deshalb schließen wir uns den Forderungen der Bundesbildungsministerin nach einer schnellen und unbürokratischen Befreiung von der Beitragszahlung an. Die Praxis des Aussitzens von Härtefallanträgen muss beendet werden.

X. Bekenntnis zu Innovation

Moderne Technologien spielen eine immer wichtigere Rolle in unserem Leben und unserer Alltagsrealität. Das sollte auch in den öffentlich-rechtlichen Medien abgebildet werden, indem u. a. auf neue Innovationen in allen Bereichen aufmerksam gemacht wird. Auch die technische Ausstattung sollte, wenn möglich, stets auf der Höhe der Zeit sein.

XI. Staatsferne der Rundfunkräte

Die Besetzung der Kontrollgremien des ÖRR, der Rundfunkräte, ist gegenwärtig intransparent und kaum nachvollziehbar. Parteimitgliedschaften von Mitgliedern werden nur bei Landtagsabgeordneten aufgedeckt, auch wenn die Vertreter der Zivilgesellschaft häufig ebenfalls über ein Parteibuch verfügen. Dies muss in Zukunft transparent gemacht werden, die Staatsferne dieser Gremien muss wiederhergestellt werden. Außerdem braucht es eine Beschränkung der Amtsdauer für Mitglieder, um feste Machtstrukturen zu unterbinden.

XII. Geschichtsvermittlung

Die Dokumentationen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weisen teilweise erhebliche Qualitätsmängel auf. Experten werden teilweise gar nicht gefragt, teilweise aus dem Kontext gerissen. Laien fabrizieren sich ihre Version der Geschichte zusammen. Um dem entgegenzuwirken schwebt uns ein externes Expertengremium vor, das die Dokumentationen vorher durchsieht und sie auf historische Korrektheit überprüft.

Antrag 201: Wett' get polticial

Antragsteller*in:	Yves Roth
Sachgebiet:	2 - Wirtschaft, Finanzen & Energie

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern die Aufnahme von Wetten auf den Ausgang
- 2 politischer Ereignisse in den Glücksspielstaatsvertrag, um politische Wetten zu
- 3 erlauben.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 202: Genug GEZahlt: Keine Kreuzfahrten auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger

Antragsteller*in:	RV Kassel, BV Kurhessen
Sachgebiet:	2 - Wirtschaft, Finanzen & Energie

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Die Rundfunkgebühr in ihrer jetzigen Form ist überholt und ineffizient. Die
2 Finanzierung widerspricht den liberalen Grundsätzen von Wahlfreiheit, Effizienz und
3 Transparenz. Kritikpunkte sind überhöhte Gehälter, intransparente Mittelverwendung
4 sowie eine politisch einseitige Berichterstattung, insbesondere eine links-
5 progressive Ausrichtung, die das Vertrauen in den ÖRR beschädigt sowie den Anspruch
6 auf Neutralität konterkariert.

7

Dieser Antrag befasst sich mit der Notwendigkeit einer Neustrukturierung des

8

öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) in Deutschland. Wir schlagen die Einführung

9

eines freiwilligen Abo-Modells anhand der nachfolgenden Aufstellung vor:

- 10 • Basis-Abo (5 € pro Monat): Zugang zu Nachrichten- und Informationssendungen.
11 • Erweitertes Abo (10 € pro Monat): Zugang zu Sport- und Unterhaltungsprogrammen.
12 • Premium-Abo (15 € pro Monat): Voller Zugang zu allen Inhalten, einschließlich
13 Mediatheken und exklusiven Produktionen.
14 Dadurch wird den Bürgerinnen und Bürgern mehr Wahlfreiheit ermöglicht, der ÖRR zu
15 einer effizienteren und ausgewogeneren Struktur gezwungen, sowie sich stärker am
16 Bedarf der Zuschauerinnen und Zuschauer zu orientieren.

Begründung

I. Belastung der Bürgerinnen & Bürger und fehlende Wahlfreiheit

Die pauschale Rundfunkgebühr von 18,36 € pro Monat (220,32 € jährlich) belastet Bürgerinnen und Bürger unabhängig davon, ob sie die Inhalte des ÖRR konsumieren. Besonders junge Menschen greifen auf Streaming-Dienste wie Netflix, Disney+ oder Amazon Prime zurück, deren Kosten zwischen 11,99 € und 15,99 € pro Monat liegen, und sehen selten Nutzen im ÖRR-Angebot.

II. Überhöhte Gehälter und ineffiziente Verwaltung

Die Spitzengehälter beim ÖRR sind überproportional hoch und stehen in keinem Verhältnis zu den Aufgaben. ARD-Intendanten verdienen zwischen 250.000 € und 395.000 €, während der ZDF-Intendant jährlich 369.000 € erhält. Stefan Krübel, Chef des Beitragsservice, erhielt im Jahr 2023 ein Gehalt von 203.000 Euro. Dies steht in keinem Verhältnis zur Verantwortung und Leistung, die von diesem Posten erwartet wird. Diese Gehälter übersteigen die im öffentlichen Dienst üblichen Vergütungen deutlich.

Insgesamt fließen ca. 20 % der Rundfunkbeiträge in Verwaltungskosten, was auf eine ineffiziente Struktur hinweist.

III. Überflüssige Programme und teure Formate

Der ÖRR investiert erhebliche Summen in teure Unterhaltungsformate wie „Das Traumschiff“, dessen Produktionskosten auf 2 Millionen Euro pro Folge geschätzt werden. Diese Ausgaben stehen im Widerspruch zu dem ursprünglichen Informations- und Bildungsauftrag des ÖRR. Auch das Funk-Netzwerk, eine Plattform für junge Zielgruppen auf YouTube, TikTok und Instagram, kostet jährlich rund 45 Millionen Euro. Trotz dieser Investitionen erreichen viele der über 70 Formate nur Nischenzielgruppen.

IV. Politische Einseitigkeit und mangelnde Neutralität

Ein wiederkehrendes Problem des ÖRR ist die politische Einseitigkeit in vielen Formaten. Das Funk-Netzwerk etwa neigt dazu, links-progressive Inhalte zu bevorzugen - Formate wie Y-Kollektiv und STRG_F behandeln gesellschaftliche Themen aus einer stark ideologisierten Perspektive - während andere politische Sichtweisen marginalisiert werden. Viele Formate bedienen dabei lediglich Nischenthemen oder ähneln kommerziellen YouTube-Influencern, ohne einen echten Informationsgehalt zu bieten. Die mangelnde Reichweite vieler Formate sowie die politische Einseitigkeit schmälern die Legitimation, diese mit öffentlichen Geldern zu finanzieren. Insbesondere die fehlende Transparenz darüber, wie diese Mittel auf die verschiedenen Projekte verteilt werden, sorgt für Kritik. Zusammen mit der immer wieder aufkommenden Kritik bezüglich mangelhafter Qualität der Funk-Recherchen, widerspricht dies insgesamt dem Grundsatz der Neutralität, der vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk gefordert wird.

Ein weiteres Beispiel für politische Manipulation war der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021, in dem MDR und WDR Christian Lindner lächerlich darstellten, indem sie ihn in der Sendung „Quarks“ als kinderfeindlich inszenierten. Solche Vorfälle untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Objektivität des ÖRR.

V. Intransparente und ineffiziente Mittelverwendung

Die Rundfunkgebühren erbringen jährlich Milliardenbeträge: 2023 stiegen die Gesamterträge des ÖRR auf 9,02 Milliarden Euro. Der ÖRR legt zwar offen, wie die monatlichen Rundfunkbeiträge verwendet werden, aber die Verteilung der Mittel ist unverhältnismäßig und problematisch:

▣ 45 % (8,26 €) für Fernsehprogramme (ARD, ZDF, Dritte Programme).

▣ 22 % (4,03 €) für Hörfunkprogramme.

▣ 20 % (3,67 €) für Verwaltung und Infrastruktur.

▣ 8 % (1,65 €) für Personalkosten (einschließlich der hohen Intendantengehälter).

▣ 5 % (0,92 €) für gemeinsame Programme wie ARTE.

Diese Aufschlüsselung zeigt eine klare Übergewichtung von Unterhaltungs- und Sportprogrammen, die einen beträchtlichen Teil Fernsehprogramme ausmachen. Bildungs- und Informationsformate sind hingegen unterrepräsentiert. Die Fokussierung auf teure Unterhaltungssendungen wie „Das Traumschiff“ oder Sportübertragungen verschlingt Mittel, die für qualitativ hochwertige Bildungsprogramme und gesellschaftlich relevante Inhalte eingesetzt werden sollten. Der Bildungsauftrag des ÖRR wird somit vernachlässigt, was die öffentliche Rechtfertigung der Gebühren infrage stellt.

Antrag 301: Freiheit nicht Organe schützen

Antragsteller*in:	Yves Roth, Julius Ulowetz, Ajeet Ahmad, Finn Kühberger
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Wir Junge Liberale Hessen fordern, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und das
- 2 Landesamt für Verfassungsschutz die während Corona neu eingeführte
- 3 Beobachtungskategorie der „Delegitimierung des Staates“ wieder abschaffen.

Begründung

Den Staat zu delegitimieren, ist eine legitime Meinung.

Antrag 302: Gläserner Staat statt gläserne Bürger!

Antragsteller*in:	Yves Roth, Julius Ulowetz, Finn Rodewyk
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Transparenz ist ein hohes Gut in einer Demokratie.
- 2 Sie stiftet Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikerinnen und Politiker,
- 3 sie verhindert den Missbrauch von staatlichen Mitteln und ermöglicht eine effektive
- 4 Kontrolle durch das Wahlvolk.
- 5 Wir setzen uns deswegen dafür ein, dass hauptamtliche Parlamentarier sämtliche durch
- 6 das entsprechende Parlament erstatteten Ausgaben, wie Flug- und
- 7 Fahrtkostenabrechnungen, veröffentlichen müssen.
- 8 Die Jungen Liberalen Hessen fordern alle hauptamtlichen Mandatsträger der FDP auf
- 9 sich besonders hohen Transparenzstandards zu verpflichten. Dafür sollen die FDP-
- 10 Abgeordneten folgende Informationen auf ihrer Website veröffentlichen:
- 11 1. Abstimmungsverhalten in den Parlamenten und Ausschüssen (auch bei nicht-
- 12 namentlichen Abstimmungen)
- 13 2. Flug- und Fahrtkostenabrechnungen
- 14 3. Ausgaben für politische Arbeit im Heimatland
- 15 4. Verwendung der Aufwandspauschale
- 16 5. Erhaltene Sitzungsgelder
- 17 6. Alle weiteren Nebeneinkünfte

Begründung

Demokratie fußt auf Vertrauen.

Dafür müssen sich die Verantwortungs- und Amtsträger unserer Demokratie einer besonderen Integrität verpflichten und sich einer besonderen Kontrolle unterwerfen.

Antrag 303: Wortprotokoll im Strafverfahren

Antragsteller*in:	Julius Ulowetz, KV Wetterau
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern, dass in Strafverfahren in sämtlichen Befragungen
- 2 und Vernehmungen ein Wort- und Tonprotokoll angefertigt werden muss.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 304: Verpflichtende Arbeit für Asylbewerber angemessen vergüten

Antragsteller*in:	KV Frankfurt
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Nach § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes können Asylbewerber von den Kommunen zu
- 2 verpflichtender Arbeit herangezogen werden, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Dies
- 3 sehen wir als angemessen sowie als Möglichkeit an, Menschen schneller zu integrieren.
- 4 Wir wollen diese Möglichkeit auch auf Praktika in Branchen mit erhöhtem
- 5 Fachkräftemangel nutzen, um die Berufsbilder und den Einstieg in die Berufe
- 6 zugänglicher zu gestalten.
- 7 Dennoch muss diese Arbeit angemessen entlohnt werden. Nur so erfahren die
- 8 Asylbewerberinnen und -bewerber ausreichend Wertschätzung. Daher wollen wir das
- 9 Asylbewerberleistungsgesetz dahingehend ändern, dass die Verdienstobergrenzen
- 10 angehoben werden, um mehr als die aktuell vorgesehenen 80 Cent pro Stunde entlohnen
- 11 zu können.
- 12 Bis dahin sollen die Gemeinden, die von der Möglichkeit der verpflichtenden Arbeit
- 13 Gebrauch machen, die Arbeitenden mit Teilhabegutscheinen zumindest mehr Wertschätzung
- 14 zukommen lassen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 305: Veraltete Regelungen im Bestattungsrecht unter die Erde bringen

Antragsteller*in:	Aaron Wilhelmi
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Das Bestattungsrecht in Deutschland ist Ländersache. Viele Länder scheuen sich
2 jedoch, ihre Aufgabe als Gesetzgeber regelmäßig wahrzunehmen und zeitgemäße
3 Regelungen für die Bestattungen und Friedhöfe zu finden. So galt beispielsweise die
4 entsprechende Reichsverordnung aus der Zeit des Nationalsozialismus in Niedersachsen
5 noch bis 2005. Das Bestattungsrecht betrifft einen hochpersönlichen Lebensbereich
6 aller Menschen. Wir setzen uns daher für moderne Überarbeitungen des
7 Bestattungsrechts ein. Die JuLis Hessen

8

- 9 • setzen sich für ein liberales Bestattungsrecht ein, das gleichzeitig die Pietät
10 gegenüber den Verstorbenen wahrt und den Hinterbliebenen einen würdigen Abschied
11 der Angehörigen ermöglicht.
- 12 • bekräftigen die Forderung nach einer Abschaffung des Friedhofszwangs für
13 Urnenbestattungen. Dieser ist nicht mehr zeitgemäß. Die Bestattungspflicht dient
14 zur Abwehr von Gefahren, welche von Urnen nicht ausgehen. Der Gesetzgeber muss
15 bei Streitigkeiten innerhalb der Familie für Rechtssicherheiten sorgen. Daher
16 sollte die Entfernung der Urne aus dem öffentlichen Raum nur erfolgen, wenn dies
17 im Testament so bestimmt wurde.
- 18 • wollen gleichzeitig auch private Träger neben Kommunen und kirchlichen
19 Betreibern zulassen. Für die Schließung und Entwidmung der Friedhöfe gelten die
20 Regelungen des § 7 FBG.
- 21 • befürworten eine Liberalisierung der Bestattungsformen. Nach dem Vorbild der
22 Hansestadt Bremen sollen Ausstreuungen von Asche auf Privatgrundstücken erlaubt
23 werden. Ebenfalls sollen Reerdigungen als natürliche Form der Bestattung und
24 Seebestattungen in allen Bundesländern erlaubt werden. Ebenfalls sollen
25 Diamantbestattungen ermöglicht werden. Auch alternative Bestattungsformen wie
26 Raketenbestattung, Vinyl, Gemälde aus der Asche sollen erlaubt werden.
- 27 • fordern als Konsequenz, die Unteilbarkeit der Asche abzuschaffen. Der
28 Verstorbene soll vor dem Tod einer möglichen Teilung seiner Asche widersprechen
29 können.
- 30 • sprechen sich für die Abschaffung aller Beschränkungen von Grabgestaltungen und
31 -beschriftungen und für eine Abschaffung der Sargpflicht aus. Die
32 Grabgestaltungen dürfen bei öffentlich-rechtlichen Friedhöfen jedoch nicht grob
33 verunstaltet. Bei privatrechtlichen Friedhöfen kann eine Begrenzung z.B. über
34 die AGBs erfolgen. Bei diesen Maßnahmen muss der Umweltschutz, insbesondere die
35 Boden- und Luftreinheit, beachtet werden.
- 36 • setzen sich für eine Harmonisierung der Beisetzungsfristen ein. Hierbei halten
37 wir eine Frist von 10 Tagen bei Erdbestattungen sowie sechs Wochen bei

- 38 Einäscherungen für angemessen. Es ist nicht ersichtlich, wieso die verschiedenen
39 Bundesländer hier teilweise so signifikant große Unterschiede in ihren
40 Bestattungsrechten festgelegt haben. Regelungen zur Überführung in Leichenhallen
41 und Krematorien sind entsprechend anzupassen.
- 42 • wollen das hessische Verbot, Särge während der Bestattungsfeierlichkeiten zu
43 öffnen, abschaffen und entsprechend § 18 FBG streichen.
 - 44 • sehen es daher auch als sinnvoll an, die Gesetzgebung bei Bestattungen in einem
45 zweiten Schritt in Bundesrecht zu überführen. Regionale Unterschiede sollen in
46 entsprechenden Landesverordnungen berücksichtigt werden können, eine föderale
47 Struktur beim Bestattungsrecht jedoch halten wir weder inhaltlich noch
48 strukturell für sinnvoll.
- 49 Das Bestattungsrecht beinhaltet auch Regularien für die Bestattungsbranche. Diese
50 fiel in der Vergangenheit immer wieder durch ihre intransparente Arbeitsweise und
51 teilweise Skandale auf. Ein Grund hierfür ist, dass sich jeder ohne Qualifikation als
52 „Bestatter“ bezeichnen darf.
- 53 Die Jungen Liberalen Hessen fordern daher, dass die Inhaber eines
54 Bestattungsunternehmens die Ausbildung zur Bestattungsfachkraft erfolgreich
55 abgeschlossen haben müssen. Hierbei soll die seelische Begleitung von Angehörigen
56 verstärkt in den Blick genommen werden.
- 57 Auch im EU-Recht können entsprechende Qualitätsstandards festgehalten werden.
58 Ausnahmen von der Ausbildungspflicht sollen nur durch entsprechende
59 Qualitätskontrollen nach dem Vorbild des Landes Mecklenburg-Vorpommerns möglich sein.
60 Für bestehende Unternehmen ist eine nachträgliche Qualitätsschulung auf ihre
61 Durchführbarkeit zu prüfen. Einen speziellen Meisterzwang für die Branche der
62 Bestatter lehnen wir ab.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 306: Platzverweis für Diebe

Antragsteller*in:	KV Rheingau-Taunus
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern:
- 2 Wird eine Person wiederholt (mindestens zweimal) an demselben öffentlichen Ort (z. B.
- 3 Bahnhof oder öffentlicher Platz) beim Taschendiebstahl oder versuchtem Diebstahl
- 4 rechtmäßig verurteilt, soll das zuständige Gericht die Möglichkeit erhalten, dieser
- 5 Person einen dauerhaften Platzverweis für diesen Ort zu erteilen.

Begründung

Wiederholte Diebstähle an denselben Orten zeigen, dass die betroffenen Personen gezielt diese Orte aufsuchen, um strafbare Handlungen zu begehen. Ein dauerhafter Platzverweis würde nicht nur die öffentliche Sicherheit stärken, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Besonders an Orten wie Bahnhöfen oder öffentlichen Plätzen, an denen viele Menschen unterwegs sind, ist es wichtig, das Vertrauen in die Sicherheit zu wahren. Zudem ist es für die Polizei leichter, bekannte Täterinnen und Täter zu identifizieren und ihnen den Aufenthalt zu untersagen, beispielsweise durch die ohnehin dort befindlichen Überwachungskameras, was präventiv wirken und weitere Straftaten verhindern kann. Ein solcher Platzverweis spart der Polizei zudem wertvolle Ressourcen, da sie nicht ständig Wiederholungstäter überwachen oder auf frischer Tat ertappen muss. Stattdessen kann sich die Polizei auf neue Täter konzentrieren, während bekannte Täter durch den Platzverweis von weiteren Straftaten abgehalten werden. Diese Maßnahme schützt die Freiheit und Sicherheit der unbescholtenen Bevölkerung effizienter.

Antrag 307: Bürokratieabbau mit der Kettensäge statt dem Skalpel

Antragsteller*in:	KV Bergstraße
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Das Bürokratieabbaupaket der Bundesregierung geht zwar in eine gute Richtung,
- 2 allerdings skaliert diese Vorgehensweise in Anbetracht der schieren Menge an neuer
- 3 Bürokratie nicht.
- 4 Um diesem Problem in endlicher Zeit Herr zu werden, benötigen wir eine allgemeinere
- 5 Lösung:
- 6
- 7 **Die Jungen Liberalen Hessen fordern:**
- 8 Damit ein Gesetz für die FDP zustimmungsfähig ist, muss die Gesamtsumme des
- 9 Erfüllungsaufwandes aller Gesetze für einen bestimmten Regelungsbereich in Zukunft
- 10 geringer sein als vorher.
- 11
- 12 Davon ausgenommen sollen Reformen sein, in denen Einschränkungen durch
- 13 Negativformulierungen, wie zum Beispiel einem Totalverbot, durch eine (Teil-
- 14)legalisierung liberalisiert wird, da dies naturgemäß einen umfangreichen
- 15 Erfüllungsaufwand zur Folge hat.

Begründung

Die ausufernde Länge neuer Gesetzestexte (bspw. Bundeswaldgesetz: vorher 13 Seiten, neuer Referentenentwurf 74 Seiten) rührt daher, dass extrem viele Einzelfälle gesondert betrachtet und reguliert werden. Dies widerspricht den Errungenschaften unseres Rechtssystems, möglichst abstrakte Regelungen zu schaffen. Das erhöht nicht nur die Komplexität und mindert das Verständnis von Laien für unseren Rechtsstaat, sondern birgt auch die Gefahr für Rechtsunsicherheit sowie der selektiven Rechtsdurchsetzung durch teilweise inkonsistente und sich widersprechende Vorschriften, da die Menge nicht mehr überblickt werden kann.

Neuen Regelungsbedarfen soll durch die Betrachtung des gesamten Regelungsbereiches statt einzelner Gesetze Spielraum verschafft werden. So muss priorisiert werden.

Antrag 308: Über 12% verlorene Stimmen!? Unsere Wahlreform für mehr Repräsentativität

Antragsteller*in:	RV Darmstadt, KV Marburg-Biedenkopf, KV Hochtaunus, KV Wiesbaden
Sachgebiet:	3 - Innen & Justiz

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Deutschlands Wahlrecht verschwendet regelmäßig Millionen von Stimmen, repräsentiert
2 den Wählerwillen unzureichend, polarisiert, begünstigt Extremisten, zwingt zur
3 taktischen Stimmabgabe, benachteiligt kleine Parteien sowie unsichere Kandidaten und
4 beeinträchtigt die Legitimation von Wahlsiegern.

5 Über 75 Jahre lang hat sich das deutsche Wahlrecht - die personalisierte
6 Verhältniswahl mit 5%-Sperrklausel - bewährt. Für uns Junge Liberale ist es das
7 Fundament unserer Demokratie. Doch wir stellen fest, dass es vermeidbare Schwächen
8 besitzt. Der Anteil der aufgrund der 5%-Hürde unberücksichtigten Stimmen zeigt seit
9 50 Jahren einen deutlichen Trend nach oben: **Während damals die Zahl regelmäßig noch
10 bei rund 0,5% lag, waren es bei der letzten Bundestagswahl 8,7% unberücksichtigte
11 Stimmen, mehr als vier Millionen! Und bei der letzten Landtagswahl in Hessen 12,1%!**
12 Zugleich zwingt das aktuelle Wahlrecht Wähler kleiner Parteien und unsicherer
13 Direktkandidaten in Dilemmas, welche sie zur taktischen Wahl bewegen. Extremisten
14 haben es leichter, weil sich die Kandidaten des demokratisch-gemäßigten Lagers
15 gegenseitig die Stimmen nehmen. Für den Wahlkreissieg reicht bereits die größte
16 Minderheit, ganz unabhängig davon, wie unbeliebt man sich bei der übrigen Mehrheit
17 gemacht hat, eine Einladung zur Polarisierung. Wähler können für Wahlkreis und
18 Landesliste nur je ein Kreuz vergeben, haben also keine Möglichkeit, ihre übrigen
19 Präferenzen auszudrücken. Verlorene Stimmen, taktische Wahl und die begrenzte
20 Ausdrucksfähigkeit der Wähler resultieren in einem verzerrten Wahlergebnis und einer
21 geringeren Legitimation der Wahlsieger.

22 Aus historischer Erfahrung stehen wir fest zur 5%-Hürde als Stabilitätsmechanismus
23 unserer parlamentarischen Demokratie, denn ihr Konzentrationseffekt sichert die
24 Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Hessen und Deutschland verdienen allerdings ein
25 Wahlsystem, das den Willen der Wähler adäquat repräsentiert. **Deswegen fordern wir
26 Junge Liberale Hessen - als Vorbild für ganz Deutschland - die Einführung der
27 Ersatzstimmen für alle hessischen Wahlen (mit Ausnahme der Kommunalwahl) - als
28 Schritt zu einem Wahlrecht, das nicht nur stabilisiert, sondern auch den Wählerwillen
29 respektiert!**

30 Eine Ersatzstimme für die Zweitstimme

31 Die "Ersatzstimme" ist eine zusätzliche Stimme, mit der der Wähler freiwillig eine
32 zweite Partei angeben kann, für die die Stimme zählt, wenn die erste Partei an der
33 5%-Hürde scheitert.

34 Der Wähler erhält also eine zweite Chance, wird dabei jedoch nicht unfair bevorzugt,
35 denn die Ersatzstimme kompensiert lediglich den Verlust der ersten, auch
36 "Hauptstimme" genannten Stimme.

37 Die Umrechnung der Stimmenverteilung in Mandate (Aggregation) erfolgt nach einem
38 mehrstufigen Verfahren: Die Partei mit den wenigsten Hauptstimmen wird eliminiert und
39 ihre Stimmen gemäß der angegebenen Ersatzstimmen auf die übrigen Parteien verteilt.
40 Dieser Schritt wird so lange mit der jeweils stimmschwächsten Partei wiederholt, bis
41 nur noch Parteien übrig bleiben, die mithilfe von Haupt- und Ersatzstimmen die
42 Sperrklausel überwunden haben.

43 Der Wähler kann die Hauptstimme risikofrei vergeben, da sie durch die Ersatzstimme
44 abgesichert wird. So kann der Wähler seine Hauptstimme gemäß seiner tatsächlichen
45 Vorliebe vergeben und wird nicht zur taktischen Vergabe gezwungen, wenn er eine
46 kleinere Partei präferiert. Die Verteilung der Hauptstimmen bildet die Gunst der
47 Wähler unverfälscht ab, weshalb sich die Parteienfinanzierung künftig nach den
48 Hauptstimmen richten soll.

49 **Eine Ersatzstimme für die Erststimme**

50 Die Ersatzstimme fungiert gedanklich wie ein zweiter Wahlgang. Mit ihr lässt sich
51 virtuell eine Stichwahl in die Wahl des Wahlkreis-Direktkandidaten integrieren. Die
52 Aggregation der Stimmen in Mandate erfolgt analog zur Zweitstimme, nur mit Kandidaten
53 statt Parteien und dass die mehrstufige Eliminierung so lange fortgesetzt wird, bis
54 nur noch zwei Kandidaten übrig bleiben, von denen derjenige mit den meisten Haupt-
55 und Ersatzstimmen gewinnt.

56 Gewinnen würde fortan nicht mehr der Kandidat mit einer einfachen Mehrheit
57 (typischerweise die größte Minderheit), sondern der Kandidat mit dem meisten *Rückhalt*
58 (die Summe aus seinen Hauptstimmen und den Ersatzstimmen von eliminierten
59 Kandidaten). Dies ist seltener ein Extremkandidat am Rande des politischen Spektrums,
60 da sich Extrempositionen oftmals schlechter als Alternative eignen als gemäßigte
61 Kandidaten mit konstruktiven Lösungen. Wie bei der Zweitstimme wird hier der Zwang
62 zur taktischen Wahl von der Hauptstimme auf die Ersatzstimme verlagert: Wähler können
63 also ihren tatsächlichen Lieblingsbewerber wählen, ohne die Möglichkeit aufzugeben,
64 bei der Bestimmung der aussichtsreichen Kandidaten mitzuwirken.

65 **Eine Ersatzstimme für die Bürgermeisterwahl**

66 Bei Bürgermeister- und Landratswahlen in Hessen kommt es häufig zu Stichwahlen, diese
67 sind Ausdruck von demokratischer Vielfalt. In unserer modernen und pluralistischen
68 Gesellschaft gibt es zunehmend mehr als zwei Kandidaten mit einer realistischen
69 Erfolgsaussicht, entsprechend stellt sich vermehrt die Frage, ob es noch zeitgemäß
70 ist - unberücksichtigt aller anderen Wählerstimmen - nur die zwei Kandidaten mit den
71 meisten Stimmen zur Stichwahl zuzulassen.

72 Auch führt die derzeitige Praxis der Stichwahl zu unnötigen Zusatzkosten und einer
73 geringeren Wahlbeteiligung im Stichwahlgang. Dies verursacht nicht nur Bürokratie,
74 sondern belastet auch die Kommunen finanziell. All das lässt sich vermeiden, indem
75 wir den Stichwahlgang in den ersten Wahlgang integrieren. Deswegen fordern wir - die
76 Jungen Liberalen Hessen - eine Wahlreform des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG)
77 dahingehend, die Ersatzstimme für die Wahl der kommunalen Hauptverwaltungsbeamten
78 (Bürgermeister, OB, Landrat) einzuführen.

79 Die Bestimmung des Siegers erfolgt mit demselben Aggregationsverfahren wie bei den

80 LTW-Direktkandidaten mit einem Unterschied: Bleiben nur noch zwei Kandidaten übrig,
81 von denen keiner der beiden die Mehrheit hat, so ist in diesem Ausnahmefall doch eine
82 Stichwahl zwischen diesen beiden Kandidaten durchzuführen.

83 **Ergänzende Maßnahmen**

84 Der Stimmzettel könnte (am Beispiel der Landtagswahl 2023) so aussehen:

85 Bei der Stimmenauszählung zur Landtagswahl sollen zunächst die Listenstimmen
86 ausgewertet werden, um rasch die Sitzverteilung des Parlaments zu ermitteln. Erst
87 danach folgen die Wahlkreisstimmen, um die Sitze den Personen zuzuordnen. Haupt- und
88 Ersatzstimmen werden zudem gemeinsam ausgezählt, indem bspw. die Häufigkeit jeder
89 auftretenden Kombination aus Haupt- und Ersatzstimme tabelliert wird. Die
90 Aggregation der Stimmen in Mandate erfolgt anschließend automatisiert. Mit diesem
91 Verfahren erhöht sich die benötigte Auszählzeit bis zur Verkündung der vorläufigen
92 Endergebnisse nur geringfügig.

93 Um die Umgewöhnung der Bevölkerung an das neue Wahlsystem lückenlos zu ermöglichen,
94 soll die Wahlreform von einer großflächigen Aufklärungskampagne begleitet werden.
95 Hierzu sollen für die ersten zwei Wahlzyklen nach der Reform entsprechende Hinweise
96 und Anleitungen in die Wahlbenachrichtigungen integriert, öffentlich über die Medien
97 verbreitet und in den Wahllokalen via Aushang und Handout vermittelt werden. Dabei
98 soll stets auf Barrierefreiheit geachtet werden, indem etwa Informationsmaterialien
99 in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden. Bürger sollen online per
100 interaktiver Webseite einen Eindruck vom neuen Wahlzettel erhalten und ihn probeweise
101 ausfüllen können.

102 Die Umstellung des Wahlsystems soll von wissenschaftlichen Studien und Befragungen
103 begleitet werden, um die Akzeptanz des neuen Wahlsystems in der Bevölkerung genau
104 verfolgen zu können, ebenso wie das Verständnis der Regeln, die Wahlbeteiligung und
105 das taktische Wahlverhalten. Darunter fallen Längsschnittstudien, die die Werte vor
106 und nach der Einführung der Reform vergleichen. Im Vorfeld der Reform sollen
107 experimentelle Testwahlen (bspw. parallel zur eigentlichen Landtagswahl) durchgeführt
108 werden, um die Auswirkungen der Ersatzstimme auf das Wahlverhalten zu beobachten
109 sowie Erfahrungen mit den angewendeten Modalitäten (wie Stimmzetteldesign,
110 Wahlhelfer-Organisation, Stimmenauszählungsverfahren, etc.) zu sammeln.

Begründung

Warum braucht es überhaupt eine Wahlreform?

1. Das jetzige Wahlrecht verschwendet Stimmen

Die Nicht-Berücksichtigung von Wählerstimmen verletzt die Gleichheit der Wahl ([Dilger, 2021](#)). Rund 4 Millionen Stimmen gingen bei der BTW 2021 durch die 5%-Hürde verloren, das waren 8,7% der Stimmen. Viel extremer war es bei der LTW im Saarland 2022, bei welcher 22,3% der Stimmen unberücksichtigt blieben - ein demokratisches Desaster, das so auch bei hessischen Wahlen gut möglich ist.

Bei LTWen der letzten vier Jahre verlor im Mittel mehr als jeder zehnte Wähler seine Stimme, während es Anfang der 70er noch nur rund 3% der Wähler waren. Der steigende Trend unberücksichtigter Wählerstimmen bei LTWen ist tatsächlich deutlich an folgender Grafik erkennbar (entnommen

von wahlreform.de):

Der Trend erklärt sich vor allem anhand von zwei Phänomenen:

1. **Die Parteien sind kleiner, aber mehr geworden.** Die Zeiten großer Volksparteien sind vorbei und die Wählerstimmen verteilen sich über eine größere Anzahl Parteien, auch Kleinstparteien..
2. **Die Wählerbindung an Parteien ist geringer geworden:** Dadurch ist die Bereitschaft der Wähler, sich von etablierten Parteien abzuwenden, grundsätzlich größer.

Der Stimmverlust beeinträchtigt die Erfolgswertgleichheit (s. [von Prittwitz, 2003](#)).

2. Das jetzige Wahlrecht begünstigt Extremisten

Für den Sieg eines radikalen Wahlkreiskandidaten reicht bereits die größte Minderheit, ganz egal, wie sehr er sich zum Feind der übrigen Mehrheit gemacht hat. Direktwahlen bei LTW sehen keine Stichwahl vor, wodurch ein Wahlsieger mit einem gering legitimierenden Stimmenanteil hervorgehen kann, wie bspw. Marek Erfurth von der AfD, der bei der Thüringer LTW 2024 mit nur 26,7% der Stimmen den Wahlkreis Erfurt IV gewann ([thueringen.de, 2024](http://thueringen.de)), nur 1,3 Prozentpunkte vor der CDU-Kandidatin. Der AfD-Kandidat ist Sieger, obwohl er wahrscheinlich in einer hypothetischen Stichwahl gegen jeden anderen Kandidaten verloren hätte.

Weil es für einen Extremisten also bereits genügt, nur die größte Minderheit zu erlangen, ist unerheblich, wie die übrige Wählerschaft zu ihm steht - ob akzeptierend oder stark ablehnend, ist nicht relevant. Infolgedessen schadet es dem Kandidaten nicht, wenn er die Wähler der anderen Lager verschreckt. Im Gegenteil: Es ist für den Kandidaten förderlich, wenn er aus der Bewerberschaft möglichst stark heraussticht und viel Bühnenfläche erhält. Dies ist eine offene Einladung für Populismus, Polemisierung und Extremismus. Mit diesen Mitteln kann sich der Kandidat in den Vordergrund stellen, ohne etwas zu verlieren. Die Folge ist eine Verstärkung der Polarisierung der Gesellschaft.

Da sich gemäßigte Kandidaten und Parteien des demokratischen Lagers außerdem gegenseitig die Stimmen wegnehmen (s. u.), fördern sie so den Sieg von Extremisten. Mehr demokratisch-gemäßigte Kandidaten bedeuten bessere Siegchancen für Radikale.

3. Das jetzige Wahlrecht repräsentiert den Wählerwillen ungenau

Wenn wir die klassische Erst- und Zweitstimme als getrennte Wahlen betrachten, darf jeder Wähler bei jeder Wahl nur ein einziges Kreuz setzen. Dieses einzelne Kreuz transportiert nur sehr begrenzt viel Information. Insbesondere kann der Wähler mit dem einen Kreuz nicht ausdrücken, welcher Kandidat oder welche Partei ihm am zweitliebsten wäre. Die Folge ist, dass

- ...in der Mehrheit unbeliebte Kandidaten gewinnen können (s. bspw. Erfurt IV oben),
- ...Kleinstparteiwähler bei der Sitzverteilung von etablierten Parteien unberücksichtigt bleiben oder Kleinstparteiwähler taktisch wählen (s. u.) und
- ...Wähler von aussichtsarmen Kandidaten bei den Siegchancen von aussichtsreichen Kandidaten nicht mitbestimmen können oder taktisch wählen (s. u.).

Im aktuellen System kann es außerdem zur **Mehrheitsumkehr** kommen, also dass ein politisches Lager, das die Mehrheit der Stimmen erhalten hat, nicht die Mehrheit der Mandate erhält, weil ein kleinerer Koalitionspartner an der Hürde scheiterte ([Benken, 2022; Graeb & Vetter, 2018](#)). Das führte bei der Bundestagswahl 2013 zu einer bürgerlich-rechten Mehrheit nach Stimmen, aber einer linken Mehrheit nach Mandaten. Bei der Brandenburger LTW 2024 erreichte die AfD eine Sperrminorität, obwohl 70% der Wähler Mitte oder links gewählt haben. Allerdings scheiterten 14,3% der Stimmen an der Sperrklausel und 13,4% davon gingen an Mitte und links orientierte Parteien. Wären bereits 2% der verlorenen Stimmen

berücksichtigt geblieben, hätte die AfD keine Sperrminorität erreicht. Ein solches Szenario könnte sich auch in einer künftigen BTW ereignen.

Zusammengefasst ist das resultierende Wahlergebnis deutlich ungenauer als es sein sollte. Je treuer die Widerspiegelung des Wählerwillens, desto besser das Wahlsystem.

4. Das jetzige Wahlrecht fördert taktisches Wahlverhalten

Wähler von kleinen Parteien oder aussichtsarmen Kandidaten sehen sich dem Risiko ausgesetzt, ihre Stimme zu vergeuden: Bei kleinen Parteien könnte die Stimme durch die 5%-Hürde unwirksam werden und bei der Wahl eines aussichtsarmen Direktkandidaten würde der Wähler seine Möglichkeit aufgeben, bei den aussichtsreichen Kandidaten mitzubestimmen. Beides führt zu einem Dilemma, was den Wähler dazu veranlasst, seine Stimme einer Option zu geben, die nicht seiner Erstpräferenz entspricht. Dies führt zu einem verfälschten Wahlergebnis und somit zu einer verschobenen Parteienfinanzierung.

Ein gutes Wahlsystem würde es dem Wähler gestatten, risikofrei seine Erstpräferenz zu wählen.

5. Das jetzige Wahlrecht benachteiligt kleine Parteien und aussichtsarme Kandidaten

Taktisches Wahlverhalten (s. o.) führt dazu, dass die Siegchancen von aussichtsarmen Kandidaten und kleinen oder neuen Parteien sinken ([Dilger, 2021](#)). Potenziell beliebte Newcomer haben es dadurch besonders schwer, was innovationshemmend ist ([von Prittwitz, 2003](#)).

Kleinparteien und aussichtsarme Kandidaten, die ohnehin nur kleine Gewinnchancen haben, dürfen in einem guten Wahlsystem nicht künstlich benachteiligt werden.

6. Das jetzige Wahlrecht bringt gering legitimierte Wahlsieger hervor

Bei der BTW 2021 gab es nur einen Direktkandidaten, der in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit gewann. Das durchschnittliche Stimmergebnis der Wahlkreissieger lag deutschlandweit bei lediglich 33%. In Dresden II gewann Lars Rohwer mit lediglich 18,6% der Stimmen ([Bundeswahlleiterin, 2021](#)). Ein gutes Wahlsystem sollte auch bei einer breit verteilten Stimmenverteilung einen stark legitimierten Wahlsieger finden können.

Warum die Ersatzstimme einen großen Mehrwert für die deutsche Demokratie bietet

1. Weniger unberücksichtigte Stimmen

Mit einer Ersatzstimme können Wähler den Verlust ihrer Hauptstimme abfangen. Eine Studie ([Graeb & Vetter, 2018](#)) mit knapp 900 Wählern zeigte sogar, dass der Wähler explizit die Ersatzstimme dafür einsetzt, um berücksichtigt zu bleiben, indem er die Stimme einer etablierten Partei gibt, während er seine Hauptstimme gefahrlos seiner Lieblingspartei vergibt. Ersatzstimmen würden den sperrklauselbedingten Eingriff in die Wahlgleichheit vermindern ([BVerfG Leitsatz, 2017](#)). Dadurch wird die Gleichheit des [Erfolgswerts](#) der Stimmabgabe verbessert. Wähler haben also besser ausgeglichene Chancen, die Zusammensetzung des Bundestags zu beeinflussen, als im jetzigen System.

2. Weniger Zwang zur taktischen Wahl

Die Ersatzstimme schafft den psychologischen Druck der 5%-Hürde ab ([Graeb & Vetter, 2018](#)), weil der Wähler seine Hauptstimme risikofrei an seine Erstpräferenz vergeben kann. Taktisches Wahlverhalten wird von der Haupt- auf die Ersatzstimme verlagert.

Die Ersatzstimme vermindert außerdem den "Spoiler-Effekt": Wenn der Wähler einen Kandidaten wählt, der

zwar sein Lieblingskandidat ist, dieser aber wenig Aussicht auf Erfolg hat, vergeudet der Wähler so seine Möglichkeit, bei den aussichtsreichen Kandidaten mitzumischen. So passiert es regelmäßig, dass der Wähler so den Sieg seines zweitliebsten, aussichtsreichen Kandidaten ungewollt verhindert.

3. Bessere Repräsentation des Wählerwillens

Wähler können im Ersatzstimmensystem ihren Wählerwillens präziser ausdrücken ([Hellmann, 2016](#)). Haupt- und Ersatzstimme transportieren gemeinsam mehr Information als eine einzelne Stimme. Infolge der erhöhten Ausdrucksfähigkeit spiegelt das Gesamtwahlergebnis den Willen der Wählerschaft besser wider.

Dank der verminderten taktischen Stimmabgabe wird auch das Wahlergebnis weniger verzerrt und die Berücksichtigung von einer größeren Zahl an Stimmen führt ebenfalls zu einer besseren Präzision des Resultats. Die Ersatzstimme mildert außerdem das Risiko einer Mehrheitsumkehr ([Benken, 2022](#); [Graeb & Vetter, 2018](#)), s. o.

Die Verteilung der Hauptstimmen spiegelt die tatsächliche Favorisierung der Wähler wider ([Decker, 2016](#)) und würde so eine Statistik liefern, die akkurater ist als jede andere bisher zur Verfügung stehende Statistik der Wählergunst ([Graeb & Vetter, 2018](#)). Dadurch eignet sich die Verteilung der Hauptstimmen besonders gut als Grundlage für die Ermittlung der Zuschüsse an die Parteien.

4. Weniger Extremismus und Polarisierung

Jeder Kandidat muss nicht nur um Hauptstimmen, sondern auch um Ersatzstimmen werben. Dies gelingt nur, indem er sich in die Gunst der Wähler der anderen Lager begibt. Negative Campaigning, Hardlinertum oder Polarisierung werden kontraproduktiv, weil der Kandidat so die Wähler anderer Lager verschrecken würde. Der Kandidat wird also zu einem gemäßigeren Umgang und zu einer differenzierteren Debatte angeregt.

2013 konnte dieser Effekt bei der Bürgermeisterwahl in Minneapolis besonders gut beobachtet werden ([Veritasium, 2024](#)): Trotz der schieren Zahl an 35 Bürgermeisterkandidaten verlief der Wahlkampf äußerst harmonisch und konstruktiv, weil sich die Kandidaten aufgrund des Anreizes der Ersatzstimmenwerbung nicht anfeindeten. In einem System ohne Ersatzstimmen ist Polarisierung und Populismus eine leider valide Strategie, um zu gewinnen.

Gewinnen wird im Ersatzstimmensystem der Kandidat mit dem meisten Rückhalt. Das ist der Kandidat, der für die meisten Wähler der Lieblingskandidat oder der erste Alternativkandidat ist, was in der Regel seltener ein Extremkandidat am Rande des politischen Spektrums ist. Im Gegensatz dazu bieten gemäßigte Kandidaten mehr Potenzial für Konsens, wodurch sie mehr Ersatzstimmen erhalten. Außerdem würden sich im Ersatzstimmensystem die Kandidaten der gemäßigten, demokratischen Lager weniger stark die Stimmen rauben, weil die Ersatzstimme die Übertragung der Wählerstimme zwischen gemäßigten Kandidaten ermöglicht. Im Ergebnis bringt ein Ersatzstimmensystem seltener Radikale als Wahlsieger hervor ([Benken, 2022](#)). Dies ist keine Bevorzugung von Mitte-Kandidaten insofern, dass sie einen unfairen Vorteil erhielten, sondern es schafft einen künstlichen Vorteil ab, den Radikale im jetzigen Wahlsystem haben.

5. Bessere Legitimation und Akzeptanz von Wahlsiegern

Um den Wahlsieg zu erringen, reicht es nicht mehr, die größte Minderheit der Stimmen zu erlangen. Sondern der Kandidat müsste auch als echte Alternative für eine hinreichende Menge an Wählern in Frage kommen. Folglich ist zu erwarten, dass das Ersatzstimmensystem Sieger hervorbringen würde, die im Mittel besser akzeptiert sind und das Repräsentationsgefühl der Bürger steigern ([Graeb & Vetter, 2018](#)).

Weil auch in absoluten Zahlen mehr Stimmen im Gesamtergebnis Berücksichtigung finden werden, ergibt sich eine verbesserte Legitimation ([Benken, 2022](#)). Dank der erhöhten Repräsentativität des Wahlergebnisses sind Wahlsieger ebenfalls besser legitimiert als im herkömmlichen System.

6. Erhalt der 5%-Hürde

Mit der Ersatzstimme könnte ein Wahlrecht geschaffen werden, in welchem die 5%-Hürde auch ohne Grundmandatsklausel wahrscheinlich verfassungskonform ist. In jedem Fall kann die 5%-Hürde in ihrer vollen Höhe beibehalten werden, sodass die Sperrklausel am Konzentrationseffekt nicht einbüßen muss ([Graeb & Vetter, 2018](#)).

Warum nicht einfach die 5%-Hürde senken?

Zwar würde eine Senkung der 5%-Hürde durchaus den Anteil unberücksichtigter Stimmen verkleinern, jedoch würde es auch den Konzentrationseffekt der Sperrklausel senken. Folglich wäre das Parlament fragmentierter und die Regierungsbildung und -führung wäre aufgrund der großen Zahl kleiner (bspw. 3%-) Parteien ungleich schwieriger.

Außerdem bietet eine Senkung der 5%-Hürde keine Verbesserung für alle Parteien, die weiterhin unter der Hürde liegen. Ihre Wähler wären weiterhin dem Zwang zur taktischen Wahl ausgesetzt, worunter nicht nur die Wähler, sondern auch die kleinen Parteien weiterhin leiden müssten. Außerdem bietet eine Hürdensenkung auch keine Verbesserung für die o.g. Probleme bei den Direktwahlen.

Warum gerade die Ersatzstimme und kein anderes System?

Andere Wahlsysteme, z.B. die Präferenzwahl oder die Bewertungswahl, bieten ebenfalls deutliche Verbesserungen, sind allerdings komplexer und würden eine größere Umstellung sowie Umgewöhnung erfordern als die Ersatzstimme. Kurzum ist die Ersatzstimme das beste Wahlsystem im Trade-off zwischen Umsetzbarkeit und Mehrwert.

Warum nicht nur die Zweitstimme, sondern auch die Erststimme reformieren?

Weil auch die Direktwahlen unter Problemen leiden (s.o.), die von den o.g. Vorteilen der Ersatzstimme profitieren. Dazu zählen insbesondere die bessere Repräsentativität, die erhöhte Legitimität von Wahlkreissiegern und der Abbau der künstlichen Vorteile für radikale Kandidaten.

Zudem führt dies zu mehr Konsistenz und Einheitlichkeit auf dem Wahlzettel, weil der Wähler so beide Stimmen nach denselben Regeln vergeben kann.

Warum wir mit der Ersatzstimme wenig riskieren

Die größten Schwächen der Ersatzstimme sind ihre Komplexität und ihre Ungewohntheit. Die deutlich komplexeren Kommunalwahlsysteme in Hessen und Bayern machen bereits vor, dass die Wähler selbst mit solch besonders schwierigen Systemen umgehen können. In puncto Ungewohntheit würde zudem ohnehin ein Gewöhnungseffekt einsetzen ([Jesse, 1985, Graeb & Vetter, 2018](#)). Dennoch integriert der Abschnitt "Ergänzende Maßnahmen" zusätzliche Instrumente, welche dazu dienen, den Wählern den Umstieg so einfach wie möglich zu machen.

Auch wenn der Stimmzettel mit Ersatzstimmen zusätzliche Freiheitsgrade bringt, ist die Gefahr zusätzlicher ungültiger Stimmzettel gering, denn: Obwohl die Präferenzwahlsysteme in Irland, Australien und Neuseeland komplexer als die Ersatzstimme sind, liegen die Raten ungültiger Stimmzettel bei rund 1%, also gerade so viel wie bei der Bundestagswahl. Ähnlich ist es in den US-amerikanischen Regionen, welche ebenfalls die Präferenzwahl anwenden ([Institute for Mathematics and Democracy, 2024](#)).

Warum das mehrstufige Aggregationsverfahren?

Im einstufigen Aggregationsverfahren würden schon im ersten Schritt alle unter-5%-Parteien bzw. alle Direktkandidaten, die nicht die besten zwei sind, eliminiert. Diese Form der Aggregation verbietet Parteien die Möglichkeit, mithilfe von Ersatzstimmen über die 5%-Hürde zu kommen, was in solchen Fällen unnötig mehr unberücksichtigte Wählerstimmen bedeuten würde. Die einstufige Aggregation würde bei Direktkandidaturen ein weniger akkurates Endergebnis liefern als die mehrstufige Aggregation. Bspw. kann es vorkommen, dass bei der einstufigen Aggregation der Kandidat mit dem meisten Rückhalt nach Hauptstimmen nicht zu den ersten zwei gehört, wodurch er nicht gewinnen würde. Das trifft z.B. auf Kompromiss-Kandidaten zu, die nur mittelmäßig viele Hauptstimmen gesammelt haben, aber viele Ersatzstimmen auf sich vereinen konnten.

Weiterführendes

Tiefergehende Infos und Hintergründe zur Ersatzstimme, inkl. juristischer Gutachten, wissenschaftlicher Literatur und Erfahrungen im Ausland, können im [Ersatzstimme-Wiki](#) nachgeschlagen werden.

Antrag 401: Kinder entlasten und Leben retten: KI-Echtzeitübersetzer an öffentlichen Einrichtungen

Antragsteller*in:	KV Wiesbaden, RV Darmstadt
Sachgebiet:	4 - Gesundheit, Arbeit & Soziales

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1

Die Jungen Liberalen Hessen fordern:

2

1. Rechtliche Rahmenbedingungen zu prüfen und zu schaffen, um KI-Echtzeitübersetzer

3

an öffentlichen Einrichtungen optimal nutzen zu können

4

2. Ein Pilotprogramm zu konzipieren, welches an Brennpunktschulen und Krankenhäusern

5

den Nutzen der KI-Echtzeitübersetzer verifiziert.

Begründung

In einer liberalen, multikulturellen Gesellschaft ist der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen für alle entscheidend. Sprachbarrieren können jedoch zu Missverständnissen führen und den Zugang zu unerlässlichen Dienstleistungen erschweren. KI-Direktübersetzer bieten eine Lösung, indem sie Brücken zwischen Kulturen bauen und klare Kommunikation ermöglichen. Sie fördern die Integration und ermöglichen, dass jeder die Unterstützung erhält, die benötigt wird—besonders in kritischen Momenten, in denen präzise Verständigung Leben retten kann.

Der Einsatz von KI-Direktübersetzern an Brennpunktschulen ist dringend notwendig, um die belastenden Folgen zu verhindern, die entstehen, wenn Kinder die Verantwortung übernehmen müssen, für ihre Eltern als Dolmetscher zu fungieren. Wenn Kinder jene Gespräche übersetzen, tragen sie eine Last, die für ihr junges Alter kaum zu bewältigen ist. Sie werden mit untragbaren Situationen konfrontiert, wie schulischen oder familiären Schwierigkeiten, sowie juristischen Gegebenheiten, die sie nicht nur emotional überfordern, sondern ihnen auch das Gefühl geben, für die Probleme ihrer Familie verantwortlich zu sein. Diese Situationen stehlen ihnen ihre Kindheit und beeinträchtigt ihre Fähigkeit, sich unbeschwert auf ihre akademische und soziale Entwicklung zu konzentrieren. Die zusätzliche Verantwortung kann zu einem Leistungsabfall führen, und ihre schulischen Chancen massiv einschränken. Der Einsatz von KI-Direktübersetzern würde es ihnen ermöglichen, wieder Kinder zu sein, die sich ungestört auf ihre schulischen Ziele fokussieren können, während Eltern direkt und ohne Sprachbarrieren mit der Schule kommunizieren können.

Auch in Krankenhäusern bringt der Einsatz von KI-Direktübersetzern zahlreiche Vorteile mit sich, insbesondere in konkreten Notfällen. Sprachbarrieren können zu Missverständnissen führen, die die Qualität der medizinischen Versorgung beeinträchtigen und in manchen Fällen sogar lebensbedrohlich

sein können. Wenn die Kommunikation durch KI-Direktübersetzer in Echtzeit erfolgt, verbessert sich die Patientensicherheit, da medizinisches Fachpersonal und Patienten sofort ein klares Verständnis der Gesundheitslage haben. Zudem werden Krankenhäuser entlastet, da der Bedarf an menschlichen Dolmetschern und die zeitaufwendige Organisation von Übersetzungsdiensten reduziert werden. So können Ärzte und Pflegekräfte ihre Zeit effizienter nutzen und sich besser auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, was die allgemeine Effizienz und Qualität der Patientenbetreuung steigert.

Kosten Beispiel:

Bei aktuell fast 2000 Krankenhäusern* deutschlandweit und 4000 Brennpunktschulen** liegen die Kosten beim Model „Muama Enence“, welches über 68 Sprachen offline übersetzen kann bei insgesamt 330.000 € (4 für 220 €***). Diese Zahl missachtet selbstverständlich die Kosten, welche durch Bürokratieabbau gespart werden.

*<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/krankenhaeuser-deutschland-100.html> (2022: 756 privat; 539 öffentlich; 598 freigemeinnützig)

**<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/tipps-fuer-verbraucher/startchancen-programm-2225074>

*** <https://translatorenence.com/enence/>

Antrag 402: Fairer Lohn für Minderjährige!

Antragsteller*in:	BV Kurhessen, KV Waldeck-Frankenberg
Sachgebiet:	4 - Gesundheit, Arbeit & Soziales

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern, die Exklusion Minderjähriger aus dem
- 2 gesetzlichen Mindestlohn zu beenden und durch einen nach Alter gestaffelten
- 3 Mindestlohn zu ersetzen.

Begründung

Gerade im niedrig Lohnsektor ist nicht zu begründen, dass bei gleicher Arbeit junge Menschen um ein Vielfaches schlechter bezahlt werden können, als Kollegen, die den gesetzlichen Mindestlohn empfangen. Gerade junge Menschen außerhalb der urbanen Zentren haben aufgrund geringer Mobilität oft nur eine kleine Auswahl an Arbeitgebern, was die Verhandlungsposition in Bezug auf das Gehalt zusätzlich schwächt. Auch wenn wir einen Mindestlohn zwar prinzipiell kritisch sehen, wäre die Schaffung gleicher Rahmenbedingungen, unabhängig vom Alter, zumindest eine vorteilhafte Reform, um junge Menschen vor unfairen Bezahlung zu schützen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu bewirken. Dies passt zu unserem Verständnis von Leistungsgerechtigkeit. Gerade für junge Menschen aus sozial schwächeren Schichten bedeutet ein gesetzlicher Mindestlohn mehr Unabhängigkeit vom Elternhaus und fördert auch die Möglichkeit mehr Rücklagen für den weiteren Lebensweg zu bilden. Langfristig fordern wir weiterhin die Abschaffung des Mindestlohns.

Antrag 501: Günstig, schnell und leise: Holen wir uns den Transrapid zurück!

Antragsteller*in:	RV Kassel, KV Gießen
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Mobilität befindet sich weltweit in einem unglaublich schnellen Wandel. Während
- 2 Länder wie China und Japan intensiv an der Weiterentwicklung des
- 3 Hochgeschwindigkeitsverkehrs arbeiten und neueste Technologien implementieren, stehen
- 4 wir in Deutschland innovationstechnisch im Stau. Das zukunftsweisende Verkehrskonzept
- 5 der vergangenen Jahrzehnte war der Transrapid. Das magnetisch schwebende
- 6 Hochgeschwindigkeitssystem, welches durch seine hohe Effizienz und Geschwindigkeit
- 7 eine vielversprechende Alternative zu herkömmlichen Verkehrsmitteln ausmachte. Obwohl
- 8 die Transrapid-Technologie in Deutschland entwickelt wurde, wird sie heute in China
- 9 betrieben, weiterentwickelt und macht weltweit kräftig Schlagzeilen.
- 10 Mit diesem Antrag fordern wir die Rückführung der Forschung und Weiterentwicklung des
- 11 Transrapid-Projekts nach Deutschland und die Schaffung einer Teststrecke, um diese
- 12 Technologie der Zukunft weiter voranzutreiben. Die Landes- und Bundesregierung sollen
- 13 gemeinsam die notwendigen Rahmenbedingungen für die Rückkehr der Forschung und
- 14 Finanzierung des Vorhabens schaffen.

Begründung

Die Vision eines modernen Verkehrssystems, welches den steigenden Anforderungen an Mobilität, Umweltfreundlichkeit und Effizienz gerecht wird, ist ein zentrales Ziel unserer Gesellschaft. Der Transrapid, der auf der Basis von Magnetschwebetechnik (Maglev) arbeitet, stellt eine Lösung für viele der heutigen Probleme im Verkehrsbereich dar. Mit Höchstgeschwindigkeiten von über 500 km/h, geringen Reibungsverlusten und einem erheblich niedrigeren Energieverbrauch im Vergleich zu konventionellen Zügen bietet der Transrapid die Chance, den Fernverkehr zu revolutionieren. Trotz des tragischen Unfalls im Jahr 2006 im Emsland, bei welchem 23 Menschen ihr Leben verloren, darf dieser Vorfall nicht als Hindernis für Zukunftsforschung in diesem Bereich gelten. Es sollte klar sein, dass jeder Unfall auf seine Ursachen untersucht werden muss und daraus Lehren gezogen werden müssen. Jedoch darf so ein Ereignis nicht dazu führen, dass wir eine solche Technologie vollständig aufgeben. Der Transrapid bietet enorme Vorteile, auch wirtschaftliche Chancen für Deutschland. Jetzt ist die Zeit, den Transrapid und seine Weiterentwicklung zurückzuholen.

Antrag 502: Infrastruktur für Radfahrer statt gegen Autos

Antragsteller*in:	KV Bergstraße
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Präambel

2 Fahrradinfrastruktur erschöpft sich auf vielbefahrenen Straßen leider häufig aus
3 Platzmangel darauf, gestrichelte Linien auf die Straße zu malen. Diese sehen auf den
4 ersten Blick zwar wie Radspuren aus, es handelt sich aber nur um sogenannte
5 Fahrradschutzstreifen, welche keine eigenständige Fahrspur darstellen, im
6 Begegnungsverkehr durch Autos befahren werden sollen und meistens schmaler sind, als
7 dies für Radspuren vorgeschrieben ist. Dies gefährdet Radfahrer und gaukelt
8 Autofahrern vor, es handele sich um eine eigene Spur, so dass sie ohne den
9 vorgeschriebenen Sicherheitsabstand überholen.

10

11 Die Jungen Liberalen Hessen fordern zur Verbesserung der Sicherheit sowohl für Rad- 12 als auch Autoverkehr:

13 1. Auf dem Durchgangsverkehr dienenden Hauptverkehrsstraßen sollen
14 Fahrradschutzstreifen aus Sicherheitsgründen nicht mehr zulässig sein. Lediglich
15 auf Nebenstraßen, auf welchen die Verkehrsdichte geringer und Begegnungsverkehr
16 seltener ist, können die Fahrradschutzstreifen ihren ursprünglich angedachten
17 Zweck erfüllen.

18

19 2. Wo möglich, sollen Rad- und Autoverkehr entflochten werden.
20 Sofern der nötige Platz für baulich getrennte Radinfrastruktur fehlt, sollen
21 ausgeschilderte Radrouten von Durchgangsstraßen auf parallel verlaufende, dem
22 lokalen Verkehr dienende, Nebenstraßen gelegt wird.

Begründung

1. Untersuchungen zeigen, dass die sog. Schutzstreifen die Sicherheit nicht erhöhen, sondern zu dichterem Überholen verleiten, als diese bei einer Fahrbahn ohne gesonderte Markierung der Fall wäre: <https://www.wn.de/muensterland/kreis-warendorf/warendorf/messungen-zeigen-vermeintlicher-schutz-fuer-radler-kann-gefaehrlich-werden-2830295?&npg>
Sie sind allerdings ein einfacher Weg für die Politik, auf dem Papier Pseudo-Radinfrastruktur zu schaffen, ohne dass irgendjemand davon einen praktischen Nutzen hat.
2. Fahrräder sind weder laut, noch gefährlich, noch beschädigen sie die Fahrbahn. Fahrrad-Durchgangsverkehr ist daher unschädlich für Nebenstraßen.
Die Trennung sorgt sowohl für weniger Gefahr und bessere Luft für Radfahrer, als auch für weniger Behinderung für Autofahrer. Durchgangsverkehr liegt in der Regel auf Landes- oder Bundesstraßen. Grundsätzlich sollte die Planung der Radverkehrsführung aber in Absprache mit den Kommunen erfolgen.

Antrag 503: Sehr freie Fahrt für sehr freie Bürger!

Antragsteller*in:	KV Groß-Gerau
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern eine Reform der Verkehrspolitik mit dem Ziel, das
2 Straßensystem langfristig zu entlasten und die Effizienz des Straßenverkehrs zu
3 steigern. In einem ersten Schritt soll die durchschnittliche Nutzungsdauer der
4 Straßen durch Personenkraftwagen (PKW) und leichte Nutzfahrzeuge reduziert werden,
5 indem diesen ermöglicht wird, Straßen schneller zu befahren.

6 **Konkret fordern wir:**

7 **1. Änderung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Landstraßen:**

8 Die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Personenkraftwagen sowie andere
9 Kraftfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse bis 3,5 Tonnen soll auf
10 Landstraßen auf 130 km/h festgelegt werden.

11 Hierzu ist eine Änderung des §3 Absatz 3c der Straßenverkehrsordnung (StVO) wie
12 folgt vorzunehmen:

13 *„Für Personenkraftwagen sowie für andere Kraftfahrzeuge mit einer zulässigen
14 Gesamtmasse bis 3,5 Tonnen beträgt die zulässige Höchstgeschwindigkeit 130
15 km/h.“*

16 **2. Einführung einer verbindlichen Richtgeschwindigkeit außerhalb geschlossener
17 Ortschaften:**

18 Um den Verkehrsfluss außerhalb geschlossener Ortschaften weiter zu optimieren
19 und Staus zu minimieren, soll eine verbindliche Richtgeschwindigkeit von 100
20 km/h eingeführt werden. Ihr Unterschreitung aus Gründen der konkreten
21 Verkehrslage ist möglich.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 504: Zwischen Santiago Bernabéu und dem "Tor zur Rhön": Neubau einer Transrapid-Strecke

Antragsteller*in:	KV Fulda
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich aktiv für den schnellstmöglichen Bau einer
- 2 Transrapid-Strecke von Fulda über Rasdorf direkt nach Madrid ohne Zwischenhalte ein.

Begründung

Unvermeidbar ist es, die Transrapid Strecke, ohne Zwischenhalte zu bauen, da vordergründig der Spanisch Deutsche Austausch als Pilotprojekt angesehen werden soll. Nach erfolgreicher Etablierung sollen perspektivisch auch weitere Transrapid Strecken in andere europäische Hauptstädte geschaffen werden. Zentraler Knotenpunkt dieser Hochgeschwindigkeitsnetze Europas sollen Fulda/Rasdorf bleiben.

1. **Innovative Mobilität:** Mit dem Bau dieser Transrapid-Strecke setzen wir ein Zeichen für moderne und innovative Verkehrslösungen.
2. **Tourismusförderung:** Eine direkte Verbindung nach Madrid würde Fulda als das "Tor zur Rhön" zu einem noch attraktiveren Reiseziel für internationale Touristen machen. Die Fahrzeit von wenigen Stunden könnte neue Tourismusströme anlocken und der lokalen Wirtschaft einen enormen Schub verleihen. Die Rhön, als Biosphärenreservat und Wanderparadies, könnte so leichter von spanischen Touristen erreicht werden.
3. **Stärkung der europäischen Verbundenheit:** Eine direkte Verbindung zwischen Fulda und Madrid symbolisiert die enge Verbindung und Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien. Zudem fördert man den Status der Stadt Fulda als „Europastadt Deutschlands“.
4. **Klimafreundliche Alternative:** Der Transrapid ist eine umweltfreundliche Alternative zu Flugreisen. Durch den Einsatz dieser Technologie könnten wir CO2-Emissionen erheblich reduzieren und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Antrag 505: Das Bauministerium abreißen!

Antragsteller*in:	Marc Schmidt
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Der 83. Landeskongress möge beschließen:
- 2 Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) sollte
- 3 nach der Bundestagswahl 2025 in das Bundesministerium des Innern und für Heimat
- 4 (BMI) integriert werden. Dies dient der Reduktion von Bürokratie im Bereich der
- 5 Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik.

Begründung

Die strukturelle Wiederverschmelzung des BMWSB mit dem BMI ist unerlässlich, um den systematischen Herausforderungen, die den Wohnungsmarkt gegenwärtig konfrontierten, adäquat zu begegnen. Die erneute Schaffung (erstmalig seit 1998) des BMWSB wurde als notwendige institutionelle Antwort auf die drängenden Fragen der Urbanisierung und Wohnraumversorgung, in der 20. Legislaturperiode des Bundestags, initiiert. Jedoch hat sich seit dessen Gründung eine signifikante Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau gezeigt. So wurde das Ziel des BMWSB, unter Leitung von Klara Geywitz, 400.000 neue Wohnungen zu bauen, krachend verfehlt. So wurden 2023 lediglich 295.000 Wohnungen fertiggestellt. Laut einer Prognose des ifo-Instituts soll dieser Wert bis 2026 noch weiter sinken; auf nur 175.000 Wohnungen. Die Maßnahmen des BMWSB haben bürokratische Prozesse eher verschärft als optimiert, was die Planung und Realisierung von Bauprojekten verlangsamt und die Transaktionskosten erhöht hat. So ist die Wertschöpfung des Baugewerbes seit 2021 um real 15 Prozent gesunken. Auch die Zahl der Baugenehmigungen weist seit dutzenden Monaten ein Minus auf.

Die Lebensqualität der Bürger hängt stark von der Verfügbarkeit von Wohnraum ab. Daher müssen wir eine klare, evidenzbasierte Position zur Lösung dieser Probleme beziehen, um ein Zeichen für eine effiziente und bürgernahe Wohnungspolitik zu setzen.

Antrag 506: Für ein faires Miteinander: Mieterschutz durch Informationen!

Antragsteller*in:	Alexander Keller
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen mögen beschließen:
- 2 Die Jungen Liberalen sprechen sich nachdrücklich dafür aus, dass zu jedem Mietvertrag
- 3 ein durch das
- 4 Land standardisiertes Informationsblatt beigefügt wird. Diese Maßnahme soll
- 5 sicherstellen, dass
- 6 Mieter umfassend über ihre Rechte aber auch ihre Pflichten besser informiert sind.

Begründung

Begründung:

Die Jungen Liberalen setzen sich für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rechten der Mieter und den Interessen der Vermieter ein. In diesem Geiste fordern wir eine Neuregelung, die sicherstellt, dass Mieter bei Vertragsabschluss ausreichend informiert werden und die Möglichkeit haben, sich einfacher rechtlich abzusichern.

Mieter sehen sich häufig mit komplexen rechtlichen Fragen und Herausforderung konfrontiert, sei es beim Kündigungsschutz oder der Mietminderung bei Mängeln. Ein Informationsblatt, das die wichtigsten Mieterschutzvorschriften erläutert, kann dazu beitragen, Missverständnisse zu vermeiden und die Rechte der Mieter besser zu erläutern. Indem Mieter ihre Rechte und Pflichten kennen und Zugang zu rechtlicher Unterstützung haben, können sie sich besser gegen unzumutbare Lebensverhältnisse und willkürliche Handlungen von Vermietern wehren.

Dieser Ansatz spiegelt die liberale Idee wider, dass Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen müssen. Es geht nicht darum, die Rechte der Vermieter weiter einzuschränken, sondern darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem die Rechte der Mieter gewahrt und ihre Interessen geschützt werden.

Antrag 507: A5 ausbauen, Region stärken

Antragsteller*in:	Paul Weiske
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen setzen sich dafür ein, den geplanten 10-streifigen Ausbau
- 2 der A5 zwischen Friedberg und Frankfurter Kreuz zügig umzusetzen.
- 3 Um keinen neuen Engpass zu schaffen und Südhessen noch besser in die Metropolregion
- 4 Rhein-Main einzubinden, fordern wir ebenso, die A5 zwischen Kreuz Darmstadt und Kreuz
- 5 Weinheim 6-streifig auszubauen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 601: Eine liberale Vision des Internets

Antragsteller*in:	Julius Ulowetz, Ajeet Ahmad
Sachgebiet:	6 - Digitalisierung

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Öffentliche Daten nützen, Private Daten schützen

2 Für uns ist klar, dass freier und selbstbestimmter Zugang zu Informationen im
3 Internet gewährleistet sein muss. Grundlage dafür ist die Netzneutralität. Ebenso
4 lehnen wir Netzsperrern ab.

5 Wir fordern, dass Algorithmen, die darüber entscheiden, welche Inhalte einem Nutzer
6 angezeigt werden, in Ihrer Funktionsweise offengelegt werden müssen. Des Weiteren
7 fordern wir die Begrenzung des Anteils an Inhalten, die ein Dienst aufgrund von
8 vorherig gesuchten Inhalten vorschlagen darf.

9 Jeder muss die Kontrolle darüber haben, welche Daten er preisgibt, sowohl gegen über
10 Privatunternehmen, als auch gegenüber dem Staat. Hier bekennen wir uns klar zu den
11 Grundsätzen der DSGVO. Wir setzen uns gegen jede Form der Massenüberwachung im
12 Internet ein, das bedeutet auf der einen Seite, dass wir staatliche Maßnahmen, wie
13 Vorratsdatenspeicherung oder Überwachung privater Kommunikation, aufs schärfste
14 ablehnen. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch Überwachung durch
15 Privatunternehmen als gefährlich an. Im Verhältnis zu Privatunternehmen muss es jedem
16 Kunden möglich sein nachzuvollziehen wie die eigenen Daten verarbeitet werden und
17 seine Rechte effektiv durchzusetzen. Deshalb setzen wir uns für ein vollständiges
18 Verbot von seitenübergreifendem Tracking und Targeted Advertising ein.

19 Dezentrales Internet

20 Wir wollen ein dezentrales und nicht staatlich organisiertes Internet. Der Staat soll
21 mit seinen Diensten wie jeder andere nur Teilnehmer im Internet sein. Die
22 Infrastruktur soll von den Netzbetreibern bis zu Internetknotenpunkten komplett in
23 privater Hand sein. Auch aus der softwareseitigen Umsetzung des Internets soll sich
24 der Staat heraushalten. So lehnen wir z.B. das Aufzwingen von staatlichen TSL-
25 Zertifikaten ab - Protokolle, Standardisierungen und Normen sollen
26 zivilgesellschaftlich organisiert sein. Staatliche Vorgaben können, z.B. im Bereich
27 der kritischen Infrastruktur, angemessen sein, diese dürfen sich jedoch nur auf das
28 gewünschte Ziel beziehen, und keine konkrete technische Umsetzung vorschreiben. Dabei
29 müssen staatliche Vorgaben sich immer am technisch möglichen und sinnvollen
30 orientieren. Um Strafrecht im Internet durchzusetzen benötigt es zielgerichteter
31 Arbeit der Ermittlungsbehörden und Justiz gegen Kriminelle. Flächendeckende
32 Maßnahmen, wie Überwachung treffen immer den unschuldigen Bürger und nur seltenst
33 Kriminelle.

34

35 Urheberrecht in Zeiten des Internets

36 Wir fordern ein europaweites Recht auf Privatkopie und ein Fair-Use Prinzip nach US-
37 amerikanischem Vorbild. Nicht kommerzielles Filesharing wollen wir legalisieren. Das
38 Urheberrecht an einem Werk soll bereits 30 Jahre nach dem Tod des Urhebers erlöschen.

39 Künstler sollen über eine ausgeweitete Vergütungspflicht entschädigt werden. Anders
40 als bisher sollen nicht nur auf den Kauf von Geräten zur Vervielfältigung eine
41 Entschädigungszahlung anfallen, sondern auch auf das Zurverfügungstellen von privaten
42 Cloudspeichern. Zusätzlich soll für die Zurverfügungstellung eines privaten
43 Internetanschlusses eine geringe Entschädigungssumme fällig werden. Automatisierte
44 Maßnahmen zur Erkennung von Urheberrechtsverletzungen im Internet lehnen wir ab.

45 Verantwortungsvolles Internet

46 Wer gewerblich Hard- oder Software auf den Markt bringt und dabei grob fahrlässig
47 oder wissentlich Sicherheitslücken offen lässt, soll für die entstehenden Schäden
48 haften. Genau so soll haften, wer es unterlässt ein noch von Gewährleistungspflichten
49 gedecktes Produkt, oder grundsätzlich noch unterstütztes Produkt, nach bekanntwerden
50 einer Sicherheitslücke angemessen schnell zu patchen.

51 Wir fordern die Abschaffung des Hackparagrafen §202c StGB, §202a soll dahingehend
52 abgeändert werden, dass nur der sich strafbar macht, der mit der Absicht handelt
53 anderen Schaden zuzufügen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 701: Fortschritt für unsere Sicherheit

Antragsteller*in:	KV Rheingau-Taunus
Sachgebiet:	7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen liberalen Hessen mögen beschließen,
- 2 Dass dem Bundesnachrichtendienst (BND) im Bereich der Cyber-Abwehr mehr Priorität
- 3 zugesprochen wird. Das Abwehren von digitalen Angriffen auf bestimmte Systeme und
- 4 kritische Infrastruktur gehört zu den zentralen Aufgaben des BND und muss weiter
- 5 gestärkt und modernisiert werden. Dafür sollen mehr KI-Systeme eingesetzt werden, die
- 6 Sicherheitslücken und Cyberangriffe schnell und effektiv erkennen und forensisch
- 7 aufarbeiten.
- 8 Die Förderung von Cybersicherheitsgesetzen, wie z. B. einer Befugnis zur aktiven
- 9 Cyber-Abwehr auf Bundesebene, schafft Rahmenbedingungen, die eine schnelle Reaktion
- 10 auf Cyberangriffe und eine bessere Kooperation beim Austausch von Daten zwischen den
- 11 Sicherheitsbehörden erleichtert.

Begründung

Begründung: erfolgt mündlich

Antrag 702: Schengen nicht auf dem Altar der angeblichen Sicherheit opfern - für eine Migrationspolitik ohne Gängelung der EU-Bürger

Antragsteller*in:	Justus Lieb, BV Kurhessen
Sachgebiet:	7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 In letzter Zeit werden immer mehr Stimmen laut, man müsse die Binnengrenzen schließen
2 um „wieder“ für mehr Sicherheit in Deutschland zu sorgen. Diese Aussagen kommen
3 längst nicht mehr nur von Rechtsaußen sondern auch von Parteifunktionären und
4 Mandatsträgern. Solche Angriffe auf die europäische Reisefreiheit sind für uns nicht
5 länger hinnehmbar. Stattdessen fordern wir:

6

7 1. Asylanträge schon außerhalb der EU prüfen

8 Asylanträge sollten künftig auch in Zentren außerhalb der EU geprüft werden können.
9 Hierzu soll die EU Zentren in nordafrikanischen Ländern errichten, wo Asylanträge
10 gestellt und geprüft werden und Menschen auf sicherem Wege in die EU gebracht werden
11 können, anstatt sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer machen zu müssen.
12 Wird ein Asylantrag abgelehnt sollen dem Antragsteller ein Antrag auf ein Visum und
13 ein Antrag auf eine Arbeitserlaubnis (sofern kein Gefährdungspotenzial ersichtlich
14 ist) ausgestellt werden, um einen legalen Weg der Einreise zu gewährleisten und einen
15 direkten Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Um diesen Zugang noch weiter zu
16 vereinfachen, sollen die Zentren auch Sprachkurse bereitstellen, damit eine
17 schnellstmögliche Integration stattfinden kann.

18

19 2. Verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden

20 Gefährder und ausländische Kriminelle sollen europaweit einfacher verfolgt werden
21 können. Zu diesem Zweck sollen die nationalen Polizeibehörden einen Teil ihrer
22 Polizisten unter Europol Kommando stellen. Somit können Kriminelle auch über
23 Binnengrenzen hinweg verfolgt und festgesetzt werden.

24

25 3. Fluchtursachen wirksam bekämpfen

26 Das Problem der illegalen Migration werden wir nur lösen, wenn wir Fluchtursachen
27 langfristig und wirksam bekämpfen. Dazu gehört auch die Zustände vor Ort langfristig
28 zum Besseren für die Menschen zu verändern. Ein wichtiges Werkzeug hierzu ist die
29 deutsche und europäische Entwicklungshilfe.

30

31 4. Binnengrenzen offen halten

32 Die Reisefreiheit in Europa ist ein hohes Gut. Das Schengener Abkommen ist in seiner
33 Form einzigartig auf der Welt und leuchtendes Beispiel für Völkerfreundschaft.
34 Grenzsicherungen lehnen wir in jeder Form ab. Ausnahmen sollen nur in absoluten

35 Extremfällen wie Kriegen oder akuter Terrorgefahr möglich sein.

36

37 Die aktuelle Debatte über Grenzschießungen besorgt uns zutiefst. Als Liberale setzen
38 wir uns für die Reisefreiheit ein und fordern daher die Ampelregierung auf, mit den
39 Errungenschaften der EU und dem Schengener Abkommen nicht leichtfertig umzugehen und
40 eine Migrationspolitik zu fahren, welche die europäische Sicherheit gewährleistet und
41 gleichzeitig die Bürger der EU nicht in ihrer Freiheit einschränkt.

42

43

44

45

46

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 703: Gesetzesvorrang ist keine unverbindliche Handlungsempfehlung - Asylrecht in Deutschland und Europa schützen.

Antragsteller*in:	Justus Lieb
Sachgebiet:	7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Am 12.10.2024 hat der polnische Ministerpräsident Donald Tusk angekündigt das
2 nationale Asylrecht auszusetzen um die irreguläre Migration nach Polen zu reduzieren.
3 Abgesehen von dem Fakt, dass man damit die Zahlen der irregulären Migration nur
4 erhöht, da man Flüchtlinge mit Anspruch auf Asyl einfach für illegal erklärt ist,
5 verstößt dies gegen die Grundwerte der Europäischen Union. In Artikel 18 der EU-
6 Charta ist das Recht auf Asyl festgelegt, etwas woran sich jeder Mitgliedsstaat der
7 Europäischen Union aufgrund des Gesetzesvorrangs der EU zu halten hat. Wir Jungen
8 Liberalen Hessen fordern daher:

9

10 • Das individuelle Recht auf Asyl ist für uns unantastbar. Wir haben als eines der
11 einflussreichsten Länder der Europäischen Union eine hohe Verantwortung. Der
12 Wahn nach vermeintlicher Sicherheit darf nicht das größte Freiheitsprojekt des
13 Kontinents gefährden.

14

15 • Vorschläge die nicht mit dem EU-Recht vereinbar sind, gehören konsequent
16 abgelehnt. Nationale Alleingänge in Europa dürfen sich nicht lohnen. Staaten
17 welche sich nicht an europäische Abkommen halten müssen mit Maßnahmen der EU
18 rechnen.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 704: Europa stärken: Solidarität mit Georgien!

Antragsteller*in:	David Vinu
Sachgebiet:	7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1 Am 26.10 findet in Georgien die Parlamentswahl statt. Was zunächst unbeachtlich
2 klingt, ist auf den zweiten Blick ein wahres Schicksalsereignis für das kaukasische
3 Land. Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine beantragte
4 Georgien den Beitritt zur Europäischen Union und ist seit dem 14. Dezember 2023
5 offizieller Beitrittskandidat. Dieser 14. Dezember war für die in überwältigender
6 Mehrheit proeuropäisch eingestellte georgische Bevölkerung ein wahrer Festtag. Das
7 kulturell schon immer zu Europa gehörende Land konnte nun nach zweihundertjähriger
8 Besatzung durch Russland endlich den ersten Schritt auf dem Weg zur
9 Vollmitgliedschaft in der europäischen Völkerfamilie tun. Der Traum eines Landes
10 schien Wirklichkeit zu werden. Doch dies entsprach nicht dem Willen der
11 Regierungspartei in Georgien (Georgischer Traum). Zwar hatte die Partei 2022 den
12 Aufnahmeantrag gestellt, doch vollzog sie unter dem Einfluss ihrer grauen Eminenz,
13 dem skrupellosen und undurchsichtigen Oligarch Bidsina Iwanischwili, eine Kehrtwende.
14 Iwanischwili, der seinen Reichtum in den 90er Jahren unter dubiosen Umständen in
15 Russland erwarb, wünschte sich eine moskautreue und autoritäre Ausrichtung seines
16 Landes. Also setzte er mit seinen Lakaien im Parlament ein Gesetz gegen die
17 Einflussnahme von angeblichen „ausländischen Agenten“ durch, ganz nach dem Vorbild
18 des gleichnamigen Gesetzes in Putins Russland. Dies geschah auch gegen den Widerstand
19 der Zivilgesellschaft und gegen das Veto von Präsidentin Surabischwili.
20 Parlamentarier der Regierungsfraktion verunglimpfen ihre Gegner aufs Schärfste, teils
21 mit vulgärsten Beleidigungen gegen Parlamentarierinnen der Opposition. Am Versuch des
22 autoritären Staatsumbaus besteht laut Experten kein Zweifel mehr.

23 Der EU-Beitrittsprozess wurde nach der Verabschiedung des Gesetzes über ausländische
24 Agenten eingefroren. Eine Wiederaufnahme ist nur bei der Rücknahme des Gesetzes
25 realistisch. Dies wird aber mit dem Georgischen Traum kaum möglich sein. Mehrere
26 Experten warnen vor möglichem Wahlbetrug, die Regierungspartei betreibt im Wahlkampf
27 die maximale Zuspitzung und stellt sich als einzige Alternative zu Krieg und Chaos
28 da. Dem Willen des georgischen Volkes wird sich der georgische Traum aber langfristig
29 beugen müssen, denn die Idee von Europa, die Idee der Freiheit, die Idee der
30 liberalen Demokratie bleibt weiterhin Fixstern der Georgier.

31 Deshalb erklären die Jungen Liberalen Hessen ihre uneingeschränkte Solidarität mit
32 all jenen, die in Georgien für Demokratie, Menschenrechte und die europäische
33 Integration ihres Landes kämpfen. Des Weiteren fordern die Jungen Liberalen Hessen
34 die FDP im Bundestag und die FDP-Vertreter im Europaparlament dazu auf, sich für die
35 gerechte Sache des georgischen Volkes auf jeder Ebene einzusetzen und der georgischen
36 Demokratiebewegung auch in Deutschland zu der Plattform zu verhelfen, die sie
37 verdient.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 705: Grundausbildung für alle: Zeit für ne Zeitenwende

Antragsteller*in:	Luca Schirmer
Sachgebiet:	7 - Internationales, Europa & Sicherheit

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 In Deutschland durchlaufen nur wenige Bürger die Grundausbildung. Dies ist ein
- 2 Problem in Zeiten der Zeitenwende.
- 3 Wir Jungen Liberalen Hessen stehen für ein wehrfähiges Deutschland. Deswegen fordern
- 4 wir eine Reform der militärischen Ausbildungsmöglichkeiten. Neben der Möglichkeit
- 5 eines bereits existierenden freiwilligen Wehrdienstes von mindestens 7 Monaten soll
- 6 es auch die Option eines freiwilligen Wehrdienstes von 3 Monaten geben, damit es
- 7 jedem Abiturienten möglich ist, zwischen Abitur und Studium seine Grundausbildung zu
- 8 absolvieren. Diese Möglichkeit sollte nicht nur für Abiturienten bestehen, deswegen
- 9 fordern wir die Bundeswehr für 16-Jährige zu öffnen - sofern die Bundeswehr von der
- 10 körperlichen und geistigen Reife überzeugt ist - um jungen Leuten die Möglichkeit zu
- 11 geben, nach dem Abschluss der 10. Klasse ihre Bundeswehrlaufbahn zu beginnen.
- 12 Die Verpflichtung zu Einsätzen soll erst mit der Volljährigkeit möglich sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 801: Lichter aus, Ampel: Zurück zu liberalen Werten

Antragsteller*in:	RV Kassel
Sachgebiet:	8 - Internes

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Einführung: Die sogenannte Ampel-Koalition als selbsternannte „Fortschrittskoalition“
2 hat in den bisherigen drei Jahren der andauernden Legislaturperiode sowohl für die
3 Regierungspartei FDP als auch für die Bundesrepublik Deutschland gravierende,
4 negative Folgen.
- 5 Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Ende letzten Jahres, das
6 die von Scholz entworfene Haushaltspraxis des Umwidmens von Mitteln für
7 verfassungswidrig erklärte, hat die Ampel-Koalition ihre Existenzgrundlage verloren.
8 Der gesamte Koalitionsvertrag bzw. die Finanzierung der beschlossenen Projekte
9 beruhte vor dem Urteil auf der Praxis, die im damals von Scholz geleiteten
10 Bundesfinanzministeriums entworfen wurde.
- 11 Neben der Haushaltspolitik fällt auch die bisherige Bilanz der Sozial- und
12 Rentenpolitik aus liberaler Sicht äußerst negativ aus. Die massive Erhöhung des
13 Bürgergeldes im letzten Jahr konterkariert das Lohnabstandsgebot, während die
14 Rentenpolitik einseitig junge Generationen belastet.
- 15 Im Bereich der Wirtschaftspolitik lässt sich eine Verlagerung der Industrie ins
16 Ausland verzeichnen. Neben der viel zu hohen bürokratischen Hürden ist dies auch in
17 den gestiegenen Energiepreisen begründet. Das grün-geführte Wirtschaftsministerium
18 hat jedoch seine ideologiegetriebene Energiepolitik fortgesetzt und ist, für den
19 Großteil der Bevölkerung angesichts der Lage völlig unverständlich, aus der
20 Kernenergie ausgestiegen. Das Gebäudeenergiegesetz hat des Weiteren für großen Unmut
21 unter der Bevölkerung, insbesondere unter Eigenheimbesitzern, ausgelöst. Darüber
22 hinaus verhindern Grüne und Teile der SPD eine von der FDP geforderte Migrationswende
23 mit Ordnung und Kontrolle in der Einwanderungspolitik.
- 24 Die aufgeführten Punkte zeigen beispielhaft, dass die FDP in der Koalition massiv an
25 Profil verliert und sich ihre für das Land dringend notwendige Maßnahmen wie die
26 geforderte Wirtschaftswende oder Forderungen in der Migrationspolitik mit SPD und
27 Grünen nicht umsetzen lassen. Eine Rückbesinnung auf liberale Werte ist also nur
28 außerhalb der Ampel möglich. Daher sprechen wir uns für eine Aufkündigung des
29 Koalitionsvertrages bzw. eine Beendigung der Beteiligung an der Bundesregierung mit
30 sofortiger Wirkung aus.

Begründung

Neben den in der Einführung erwähnten, inhaltlichen Kritikpunkten an der Bundesregierung lässt sich darüber hinaus feststellen, dass sich die Freien Demokraten in einer existenzbedrohenden Krise befinden.

Die amtierende Bundesregierung ist mit lediglich 16 Prozent Zufriedenheitswert die unbeliebteste Bundesregierung seit Beginn der Datenerhebung. Bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland kamen die Parteien der Ampel-Koalition teilweise nur auf insgesamt 10 Prozent, die FDP lag in allen drei Bundesländern kaum messbar bei unter einem Prozentpunkt. Somit leiden die Freien Demokraten, die auf Bundesebene die rot-grüne Politik mittragen, bei Landtagswahlergebnissen besonders unter der

Regierungsbeteiligung im Bund. Angesichts der Tatsache, dass die FDP seit Eintritt in die Koalition zwei Drittel ihrer Wählerschaft verloren hat, besteht akuter Handlungsbedarf seitens des FDP-Bundesvorstands. Da inhaltliche Lösungen mit SPD und Grünen nicht mehr gefunden werden werden können, sollte die FDP den spätmöglichen Zeitpunkt, diesen Winter, nutzen, um an inhaltlichen Aspekten wie der Wirtschaftspolitik festgemacht, die Ampel zu verlassen.

Antrag 802: Grundsatzprogramm Junge Liberale Hessen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Sachgebiet:	8 - Internes

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1

I

2

Freiheit bleibt unser Ideal

3 Für uns Junge Liberale in Hessen ist der Liberalismus weit mehr als nur eine
4 politische Überzeugung; er ist ein Lebensgefühl und eine Lebenseinstellung, die auf
5 Freiheit, Toleranz und Mitmenschlichkeit basiert. Diese Werte prägen unser Handeln
6 und unsere Vision einer gerechten und offenen Gesellschaft.

7 Für uns steht stets der einzelne Mensch im Mittelpunkt unserer politischen
8 Überlegungen. Wir glauben fest daran, dass jeder Einzelne die Möglichkeit und das
9 Recht hat, sein Leben selbst zu gestalten und nach seinem Glück zu streben. Dabei ist
10 es uns wichtig, dass die individuelle Freiheit immer im Einklang mit der
11 Verantwortung für die Gesellschaft steht.

12 Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Vielfalt und Individualität geschätzt
13 werden, in der jeder Mensch die gleichen Chancen hat und in der das Wohl der
14 Gesellschaft stets im Vordergrund steht. Nur durch gegenseitigen Respekt und das
15 Engagement jedes Einzelnen kann eine liberale und zukunftsfähige Gesellschaft
16 entstehen.

17 Die Jungen Liberalen in Hessen setzen sich dafür ein, dass diese Werte und
18 Überzeugungen in der politischen Praxis verankert werden.

19 Wir kämpfen für eine Politik, die dem Menschen dient und die Freiheitsrechte schützt.
20 Unser Ziel ist, eine starke und lebendige Demokratie, in der jeder seine Stimme
21 erheben und seine Träume verwirklichen kann.

22

23

II

24

Liberalismus: Ursprung der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung

25 Wann immer sich eine Gesellschaft für eine freiheitliche demokratische Grundordnung
26 entscheidet, wird die Freiheit des Einzelnen zur treibenden Kraft für Fortschritt,
27 Gemeinwohl und eine bessere Zukunft. Wir Junge Liberale Hessen stehen zu unserer
28 freiheitlich demokratischen Grundordnung, die die persönliche Entfaltung und das
29 Streben nach einer besseren Zukunft ermöglicht. Jedem Angriff gegen diese Werte muss
30 sich ein starker Rechtsstaat entgegenstellen.

31 Allen Ängsten vor der Zukunft, Rückschrittsgedanken und einer modernen Gesellschaft
32 zum Trotz setzen wir unser Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, innerhalb eines
33 freiheitlichen Rahmens eine friedliche, freie und gerechte Welt zu gestalten. Wer das
34 Vertrauen in den mündigen Menschen verliert, verliert auch die Freiheit.

35 Die Zukunft gestalten die Menschen, nicht der Staat. Die Demokratie ermöglicht die
36 Kontrolle der Bevölkerung über den Staat und gibt ihr die Macht Kurswechsel
37 einzuleiten. Deswegen ist die Demokratie unsere beste Waffe gegen Freiheits- und
38 Menschenfeinde. Jeder Feind der Demokratie ist ein Feind der Freiheit. Die Demokratie

39 zu stärken und zu fördern ist für uns Junge Liberale von besonderer Bedeutung, denn
40 nur in einer Demokratie ist eine Zukunft in Freiheit möglich.

41

42

III

43

Ein schlanker Staat & eine starke Wirtschaft

44 Durch den freien Wettbewerb können sich die Talente und Fähigkeiten jedes Einzelnen
45 optimal entfalten. In einem Umfeld, in dem Kreativität und unternehmerisches Denken
46 gefördert werden, entstehen die besten Lösungen für die Herausforderungen unserer
47 Zeit.

48 Der Staat sollte sich dabei auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren. Dazu
49 gehört es, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der die Freiheit und Sicherheit
50 aller Bürger gewährleistet. Regulierung ist nur dann sinnvoll, wenn sie dazu dient,
51 die Freiheit des Einzelnen zu schützen und zu fördern. Dies ist beispielsweise der
52 Fall, wenn monopolistische Strukturen oder unfaire Praktiken entstehen, die den
53 freien Wettbewerb behindern.

54 Unser Ziel ist es, eine Gesellschaft zu schaffen, in der jeder die Möglichkeit hat,
55 seine Potenziale voll auszuschöpfen und, in dem wirtschaftlicher Erfolg nicht durch
56 bürokratische Hürden oder unnötige Regulierungen eingeschränkt wird. Die ordoliberalere
57 Soziale Marktwirtschaft fördert nicht nur individuelle Freiheit und
58 Selbstverwirklichung, sondern stärkt auch das Gemeinwohl und führt zu einer
59 wohlhabenden und gerechten Gesellschaft.

60 Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die auf Vertrauen und
61 Selbstverantwortung der Bürger baut und den Staat als Nachtwächter sieht. Sowohl
62 Staatseinnahmen durch Steuern als auch Staatsausgaben sind Freiheitseinschränkung,
63 deswegen muss der Staat sich finanziell zurückhalten. Nur so können wir
64 sicherstellen, dass Freiheit und Wohlstand Hand in Hand gehen.

65 An den wenigen Stellen, an denen der Staat in Gesellschaft und Wirtschaft eingreift,
66 müssen die Interaktionen reibungslos und vollständig digital möglich sein. Denn
67 weniger Zeit für Bürokratie mit Technologien aus der Vergangenheit heißt mehr Zeit
68 für Fortschritt.

69

70

IV

71

Minderheitenschutz ist Gesellschaftsschutz

72 Ein essenzieller Bestandteil unserer Staatsordnung ist der Schutz von
73 Meinungsfreiheit und Menschen, die sich in der Minderheit wiederfinden. Wir setzen
74 uns dafür ein, dass jede Stimme Gehör findet und jede Perspektive respektiert wird.
75 Minderheitenschutz ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein
76 Fundament unserer demokratischen Werte. Nur in einer Gesellschaft, in der Vielfalt
77 und Unterschiedlichkeit als Bereicherung angesehen werden, kann echte Freiheit
78 existieren.

79 Durch den Schutz der Rechte von Minderheiten und die Förderung ihrer Teilhabe stärken
80 wir den sozialen Zusammenhalt und verhindern Ausgrenzung und Diskriminierung. Dies
81 trägt dazu bei, die Würde jedes einzelnen Menschen zu wahren und eine inklusive
82 Gesellschaft zu schaffen, in der sich jeder entfalten kann.

83 Unsere Freiheitsordnung bietet den Rahmen, in dem individuelle Freiheit und
84 gemeinschaftlicher Zusammenhalt Hand in Hand gehen können. So schaffen wir die
85 Voraussetzungen für ein friedliches, freies und gerechtes Zusammenleben, in dem die
86 Würde jedes Einzelnen geschützt und geachtet wird.

87 Wir in Hessen wollen allen Demokraten, die mitanpacken wollen, eine Heimat bieten.
88 Auch dann, wenn sie nicht das Glück hatten in Hessen geboren worden zu sein und
89 erstrecht dann, wenn sie in ihrem Ursprungsland Diskriminierung oder Verfolgung
90 fürchten müssen.

91 Wer allerdings unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt oder sich
92 weigert hier mit allen Rechten und Pflichten Teil unserer Gesellschaft zu werden, hat
93 in Hessen keine Heimat.

94

95

V

96

Lehren aus unserer Geschichte: Würde & Freiheit

97 Aus der Geschichte zu lernen, heißt für uns nicht Angst vor der Zukunft zu haben. Aus
98 Deutschland heraus hat völkischer Kollektivismus beiseitschenden Schaden über die Welt
99 gebracht. Die Weltgemeinschaft der Völker hat uns danach eine neue Chance gegeben.
100 Diese müssen wir nutzen. Nicht mit Hass und Ressentiments, sondern im gemeinsamen
101 Miteinander und durch die Schaffenskraft jedes Einzelnen bauen wir eine erfolgreiche
102 Zukunft für die nächsten Generationen. Dabei darf nur die Leistung und die Motivation
103 des Einzelnen zählen.

104 Für uns heißt aus der Geschichte lernen auch, dass wir für die Sicherheit und das
105 Existenzrecht Israels als einziger jüdischer und demokratischer Staat stehen. Dies
106 ist für uns eine grundlegende Staatsräson und ein zentraler Pfeiler unserer liberalen
107 Außen- und Sicherheitspolitik. Wir stehen an der Seite aller Jüdinnen und Juden, die
108 in unserem Land unter weiterhin präsenten Antisemitismus leiden. Grundsätzlich gilt:
109 Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Gewalt und Ausgrenzung haben in einer liberalen
110 Gesellschaft keinen Platz.

111 Aus der Geschichte haben wir Liberale gelernt: Unverzichtbar ist für uns ein
112 umfassender Grundrechtsschutz, insbesondere der Presse-, Meinungs- und
113 Versammlungsfreiheit. Es kann für Liberale keinen Grund geben, diese Grundrechte
114 einschränken zu wollen, denn kein Zweck kann solche Mittel heiligen.

115 Aus der deutschen Geschichte lernen heißt auch zu lernen, dass Frieden und
116 Kooperation mit unseren Nachbarn ein Grundpfeiler des Liberalismus ist. Eine klare
117 Westbindung und die Europäische Union sind genau diese Lehre, ein einmaliges
118 Friedensprojekt. Ein Friedensprojekt, das Krieg zwischen vermeintlichen Erbfeinden
119 durch Handel und Kooperation ersetzt hat.

120 Wir Junge Liberale bekennen uns zur Europäischen Union und zur weiteren europäischen
121 Integration. Um die große Errungenschaft des Schengenraums zu bewahren, unterstützen
122 wir eine gemeinsame Sicherung der Außengrenzen.

123 Wir wollen die EU zu einem weltweit einmaligen Freiheitsprojekt machen.
124 Deswegen setzen wir auch auf europäischer Ebene auf Marktwirtschaft,
125 Technologieoffenheit und Bürokratieabbau.

126

127

VI

128

Privatsphäre muss privat bleiben

129 Der Erhalt der Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind
130 grundlegende Voraussetzungen für einen freien demokratischen Staat geworden. In einem
131 liberalen Rechtsstaat schützt der Rechtsstaat vor staatlicher Übergriffigkeit und
132 gewährleistet die Sicherheit für die freie Entfaltung jedes Bürgers. Die menschliche
133 Würde verpflichtet sowohl den Staat als auch jeden Einzelnen zur Unantastbarkeit des
134 Intimen und Privaten. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung muss vor staatlichen
135 Eingriffen geschützt bleiben.

136 Im Kontext des Internets ist es besonders wichtig, dass selbstbestimmte Menschen
137 eigenständig entscheiden können, welche Aspekte ihrer privaten Lebensgestaltung sie
138 vor fremden Augen und Ohren schützen möchten und welche nicht. Der Schutz der
139 Privatsphäre im digitalen Raum erfordert daher klare Regelungen, die den neuen
140 Herausforderungen gerecht werden.

141 Die Grundrechte sind Abwehrrechte, die auch im digitalen Raum nicht nur gegenüber
142 staatlichem Handeln gelten. Der Schutz der Privatsphäre im Internet und das Recht auf
143 informationelle Selbstbestimmung sind unverzichtbar, um die Freiheit und Würde jedes
144 Einzelnen zu gewährleisten.

145 Alle Gesetze und Maßnahmen, die die Unverletzlichkeit der Wohnung oder private
146 Kommunikation per Brief, E-Mail oder Chats ohne starken Rechtsschutz einschränken
147 lehnen wir genauso entschieden ab wie unnötige Datenerhebungen über unbescholtene
148 Bürgerinnen und Bürger.

149

150

VII

151

Eine Umwelt, die auch Zukunft garantiert

152 Eine aktive Klimaschutzpolitik ist Grundlage für eine langfristig stabile
153 wirtschaftliche und ökologische Entwicklung und fördert das Wachstum nachhaltig. In
154 einer globalisierten Welt, in der wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen
155 immer enger miteinander verknüpft sind, ist eine solche Politik nicht nur
156 wünschenswert, sondern unerlässlich.

157 Angesichts begrenzter Ressourcen und unsicherer politischer Rahmenbedingungen müssen
158 wir unsere Energieversorgung zukunftsorientiert, klimafreundlich und
159 ressourcenschonend gestalten. Dabei gilt es, nicht nur die Versorgungssicherheit zu
160 gewährleisten, sondern auch die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu beenden
161 und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft zu stärken.

162 Langfristig setzen wir Junge Liberale auf klimafreundliche Energien und sind dabei
163 offen für alle Technologien, die zur Lösung dieser globalen Herausforderung beitragen
164 können. Neue Technologien und Ansätze, dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen
165 werden. Stattdessen soll das tatsächliche Schädigen der Umwelt einen Preis bekommen
166 und damit ein marktwirtschaftlicher Anreiz zum Umwelt- und Klimaschutz bestehen.

167 Wir Junge Liberale bekennen uns zur Verantwortung für den Klimaschutz und engagieren
168 uns für eine nachhaltige Entwicklung. Wir sehen es als unsere Pflicht an, auch
169 zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt und stabile wirtschaftliche
170 Verhältnisse zu hinterlassen.

171 Landwirte leisten schon heute einen wesentlichen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt.
172 Wir wollen es ihnen ermöglichen ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen unabhängig
173 von staatlichen Subventionen. Dafür wollen wir planwirtschaftliche Vorgaben und
174 Subventionen im Agrarsektor durch marktwirtschaftliche Anreize für den Umweltschutz
175 ersetzen und Regularien abbauen, die unsere Lebensmittelversorgung erschweren und
176 Landwirte im internationalen Wettbewerb benachteiligen.

177

178

VIII

179

Raus aus der Kreidezeit: Moderne Bildung für moderne Chancen

180 Für uns Junge Liberale steht die Bildung jedes Einzelnen im Mittelpunkt unserer
181 politischen Bestrebungen. Wir betrachten Ausgaben für die Erziehung und Ausbildung
182 von Kindern und Jugendlichen als entscheidende Investitionen in die Zukunft unseres
183 Landes, die langfristig einen mehrfachen Nutzen bringen. Lernen verstehen wir als
184 einen lebenslangen Prozess, dessen Grundlagen frühzeitig und sorgfältig gelegt werden
185 müssen.

186 Unser Ziel ist dabei die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, die der Staat
187 sicherstellen muss, denn nur wer auf sein Wissen und seine Fähigkeiten vertrauen
188 kann, ist in der Lage, sich als mündiger Bürger aktiv in die Gesellschaft
189 einzubringen.

190 Eine vielfältige Bildungslandschaft, in der sowohl private als auch öffentliche
191 Einrichtungen auf einem durchweg hohen Niveau agieren, sehen wir als den besten
192 liberalen Weg an, um dieses Ziel zu erreichen. Investitionen in Bildung sind nicht
193 nur Investitionen in die Gerechtigkeit, sondern auch in den Wohlstand unserer Kultur-
194 und Technologienation. Für uns Junge Liberale ist der gleichberechtigte Zugang zu
195 einer individuell angemessenen Bildung ein grundlegender Bestandteil des
196 Gesellschafts- und Generationenvertrages.

197 Besonders Menschen, welche aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt sind,
198 möchten wir gezielt fördern und stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass ihnen die
199 notwendigen Ressourcen und Unterstützungen zur Verfügung stehen, um ihre
200 Bildungschancen deutlich zu erhöhen und dem Aufstiegsversprechen gerecht zu werden

201 Der gesellschaftliche Wandel wird die zentrale Bedeutung von Bildung für die
202 Lebenschancen des Einzelnen in Zukunft noch weiter verstärken. Gleichzeitig wird
203 auch der Einfluss von Wissen und Forschung auf den Wohlstand unserer Gesellschaft
204 weiterhin zunehmen. Eine lernende liberale Gesellschaft zeichnet sich durch
205 Neugierde, Experimentierfreude, Innovationen und lebenslange Weiterbildung aus. Dafür
206 brauchen wir ein durchlässiges Bildungssystem und starke, moderne und gut
207 ausgestattete sowie eigenverantwortliche Schulen.

208 Der hohe Stellenwert der Bildung muss sich auch in einer größeren gesellschaftlichen
209 Wertschätzung für alle Lehrenden und Lernenden – sei es in Kindertagesstätten,
210 Schulen, der beruflichen Bildung oder an Hochschulen – widerspiegeln.

211

212

IX

213

Wissenschaft- und Innovation als Grundlage unseres Erfolgs

214 Für uns Junge Liberale Hessen sind Wissenschafts- und Forschungsfreiheit weit mehr

215 als nur wirtschaftliche Faktoren; sie stellen zentrale Werte unserer aufgeklärten
216 Gesellschaft dar und gehören untrennbar zu unserem kulturellen Erbe. Ohne eine
217 leidenschaftliche Hinwendung zu Wissenschaft und Technologie kann unsere Gesellschaft
218 keinen nachhaltigen Fortschritt und keine Zukunftsfähigkeit erlangen. Unser Land ist
219 angewiesen auf Bildung, freie Forschung und einen optimistischen Blick auf den
220 Fortschritt. Wenn Denkverbote und ein feindliches Umfeld gegenüber technischen
221 Innovationen herrschen, wird das immense Potenzial von Wissenschaft und Forschung
222 unterdrückt. Der Staat sollte nur dort eingreifen, wo die Würde und Freiheit des
223 Menschen gefährdet sind. Politische Einmischung in die Forschung einzelner Forscher
224 lehnen wir ab. Das gilt auch für die Einmischungen der Universitäten selbst in die
225 Forschungsfreiheit.

226 Liberale Politik setzt sich für herausragende Forschung und Entwicklung in allen
227 wissenschaftlichen Disziplinen ein. Unser Ziel ist es, die Exzellenz und
228 Leistungsfähigkeit der hessischen Hochschulen auszubauen und sicherzustellen. Die
229 Forschung an Hochschulen sollte, abgesehen von der Grundlagenforschung, eng mit dem
230 Alltagsleben der Menschen und der Wirtschaft verbunden sein. Kooperationen zwischen
231 verschiedenen Forschungseinrichtungen und außeruniversitären Partnern, in Deutschland
232 aber auch global bereichern diesen Prozess erheblich. Die Erkenntnisse, die aus der
233 Forschung gewonnen werden, sollen Menschen inspirieren, weiterentwickelt und in die
234 Praxis umgesetzt werden. Wir möchten diese Innovationskraft aktiv fördern.

235 Innovation ist der Motor für Wachstum. Der Erfolg Deutschlands, insbesondere seines
236 innovativen Mittelstands, basiert auf der raschen Umsetzung von Ideen. Daher ist es
237 in einer globalisierten Welt von entscheidender Bedeutung, den Übergang von der
238 Forschung zum Markt zu beschleunigen. Ein intensiver, wechselseitiger Austausch
239 zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist notwendig, um neue Ideen zügig in
240 marktfähige Produkte zu überführen, die Arbeitsplätze schaffen und unseren Wohlstand
241 sichern. Die Freiheit in Lehre, Forschung und Wissenschaft ist die Grundlage für
242 Innovation und Fortschritt.

243

244

X

245

Soziale Teilhabe ermöglichen

246 Ein Mensch bleibt in allen Lebenssituationen seines Lebens selbstbestimmt, das ist
247 für uns als Junge Liberale eine Selbstverständlichkeit und die Grundlage unseres
248 Sozialstaatsverständnis. Wir wollen Menschen, die einen Schicksalsschlag erleiden
249 oder aus anderen Gründen auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind,
250 unterstützen mit ihrer Situation umzugehen und dabei weiterhin die Kontrolle über
251 ihre Zukunft zu behalten. Das gilt für alle Bereiche der Sozialpolitik egal ob
252 Gesundheits-, oder Arbeitspolitik.

253 In einem Land wie Hessen soll niemand verhungern müssen, deswegen setzen wir uns
254 Junge Liberale für eine unbürokratische Grundsicherung sowie funktionsfähige und
255 generationengerechte Sozialversicherungen ein, die niemanden durchs soziale Netz
256 fallen lassen. Dabei setzen wir wo sinnvoll auf marktwirtschaftliche Ansätze und
257 Anreize.

258 Eine Bedingung dafür ist aber auch die Rückkehr in den Arbeitsmarkt all derer, die es
259 können. Denn Solidarität ist keine Einbahnstraße. Bei diesem Ziel des (Wieder-

260)Einstiegs unterstützt ein liberales Sozialsystem stets mit allen verfügbaren
261 Mitteln. Dafür wollen wir auch die Möglichkeit zur Fort- und Weiterbildung bieten.
262 Für Menschen, die auf Grund einer Behinderung nicht oder nur beschränkt arbeiten
263 können, wollen wir einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft bieten. Dabei steht
264 ihr Unterstützungsbedarf über dem Selbstausdruck der Helfer.
265 Wir Junge Liberale Hessen wollen es allen Menschen ermöglichen mit allen Rechten und
266 Pflichten Teil unserer Gesellschaft zu sein und stellen deswegen immer sicher, dass
267 der Aufbau neuer Existenzen und Vermögen nicht verhindert wird. Daraus ergibt sich,
268 dass wir allen Menschen den Zugang zu Aufstieg und Eigentum ermöglichen wollen.
269 Jungen Menschen, die aufsteigen wollen, muss das Steuersystem helfen statt sie zu
270 bestrafen.
271 Eine besondere Verantwortung bedeutet das in der Wohnungs- und Baupolitik, in der wir
272 stets für Neubauten offen sind und neue Bewohner in unseren Städten und Gemeinden
273 willkommen heißen. Dafür müssen wir von der kommunalen bis zur Bundesebene Regularien
274 abbauen und Neuentwicklungen unterstützen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 803: Eine liberale Partei braucht konsequent liberale Funktionäre

Antragsteller*in:	Paul Weiske
Sachgebiet:	8 - Internes

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen fordern den Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai,
- 2 zum Rücktritt vom Amt des Generalsekretärs der FDP auf.
- 3 Während wir seine außenpolitischen Positionen und Arbeit ausdrücklich nicht
- 4 kritisieren, fällt seine Amtsführung in anderen Politikbereichen leider durch eine
- 5 irrlichternde, willkürliche und sowohl in sich als auch zu unserer Beschlusslage
- 6 inkonsistente Positionierung sowie teilweise durch Übernahme von Positionen unserer
- 7 politischen Gegner auf.
- 8 Gerade in einer Situation, in der die Glaubwürdigkeit der Partei in der öffentlichen
- 9 Wahrnehmung ohnehin durch eine sehr kompromissbehaftete Regierung mit politisch
- 10 diametral anders denkenden Koalitionspartnern leidet, wünschen wir uns einen
- 11 Generalsekretär, der die demokratisch beschlossene Beschlusslage konsequent und
- 12 konsistent nach außen vertritt.
- 13 Außerdem setzen wir uns dafür ein, bei der FDP das Prinzip der Trennung von
- 14 Regierungsamt und Parteiamt einzuführen, so dass der/die jeweilige Amtsträger/in der
- 15 jeweiligen Rolle angemessen und ohne Kompromisse im Bezug auf die Erwartungen an das
- 16 andere Amt auftreten kann.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag 805: Endlich Feierabend – Politikern auch mal Freizeit gönnen

Antragsteller*in:	Tim Hordorff
Sachgebiet:	8 - Internes

Der 83. Landeskongress möge beschließen

1
Der Landeskongress der Jungen Liberalen Hessen spricht sich für eine interne
2
Verpflichtung der FDP Hessen aus, die Amtszeiten von hessischen FDP-Mandatsträgern im
3
Deutschen Bundestag und im Hessischen Landtag auf maximal drei Amtszeit zu begrenzen.
4
Ausgenommen von dieser Begrenzung sollen nur diejenigen Abgeordneten sein, die
5
innerhalb einer Amtszeit eine besonders hervorgehobene öffentliche Rolle ausgefüllt
6
haben. Dazu gehört die Mitgliedschaft im Präsidium der FDP Deutschlands oder die
7
Mitgliedschaft in einer Regierung. Über die weitere Ausgestaltung soll ein Gremium
8
entscheiden, dass aus den Präsidien der FDP Hessen und der Jungen Liberalen Hessen
9
besteht. Diese freiwillige Selbstverpflichtung ist allen Mitgliedern der FDP Hessen
10
zu jedem Parteitag mit Listenaufstellung zugesandt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag 508: Für ein faires Miteinander: Mieterschutz durch Informationen!

Antragsteller*in:	KV Marburg-Biedenkopf
Sachgebiet:	5 - Umwelt, Mobilität & Bauen

Der 83. Landeskongress möge beschließen

- 1 Die Jungen Liberalen Hessen sprechen sich nachdrücklich dafür aus, dass zu jedem
- 2 Mietvertrag ein durch das Land standardisiertes Informationsblatt beigefügt wird.
- 3 Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Mieter umfassend über ihre Rechte aber auch
- 4 ihre Pflichten besser informiert sind.

Begründung

Die Jungen Liberalen setzen sich für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rechten der Mieter und den Interessen der Vermieter ein. In diesem Geiste fordern wir eine Neuregelung, die sicherstellt, dass Mieter bei Vertragsabschluss ausreichend informiert werden und die Möglichkeit haben, sich einfacher rechtlich abzusichern.

Mieter sehen sich häufig mit komplexen rechtlichen Fragen und Herausforderung konfrontiert, sei es beim Kündigungsschutz oder der Mietminderung bei Mängeln. Ein Informationsblatt, das die wichtigsten Mieterschutzvorschriften erläutert, kann dazu beitragen, Missverständnisse zu vermeiden und die Rechte der Mieter besser zu erläutern. Indem Mieter ihre Rechte und Pflichten kennen und Zugang zu rechtlicher Unterstützung haben, können sie sich besser gegen unzumutbare Lebensverhältnisse und willkürliche Handlungen von Vermietern wehren.

Dieser Ansatz spiegelt die liberale Idee wider, dass Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen müssen. Es geht nicht darum, die Rechte der Vermieter weiter einzuschränken, sondern darum, einen Rahmen zu schaffen, in dem die Rechte der Mieter gewahrt und ihre Interessen geschützt werden.